

Anlagen

Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode

Drucksache 15/ 5139
02. 05. 2014

Antrag

der Abg. Dr. Friedrich Bullinger u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Illegale Hundetransporte der osteuropäischen Welpen-Mafia

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in welchem Umfang in den vergangenen fünf Jahren illegale Hundetransporte in Baden-Württemberg entdeckt und gestoppt wurden (Zahl der Transporte und Zahl der Tiere);
2. welche Kosten dem Land, den Landkreisen, Städten, Gemeinden und hiesigen Tierschutzorganisationen in den vergangenen fünf Jahren durch die Unterbringung und veterinärmedizinische Versorgung der sichergestellten Hunde ihres Wissens nach entstanden sind;
3. welche Erkenntnisse sie über die Lebensbedingungen und die Versorgung der Tiere während entsprechender Transporte hat;
4. welche Bedeutung sie den illegalen Hundeimporten aus Osteuropa hinsichtlich der Tierseuchenabwehr beimisst (z. B. Staupe oder Tollwut);
5. welche Erkenntnisse sie über den Umfang, die Organisationsstrukturen und die Transportwege des illegalen Massenhandels mit osteuropäischen Hundewelpen in Baden-Württemberg hat;
6. welche die wichtigsten Herkunftsländer und die wichtigsten Zielländer der illegalen Hundetransporte sind;
7. was sie tut, um die Kontrollen verdächtiger Transportfahrzeuge und fragwürdiger Hundeverkaufsangebote in Baden-Württemberg zu verstärken;
8. inwieweit sie internationale Ermittlungen gegen die osteuropäische Welpen-Mafia unterstützt;

Eingegangen: 02. 05. 2014 / Ausgegeben: 25. 06. 2014

1

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

9. ob sie plant, ihre Angebote zur öffentlichen Aufklärung und Sensibilisierung potenzieller Hundekäufer zu verstärken;
10. ob sie sich der Forderung zahlreicher Tierschutzverbände anschließt, eine EU-weite Chip- und Registrierpflicht für Hunde einzuführen.

29.04.2014

Dr. Bullinger, Dr. Rülke, Grimm, Dr. Kern, Dr. Goll FDP/DVP

Begründung

Mitte Januar 2014 wurde auf der Bundesautobahn 5 bei Karlsruhe ein slowakischer Transporter mit 163 Hundewelpen gestoppt. Ähnliche Fälle quälender Massentransporte osteuropäischer Hundewelpen wurden in jüngster Zeit auch im Raum Heilbronn und im Raum Nürnberg entdeckt. Die Tiere werden in osteuropäischen Ländern unter elenden Bedingungen gezüchtet und in der Regel bereits wenige Wochen nach der Geburt in gesundheitlich schlechtem Zustand und oftmals mit Parasiten und gefährlichen Krankheitserregern zu Billigstpreisen nach West- und Südeuropa verkauft. Neben verstärkten Kontrollen einschlägiger Transporte und Verkaufsangebote müssen deshalb vor allem die potenziellen Hundekäufer über diese Tierquälerei aufgeklärt werden. Die Tierschutzbeauftragte des Landes Hessen hat dazu beispielsweise eine informative Handreichung mit dem Titel „Augen auf beim Hundekauf“ herausgegeben. Ähnliche Angebote des Landes Baden-Württemberg wären wünschenswert.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 13. Juni 2014 Nr. Z(33)-0141.5/365F nimmt das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. in welchem Umfang in den vergangenen fünf Jahren illegale Hundetransporte in Baden-Württemberg entdeckt und gestoppt wurden (Zahl der Transporte und Zahl der Tiere);*

Zu 1.:

Nach den Berichten der nachgeordneten Behörden im Bereich des MLR wurden in den Jahren 2009 bis Mai 2014 134 Hundetransporte mit Verstößen gegen tierseuchen- und/oder tierschutzrechtliche Vorschriften festgestellt. Betroffen waren 736 Hunde. In diesen Zahlen sind auch Tiere enthalten, die nicht direkt beim Transport aufgegriffen wurden, sondern von denen die Behörde über Tierschutzorganisationen oder Pflegestellen Kenntnis erlangt hat.

Gemäß Erhebung des Innenministeriums wurden in den letzten 5 Jahren von der Polizei 40 Fälle mit 1.250 Welpen festgestellt, davon 30 Fälle mit 1.200 Welpen bei Kontrollen des laufenden Verkehrs.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

2. *welche Kosten dem Land, den Landkreisen, Städten, Gemeinden und hiesigen Tierschutzorganisationen in den vergangenen fünf Jahren durch die Unterbringung und veterinärmedizinische Versorgung der sichergestellten Hunde ihres Wissens nach entstanden sind;*

Zu 2.:

Dem Land entstanden im Bereich des Veterinärwesens aufgrund der Nichtzuständigkeit keine direkten Kosten. Die übrigen Angaben werden anhand der eingegangenen Berichte mit dem Vorbehalt der Unvollständigkeit der Erhebungen jeweils für die Jahre 2009 bis Mai 2014 gemacht (gerundet auf ganze EURO):

Landkreise:	30.062
Städte:	59.390
Gemeinden	10.477
Tierschutzorganisationen:	keine Angaben

3. *welche Erkenntnisse sie über die Lebensbedingungen und die Versorgung der Tiere während entsprechender Transporte hat;*

Zu 3.:

Bei Transporten durch die gewerbsmäßigen Händler wurde häufig der Platzbedarf der Hunde nicht eingehalten, häufig fehlten geeignete Tränkmöglichkeiten und Wasservorräte, ausreichend Hundeleinen zum Ausführen der Hunde waren meist nicht vorhanden. Die Transporte wurden häufig am Wochenende durchgeführt, um die Kontrollen zu erschweren. Die Transportbehältnisse waren häufig verschmutzt und hinsichtlich der Belüftungsmöglichkeit und des Materials ungeeignet bzw. sogar verletzungsträchtig. Es wurden zu junge Welpen (unter 8 Wochen) ohne Muttertier transportiert. Bei Transporten durch Tierschutzorganisationen wurden ebenfalls zum Teil mehrere Hunde in einer Box transportiert. Allerdings war die Versorgung mit Futter und Wasser zumeist besser gewährleistet.

4. *welche Bedeutung sie den illegalen Hundeimporten aus Osteuropa hinsichtlich der Tierseuchenabwehr beimisst (z. B. Staupe oder Tollwut);*

Zu 4.:

Die Welpen aus den fraglichen Hundezuchten sind häufig stark verwurmt und in schlechtem Allgemeinzustand. Es werden erkennbar kranke und häufig zu junge Welpen mit Durchfall oder Parasitenbefall transportiert. Infolge des zusätzlichen Transportstresses sowie von Infektionskrankheiten wie Staupe und Parvovirose sind Tiere trotz intensiver tierärztlicher Behandlungen häufig nicht mehr zu retten.

Die Hundepopulation in Deutschland ist in der Regel routinemäßig gegen diese Infektionskrankheiten geimpft, daher ist das von den kranken Welpen ausgehende Infektionsrisiko kalkulierbar.

Im Gegensatz zu importierten Streunertieren unbekannter Herkunft aus osteuropäischen Ländern, in denen die Tollwut bei Wildtieren vorkommt, wird das Infektionsrisiko für Welpen aus derartigen Hundezuchten gering eingestuft, da die Tiere in geschlossenen Räumlichkeiten gehalten werden und zum Teil eine Impfpflicht für die Muttertiere besteht (z. B. Slowakei, Tschechien).

Bei den gehandelten Welpen wurde häufiger festgestellt, dass das frühestmögliche Alter zur Erstimpfung gegen die Tollwut im Vergleich zu Vorgaben deutscher Impfstoffhersteller unterschritten wurde.

Das illegale Verbringen von Streunertieren mit unbekanntem Gesundheitsstatus birgt dagegen ein hohes Risiko für verschiedenste Infektionskrankheiten. Bei derartigen Hunden wurden auch Tollwutinfektionen festgestellt.

5. welche Erkenntnisse sie über den Umfang, die Organisationsstrukturen und die Transportwege des illegalen Massenhandels mit osteuropäischen Hundewelpen in Baden-Württemberg hat;

Zu 5.:

Umfassende Erkenntnisse über den Umfang, die Organisationsstrukturen und die Transportwege des illegalen Massenhandels mit osteuropäischen Hundewelpen in Baden-Württemberg liegen nicht vor. Den Ermittlungsverfahren ist zu entnehmen, dass die Strukturen in diesem Deliktsfeld sehr heterogen sind. Die genauen Zusammenhänge sind auch deshalb oft nicht mehr zu ermitteln, da die Unterstützung der Behörden der Herkunftsländer fehlt.

Der sog. Welpenhandel wird jedoch auch häufig von in Deutschland ansässigen Privatpersonen betrieben, welche aus den Ländern stammen, in denen Welpen billig produziert werden. Diese Personen erwerben die Welpen anlässlich von Besuchen in ihren Herkunftsländern und verbringen diese im Reiseverkehr zur Veräußerung nach Deutschland.

Die entsprechenden Hinweise auf den Welpenhandel erhalten die Behörden gelegentlich durch Inserate in Zeitschriften oder im Internet, meist aber erst im Nachhinein im Zusammenhang mit einer Erkrankung des Tieres oder Unregelmäßigkeiten im Heimtierausweis durch die praktizierenden Tierärzte bzw. von unzufriedenen Käufern, die einen Welpen unklarer Herkunft (oft an Autobahnraststätten) übernommen haben.

Die Ermittlungen ergeben häufig, dass die Tiere über Kleinanzeigen im Internet i. d. R. nur mit Angabe einer Handynummer angeboten werden. Beim Treffpunkt werden dann mehrere Welpen vorgezeigt, ggf. mit der Angabe, dass die Tiere von Verwandten in Osteuropa gezüchtet und privat mitgebracht wurden.

Gleiches gilt für Hunde, die z. B. über Tierheime oder Tierärzte bekannt wurden, nachdem deren Halter sie dort abgegeben bzw. vorgestellt hatten und bei denen in diesem Zusammenhang aufgefallen war, dass einzelne Komponenten der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen nicht eingehalten worden waren (z. B. fehlender oder falscher Mikrochip, fehlende Tollwutimpfung, fehlende Tollwut-Titerbestimmung, fehlende oder ungenügende Eintragungen im Heimtierausweis etc.).

In manchen Fällen werden Hunde auch erst bei anlassbezogenen, tierschutzrechtlichen Kontrollen beim Hundehalter selbst oder in Hundepensionen auffällig. Allerdings sind diese Hunde zum Zeitpunkt der Kontrolle bereits des Längeren im Inland und die Umstände des ursprünglichen Verbringens sind meist nicht mehr nachvollziehbar.

Auf eine von der Tierschutzorganisation 4 Pforten veröffentlichte Studie zum Thema Welpenhandel in Europa (in englischer Sprache) sei hiermit hingewiesen:

www.vier-pforten.eu/files/EPO/Materials_conf/Puppy_Trade_in_Europe/REPORT_EUROPEAN_PUPPY_TRADE.pdf

Auf EU-Ebene fand zuletzt im Oktober 2013 eine Konferenz zum Thema statt:

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/information_sources/docs/28102013-concluding_report_conference_dogs_and_cats_en.pdf

6. welche die wichtigsten Herkunftsländer und die wichtigsten Zielländer der illegalen Hundetransporte sind;

Zu 6.:

Bei den angebotenen Welpen handelt es sich in der Regel um Rassehunde aus dem osteuropäischen Raum, insbesondere aus Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei. Die „geretteten“ Hunde stammen mehrheitlich aus den klassischen Reiseländern wie z. B. Spanien, Portugal, Italien, Türkei, Frankreich, Ägypten, Marokko, Kroatien oder Serbien sowie aus Ländern, welche sog. bestandsreduzierende Maßnahmen gegen sog. Streunertiere durchführen, z. B. Rumänien. Der Transport und die Vermittlung erfolgt durch Tierschutzorganisationen oder Privatpersonen.

Bestimmungsländer sind Deutschland, die Schweiz, Frankreich, die Niederlande, Belgien, sowie Großbritannien und Spanien.

Insbesondere die für die Schweiz bestimmten Tiere werden offensichtlich auf der deutschen Seite der Grenze gehandelt und danach in die Schweiz verbracht.

7. was sie tut, um die Kontrollen verdächtiger Transportfahrzeuge und fragwürdiger Hundeverkaufsangebote in Baden-Württemberg zu verstärken;

Zu 7.:

Die regionalen Polizeipräsidien mit ihren Verkehrspolizeidirektionen und die bei den Direktionen Polizeireviere eingerichteten Sachbereiche Gewerbe/Umwelt nehmen im Rahmen ihrer originären Zuständigkeiten Aufgaben in diesem Deliktsbereich wahr. Zusätzlich werden durch die bei den Direktionen Polizeireviere angesiedelten Polizeihundeführerstaffeln Kontrollen und Ermittlungen im Hinblick auf Verstöße gegen das Tierschutzgesetz in Verbindung mit der Hundehaltung durchgeführt.

Darüber hinaus unterstützt die Polizei Baden-Württemberg die Veterinärämter des Landes im Rahmen von Schwerpunktkontrollwochen bei Tiertransportkontrollen im fließenden Verkehr. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass bei Tiertransportkontrollen im öffentlichen Straßenverkehr eine überproportional hohe Beanstandungsquote erreicht wird.

Aufgrund der geschilderten Verteilungspraktiken und aus personellen Gründen erfolgen in Baden-Württemberg keine Schwerpunktkontrollen zur Ermittlung von Welpentransporten. Die Kontrollen werden bei Vorliegen konkreter Hinweise oder auf Anforderung durchgeführt. Durch die Vorbereitung auf angekündigte Transporte werden erhebliche Personalressourcen gebunden. Diese Ankündigungen erweisen sich in der Mehrzahl der Fälle als unbegründet oder die Transporte können nicht abgefangen werden. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Veterinärbehörden nur von einem Bruchteil der (möglicherweise) illegalen Hundetransporte Kenntnis erlangen. Jede Meldung und jeder Hinweis wird ernst genommen und weiterverfolgt.

8. inwieweit sie internationale Ermittlungen gegen die osteuropäische Welpen-Mafia unterstützt;

Zu 8.:

In Baden-Württemberg liegen derzeit keine Erkenntnisse über internationale Ermittlungen gegen die osteuropäische „Welpen-Mafia“ vor. Sollten solche mit Bezug nach Baden-Württemberg bekannt werden, wird sich die Landespolizei bei den Ermittlungsmaßnahmen entsprechend einbringen.

Die festgestellten tierseuchen- und tierschutzrechtlichen Verstöße werden von Seiten des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz geprüft und an die beteiligten zuständigen Behörden anderer Länder berichtet. Verstöße aus anderen Mitgliedsstaaten oder Drittländern werden an das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft weitergeleitet mit dem Ziel, die in den Ursprungsländern zuständigen Behörden zu informieren.

9. ob sie plant, ihre Angebote zur öffentlichen Aufklärung und Sensibilisierung potenzieller Hundekäufer zu verstärken;

Zu 9.:

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit regelmäßig auf die Probleme in Zusammenhang mit dem Kauf von „Billigwelpen“ und nach Deutschland verbrachten Streunerhunden hingewiesen. Diese Themen sind auch immer wieder Gegenstand der Beratungen des Landesbeirats für Tierschutz. Das Thema Streunertiere wurde in diesem Jahr auch in einer Veranstaltung in der Vertretung des Landes in Brüssel behandelt.

Informationen zum Thema Welpenkauf werden in der einschlägigen Hundeliteratur, in allen Medienformaten, von Seiten der Tierschutzverbände und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bereits regelmäßig und intensiv kommuniziert.

Treibende Kraft hinter dem Verbringen von Welpen sind seitens der Händler die hohen Gewinnerzielungsmöglichkeiten, seitens der Käufer der im Vergleich zu serösen inländischen Züchtern vermeintlich günstige Preis sowie die einfache Verfügbarkeit, insbesondere aktueller „Moderrassen“. Diese Sparmentalität, verbunden mit der fehlenden Bereitschaft, sich trotz der vorhandenen Informationsmöglichkeiten mit den Konsequenzen dieses Handels für die Tiere auseinanderzusetzen, sind letztlich die Ursache für derartige Praktiken. Die beteiligten Personen zum Umdenken zu bewegen, ist eine Daueraufgabe.

10. ob sie sich der Forderung zahlreicher Tierschutzverbände anschließt, eine EU-weite Chip- und Registrierpflicht für Hunde einzuführen.

Zu 10.:

In Deutschland besteht eine Anmeldepflicht für Hunde bei der Gemeinde im Rahmen steuerrechtlicher Regelungen (Hundesteuer). Tierschutzrechtlich bestehen Zulassungs-/Erlaubnispflichten für den Transport von Hunden zu wirtschaftlichen Zwecken bzw. für den gewerbsmäßigen Handel und für das Verbringen von Hunden in das Inland zum Zwecke der Abgabe an Dritte gegen Entgelt sowie auch für das Vermitteln solcher Abgaben.

Nach tierseuchenrechtlichen Vorgaben besteht bereits seit dem 4. Juli 2004 für Hunde, Katzen und Frettchen, welche grenzüberschreitend verbracht werden sollen, die Verpflichtung zur unveränderlichen Kennzeichnung, um eine eindeutige Zuordnung der erforderlichen Tollwutimpfung zu gewährleisten. Seit Juli 2011 ist nur noch der Mikrochip als Kennzeichnungsmethode zulässig.

Mit der Anwendung der neuen EU-Verbringungsregelungen für Heimtiere ist ab dem 29. Dezember 2014 diese Kennzeichnung anlässlich der erstmaligen Ausstellung der Heimtierausweise durch die ermächtigten Tierärzte zu dokumentieren.

Die EU-Kommission hat einen Prüfvorbehalt eingeräumt, im Rahmen der Strategie der Europäischen Union für den Schutz und das Wohlergehen von Tieren die entsprechenden Geschäftspraktiken hinsichtlich möglicher Gesundheitsrisiken zu prüfen. In Abhängigkeit von diesen Ergebnissen wäre für den Handel mit Hunden und Katzen die Einführung einer Registrierpflicht denkbar.

Die EU-Kommission hat am 6. Mai 2013 den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Tiergesundheit (COM[2013]0260 – C7-0124/2013 – 2013/0136[COD]) veröffentlicht, zu dem das Europäische Parlament bezüglich der EU-weiten Registrierung und Identifikation von Hunden folgenden Änderungsvorschlag in erster Lesung am 15. April 2014 beschlossen hat:

„Die Mitgliedstaaten führen bis zum 1. Januar 2018 eine Registrierungspflicht für Hunde ein. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 31. Juli 2019 einen Bericht vor über die Erfahrungen der Mitgliedsstaaten mit der Registrierung und Identifikation von Hunden, insbesondere in Bezug auf streunende Tiere. Dieser Bericht wird gegebenenfalls durch einen Vorschlag zu den Mindestanforderungen an Datenbanken gemäß Absatz 1 ergänzt.“

Die erste Lesung im Rat steht noch aus, weshalb noch nicht absehbar ist, ob dieser Vorschlag des EP änderungsfrei übernommen wird.

Aus Sicht der Landesregierung könnte eine solche EU-weite Kennzeichnungs- und Registrierpflicht positive Auswirkungen bezüglich der Nachverfolgbarkeit von ins Inland verbrachten Hunden haben, insbesondere bezüglich des Hundehandels. Inwieweit eine solche Regelung EU-weit auch umsetzbar wäre und welche Auswirkungen dies z. B. auf die Streunerhundeproblematik in einigen Mitgliedsstaaten hätte, bedarf aber ggf. näherer Analysen.

Bonde

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Siehe Art. 3 der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 über die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003

Verbringen von Hunden zu Handelszwecken:

Gewerblicher Transport von Hunden innerhalb der EU; der Hund ist dazu bestimmt, Gegenstand eines Verkaufs oder einer Eigentumsübertragung zu sein (*Hunde, die zur Abgabe an Dritte bestimmt sind*). **Transport unterliegt immer den Anforderungen und Kontrollen der Richtlinie 92/65/EWG.**

Verbringen von Hunden zu anderen als Handelszwecken:

Privater Transport von Hunden innerhalb der EU; der Hund reist in Begleitung des Besitzers oder einer anderen verantwortlichen Person und ist nicht dazu bestimmt, Gegenstand eines Verkaufs oder einer Eigentumsübertragung zu sein (*Hunde, die im privaten Reiseverkehr mitgenommen werden*).

Transport unterliegt den Anforderungen und Kontrollen der Richtlinie 92/65/EWG, nur wenn die Anzahl der Hunde fünf übersteigt (Art. 5 der Verordnung (EU) Nr. 576/2013).

Einfuhr von Heimtieren zu Handelszwecken:

Gewerblicher Transport von Hunden aus einem Drittland in die EU; der Hund ist dazu bestimmt, Gegenstand eines Verkaufs oder einer Eigentumsübertragung zu sein (*Hunde, die zur Abgabe an Dritte bestimmt sind*). *Transport unterliegt i den Anforderungen und Kontrollen der Richtlinie 92/65/EWG*

Einfuhr von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken:

Privater Transport von Hunden aus einem Drittland in die EU; der Hund reist in Begleitung des Besitzers oder einer anderen verantwortlichen Person und ist nicht dazu bestimmt, Gegenstand eines Verkaufs oder einer Eigentumsübertragung zu sein (*Hunde, die im privaten Reiseverkehr mitgenommen werden*).

Transport unterliegt den Anforderungen und Kontrollen der EU-Richtlinie 92/65/EWG, nur wenn die Anzahl der Hunde fünf übersteigt (Art. 5 der VO (EU) Nr. 576/2013).

Über Tierschutzorganisationen aus dem Ausland verbrachte oder eingeführte Hunde werden mit Abgabeverträgen an Dritte vermittelt. Dabei findet in der Regel weder ein Verkauf noch eine Eigentumsübertragung statt. Häufig wird vereinbart, dass der Hund auch nach Zahlung einer „Schutzgebühr“ im Eigentum der Tierschutzorganisation verbleibt oder nur der Besitz an den Übernehmer übergeht. Mit derartigen Verträgen soll erreicht werden, dass der Schutz des Tieres nicht mit der Übergabe endet, sondern auch danach noch Einfluss auf das Wohlbefinden des Hundes genommen werden kann (s.o. A. HIRT et. al., 2011). Dennoch sind bei der Vermittlung von Hunden aus dem Ausland die tierseuchenrechtlichen Regelungen für den „Hundehandel“ zu beachten.

Mit der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 über die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 sollten ausschließlich Verbringungssituationen geregelt werden, bei denen der Besitzer eines Tieres innerhalb der EU oder von außerhalb der EU in einen Mitgliedstaat reist und sein Tier ihn auf diesem Weg begleitet. In der Regel handelt es sich dabei um Urlaubsreisende, die sich vorübergehend mit ihrem Tier an einem Ort aufhalten und mit diesem Tier auch wieder nach Hause zurückkehren. Um bestimmte Situationen aufzufangen, in denen es dem Besitzer z. B. wegen einer Erkrankung nicht möglich ist mit seinem Tier zurückzureisen, kann das Tier auch in Begleitung einer vom Besitzer beauftragten Person reisen. Dabei wird immer davon ausgegangen, dass das Tier wieder zum eigentlichen Besitzer zurück gelangt.

Käufer vorgeschrieben (§ 21 Absatz 5 Nummer 2 des Tierschutzgesetzes). Seit dem 1. August 2014 hat danach derjenige, der gewerbsmäßig mit Wirbeltieren (ausgenommen landwirtschaftlichen Nutztieren) handelt, sicherzustellen, dass bei der erstmaligen Abgabe eines Tieres einer bestimmten Art an den jeweiligen künftigen Tierhalter mit dem Tier schriftliche Informationen über die wesentlichen Bedürfnisse des Tieres, insbesondere im Hinblick auf seine Ernährung und Pflege sowie verhaltensgerechte Unterbringung und artgemäße Bewegung, übergeben werden. Dies gilt nicht bei der Abgabe an einen anderen gewerbsmäßigen Händler.

Tierhalter werden durch diese Maßnahme beim Erwerb von Tieren besser über die Bedürfnisse der Tiere informiert, damit tierschutzwidrige Haltungsbedingungen aufgrund mangelnder Sachkunde nach Möglichkeit verhindert werden. Gegebenenfalls müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, künftige Tierhalter noch besser über das zu haltende Tier zu informieren.

2.9.2. Hunde

2.9.2.1. Illegaler Welpenhandel

Beim illegalen Handel mit Hunden, insbesondere Hundewelpen, finden Aufzucht, Handel und Transport unter tierschutzwidrigen Bedingungen statt.

Wer in Deutschland gewerbsmäßig mit Wirbeltieren handelt, bedarf einer tierschutzrechtlichen Erlaubnis nach § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 Buchstabe b des Tierschutzgesetzes. Die Erlaubnis wird durch die zuständige Behörde erteilt, wenn die persönlichen (fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten, Zuverlässigkeit) sowie sachlichen Voraussetzungen (geeignete Räume und Einrichtungen) vorliegen. Bei Haltung und Betreuung der Tiere sind die Anforderungen des § 2 Tierschutzgesetz zu beachten. Danach muss derjenige, der ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen. Für die Haltung von Hunden gilt ergänzend die Tierschutz-Hundeverordnung. Unter anderem darf ein Welpen nach dieser Verordnung erst im Alter von über acht Wochen vom Muttertier getrennt werden.

Eine Maßnahme gegen den illegalen Welpenhandel ist die Erweiterung der Erlaubnispflicht auf das Verbringen und die Einfuhr von Wirbeltieren (außer Nutztieren) zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung (§ 11 Absatz 1 Nummer 5 des Tierschutzgesetzes), die mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes erfolgt ist. Die Erlaubnispflicht gilt auch für die Vermittlung solcher Tiere gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung. Da diese Regelung nicht voraussetzt, dass gewerbsmäßiger Handel vorliegt, sondern ein Handeln gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung ausreicht, können die Vollzugsbehörden in mehr Fällen der Einfuhr oder des Verbringens von Hunden aus dem Ausland als bisher tätig werden, das Vorliegen einer Erlaubnis fordern und dabei das Vorliegen der Erlaubnisvoraussetzungen überprüfen. Verstöße gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen können durch die erweiterte Erlaubnispflicht besser festgestellt und geahndet werden.

Als weitere Maßnahme hat das BMEL am 30. Mai 2014 einen „Runden Tisch“ zur Problematik des illegalen Welpenhandels veranstaltet. Im Rahmen dieser Veranstaltung haben sich Vertreter von Tierschutzverbänden, Vollzugsbehörden, des Zoofachhandels, der Hundezucht und der Tierheime erstmals über laufende und künftige Initiativen und mögliche Schritte zur Eindämmung des illegalen Welpenhandels ausgetauscht. Die Teilnehmer sahen in der besseren Aufklärung der Hundekäufer eine wesentliche Vorkehrung gegen den illegalen Welpenhandel. Das BMEL hat bereits auf seiner Internetseite einen Informationstext zum illegalen Welpenhandel veröffentlicht, der Hundekäufern Hinweise auf unseriöse Praktiken gibt. Ein anderer Vorschlag der Teilnehmer bezog sich auf die Erarbeitung eines Leitfadens für die Vollzugsbehörden zum Umgang mit Fällen von illegalem Welpenhandel. Das BMEL hat die Gründung einer Länderarbeitsgruppe angestoßen und koordiniert deren Arbeit, einen entsprechenden Leitfaden zu entwickeln. Für wichtig wurde von den Teilnehmern außerdem ein stärkerer Austausch zwischen den Mitgliedstaaten zu Fällen von illegalem Welpenhandel gehalten. Das BMEL wird den Austausch mit anderen Mitgliedstaaten zu der Problematik forcieren.

2.9.2.2. Erlaubnispflicht für die gewerbsmäßige Hundeausbildung

Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes wurde eine neue Erlaubnispflicht für die gewerbsmäßige Hundeausbildung eingeführt, die seit dem 1. August 2014 gilt. Nach § 11 Absatz 1 Nummer 8 Buchstabe f des Tierschutzgesetzes bedarf derjenige, der gewerbsmäßig für Dritte Hunde ausbildet oder die Ausbildung der Hunde durch den Tierhalter anleitet, der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnispflicht wurde eingeführt, da Hundeschulen einen wesentlichen Einfluss auf eine tierschutzgerechte Ausbildung von und den tierschutzgerechten Umgang mit Hunden haben. Mit der neuen Regelung sollen Mindestqualitätsstandards im Hinblick auf tierschutzrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten der Ausbilder sichergestellt werden.

Die Anforderungen an die Erteilung einer Erlaubnis sind in § 11 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 und 2a des Tierschutzgesetzes in der bis zum 13. Juli 2013 geltenden Fassung festgelegt. Diese Bestimmungen sind nach § 21



Landratsamt

Aktenzeichen: **9185.58**

Tierschutz-Anzeige:

Nummer: **2011-24**

Wiederholungsanzeige: ☐

Datum: **27.07.2011**

aufgenommen von:

Uhrzeit: Uhr

Pferd: ☐

Rind: ☐

Schwein: ☐

Schaf / Ziege: ☐

Geflügel: ☐

Hund: ☒

Katze: ☐

Sonstiges:

Anzeige gegen:

Name, Vorname:

Strasse:

PLZ Ort:

Telefon:

Anzeige von:

Name, Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Telefon:

Beschreibung des Sachverhaltes:

Die Genannte soll seit geraumer Zeit Hunde (Chihuahuas) über verschiedene Internet-Plattformen verkaufen.

Die Anruferin habe dort im Herbst 2010 einen Hund gekauft. Zum damaligen Zeitpunkt habe ihr Frau erzählt, es handele sich um den Wurf einer Hündin, die einer Tante gehören würde. Erkrankungsbedingt müsse die Tante die Hundezucht jedoch aufgeben.

Dessen ungeachtet seien in den Folgemonaten weitere Kleinanzeigen erschienen, mit denen Chihuahuas zum Kauf angeboten wurde.

Im übrigen seien die zum Verkauf stehenden Hunde gemeinsam in der Gästetoilette eingesperrt gewesen.

Ich () habe diese Angaben zwischenzeitlich im Internet überprüft. Dabei tauchten bei Eingabe von Frau Handy-Nr. zahlreiche Kleinanzeigen auf, mit denen im Zeitraum 2008 bis 2011 Chihuahuas verkauft werden sollten.

Auffallend hierbei ist, dass für die Hunde unterschiedliche Standorte angegeben werden.

Durchführung der Kontrolle:

Kontrolldatum: **04.08.2011** Uhrzeit: **14:30 bis 14:55 Uhr**

Nachkontrolle: ☐

Kontrolle durch:

Ergebnisbericht:

Frau lässt das Kontrollpersonal in die Wohnung. In der Gästetoilette sind drei Chihuahua-Welpen untergebracht. Das Licht ist aus, die Tür zur Diele ist offen, der Zugang ist mit einem Karton versperrt. Laut Aussage von Frau sind die Welpen 10 Wochen alt. Frau sagt spontan aus, dass sie für eine Bekannte mit den Tieren handeln würde. Das Alter der Welpen gibt Frau mit 10 Wochen an. Auf Nachfrage kann Frau lediglich den Vornamen der Bekannten angeben. Es wäre eine aus Tschechien. An mehr Details könne sie sich momentan nicht erinnern. Über Zukauf und Verkauf würden keine schriftlichen

Unterlagen wie Kaufverträge oder Ähnliches existieren. Als ursprüngliche Anzahl gibt Frau [redacted] fünf Welpen an. Konfrontiert mit den Recherchen des Veterinäramtes, dass unter der Handy-Nummer von Frau [redacted] über einen längeren Zeitraum zahlreiche Verkaufsannoncen nachgewiesen wurde, gibt Frau [redacted] zu, dass sie die Hunde aus Tschechien holen würde und seit September 2010 ca. 15 Welpen verkauft hätte. Sie würde die Welpen für 320 € einkaufen und dann für 500 € verkaufen. Frau [redacted] betont, dass es sich um gesunde Tiere handeln würde und sie auch mit allen Tieren zum örtlichen Tierarzt gehen, um diese zu untersuchen und impfen zu lassen. Frau [redacted] wird aufgeklärt, dass sie mit dieser Vorgehensweise gegen zahlreiche tierseuchenrechtliche und tierschutzrechtliche Regelungen verstoßen hat. Des Weiteren wird sie darüber aufgeklärt, dass damit ihre Zuverlässigkeit nicht gegeben sei und eine nachträglich Vergabe einer §11-Genehmigung damit zu versagen sei. Laut ihrer Aussage hätte sie mit diesen Geschäften nach ihrem Urlaub im September letzten Jahres begonnen. Frau [redacted] weist von sich, weder mit eine Anzeige vom August 2010 noch einer Anzeige in ungarischer Sprache etwas zu tun zu haben. Sie kann sich nicht erklären wie ihre Handy-Nummer in diese Anzeigen gekommen war. Angesprochen auf die Vermutung, dass es sich doch durchaus um eine tierschutzwidrige Massenvermehrung bei der Zucht der [redacted] aus Tschechien handeln könne, erklärt Frau [redacted], dass sie selbst bei [redacted] in Tschechien gewesen wäre und dort alles in Ordnung gewesen sei. [redacted] hätte ca. 15 Muttertiere. Das Anwesen sei in der Nähe von [redacted]. Frau [redacted] wurde zu den Details der Übergabe/Übernahme der Hunde befragt und gab an, die Welpen direkt nach der deutsch-tschechischen Grenze auf tschechischem Gebiet in Empfang zu nehmen. Der Grenzübergang würde "Rozvadov" heißen (s.u.). Es wurden Fotos der Impfpässe angefertigt und die drei Welpen wurden beschlagnahmt. Frau [redacted] gab an, dass sie sich Infos und Kauf-Dokumente von der Züchterin besorgen wolle.

Im Anschluss an die Kontrolle erfolgte durch Dr. [redacted] eine Ermittlung in der Tierarztpraxis [redacted], die in den drei Impfpässen als impfende Praxis aufgeführt war. In der Praxis lagen Unterlagen über die jeweils einmalige Impfung von insgesamt 115 Tieren vor. Keines der Tiere hat dabei eine Tollwutimpfung bekommen. Frau [redacted] wollte in den darauffolgenden Tagen weitere Informationen bzgl. der [redacted] aus Tschechien liefern. Mit Stand 17.08.2011 ist bisher jedoch noch nichts eingetroffen.

Die ursprüngliche Informantin will diese Woche (KW 33) noch weitere Informationen bzgl. Inseraten der Frau [redacted] liefern.



Enzkreis

Landratsamt

Landratsamt Enzkreis, Postfach 10 10 80, 75110 Pforzheim

Mit Zustellungsurkunde

Frau

**Verbraucherschutz-
und Veterinäramt**

Herr
Zimmer
Tel.-Nr.:
Telefax:
Az.: 33.3-9185.58
21.08.2011

**Überwachung von Tierhaltungen
hier: Unerlaubter Handel mit Hunden**

Sehr geehrte Frau ,

im Nachgang zu den am 04.08.2011 bereits mündlich ergangenen Anordnungen ergeht gegen Sie folgende

Verfügung:

1. Ihnen wird hiermit untersagt, mit Tieren aller Art zu handeln oder diese gegen Entgelt zu vermitteln.
2. Die am 04.08.2011 in Ihrer Wohnung vorgefundenen 3 Chihuahua-Welpen, werden bis auf weiteres im Tierheim untergebracht.
3. Die sofortige Vollziehung der unter Ziffer 1 und 2 getroffenen Entscheidungen wird hiermit im öffentlichen Interesse angeordnet.
4. Für den Fall, dass Sie der unter Nr. 1 getroffenen Anordnung zuwiderhandeln, wird Ihnen ein Zwangsgeld von 5.000,- Euro angedroht.
5. Für diese Entscheidung wird eine Verwaltungsgebühr von 100,- Euro erhoben, die Sie zu zahlen haben.

Gründe:

I.

Anfang August 2011 wurde das Verbraucherschutz- und Veterinäramt darauf aufmerksam, dass Sie in den letzten Wochen und Monaten im Internet zahlreiche Chihuahua-Welpen zum Verkauf angeboten haben.

Es bestand daher Anlass zur Vermutung, dass Sie einen gewerblichen Handel mit Hunden betreiben.

Deshalb wurde am 04.08.2011 Ihre Hundehaltung durch uns und einen Beamten der Polizeidirektion Pforzheim -Diensthundeführer- überprüft. Sie waren bei der Überprüfung persönlich anwesend.

Zum Kontrollzeitpunkt waren in der Gästetoilette drei männliche Chihuahua-Welpen untergebracht. Das Licht in der Toilette war aus, die Tür zur Diele stand offen, der Zugang war allerdings mit einem Karton versperrt. Das Alter der Welpen gaben Sie mit 10 Wochen an. Sie räumten außerdem spontan ein, für eine Bekannte mit den Tieren zu handeln.

Hausanschrift:
Zähringerallee 3
75177 Pforzheim
Telefon 07231 308-0
Telefax 07231 308-9417
Internet www.enzkreis.de
E-Mail landratsamt@enzkreis.de

mit ÖPNV erreichbar:
Hauptbahnhof
Zentrale Omnibusbahnhöfe
ZOB Nord, Mitte, Süd

Behindertenparkplätze
an der Güterstraße

Sprechzeiten:
Montag 8:00 - 12:30 Uhr
Dienstag 8:00 - 12:30 Uhr
und 13:30 - 18:00 Uhr
Donnerstag 8:00 - 14:00 Uhr
Freitag 8:00 - 12:00 Uhr
Termine nach Vereinbarung

Bankverbindungen:
Sparkasse Pforzheim Calw (BLZ 666 500 85), Konto 803 367
IBAN DE48666500850000803367, BIC PZHSDE66
Volksbank Pforzheim (BLZ 666 900 00), Konto 1400-4

Wir sind zertifiziert:
www.kommunale-kompetenz.de

Auf Nachfrage konnten Sie zunächst lediglich den Vornamen dieser Bekannten, „...“ angeben. Diese wohne in Tschechien in der Nähe von ... Sie hätten Sie im Urlaub in Ägypten kennengelernt.

Sie hätten ... ein Mal auf Ihrem Anwesen in Tschechien besucht. Die Hundehaltung, ca. 15 Muttertiere, sei dabei in Ordnung gewesen.

Ansonsten hätten Sie die Hunde immer direkt an der Grenze, am Grenzübergang „Rozvadov“ übernommen. Sie seien auf die tschechischen Seite gefahren und hätten die Hunde dort von ... übernommen.

Sie gaben weiter an, es gäbe über Zukauf und Verkauf keine schriftlichen Unterlagen wie Kaufverträge oder Ähnliches. Bislang hätten Sie fünf Welpen verkauft.

Nachdem wir Sie mit unseren Recherchen im Internet, wonach unter Angabe Ihrer Handy-Nr. zahlreiche, unterschiedliche Verkaufsannoncen für Chihuahua-Welpen aufgegeben worden sind, räumten Sie nunmehr ein, seit September 2010 ca. 15 Welpen aus Tschechien verkauft zu haben.

Sie würden die Welpen für 320 € einkaufen und dann für 500 € verkaufen. Sie betonten in diesem Zusammenhang, dass es sich um gesunde Tiere handle und Sie auch mit allen Tieren zum örtlichen Tierarzt gehen würden, um diese zu untersuchen und impfen zu lassen.

Sie wurden darüber aufgeklärt, dass Sie mit der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise gegen verschiedene tierseuchenrechtliche Regelungen verstoßen haben.

Insbesondere deshalb, weil die Welpen ohne vorherige amtstierärztliche Untersuchung und Tollwut-Impfung aus Tschechien eingeführt worden sind, konnten die Hunde nicht in Ihrer Wohnung belassen werden; sie wurden deshalb auf unsere Veranlassung bis auf weiteres im Tierheim ... untergebracht. Allerdings äußerten Sie den Wunsch, einen der Hunde als Haustier für Ihre Tochter behalten zu wollen. Es wurde Ihnen in Aussicht gestellt, dass der in Rede stehende Hund -mit Auflagen- zu gegebener Zeit wieder an Sie zurückgegeben werden kann.

Sie erklärten abschließend, sich mit ... in Tschechien in Verbindung setzen zu wollen und von dort einen schriftlichen Nachweis anzufordern, wie viele Hunde Sie zu welchem Preis von dort angekauft haben. Bislang liegen uns entsprechende Nachweise allerdings noch nicht vor. Sie teilten diesbezüglich lediglich mit. Der vollständige Name sei ...

... Diese könne Ihnen allerdings keine Rechnung für die an Sie verkauften Hunde ausstellen, da Sie - mangels Gewerbeanmeldung – über keine Umsatzsteuer- Id. verfügten. Unserer daraufhin geäußerten Bitte, sich von Frau ... zumindest formlos bestätigen zu lassen, wie viele Hunde Sie bislang von ihr übernommen haben, sind Sie bislang nicht nachgekommen.

Auch haben Sie uns -entgegen einer weiteren Zusage- bislang auch noch keine Aufstellung Ihres Tierarztes über die in Ihrem Auftrag untersuchten bzw. geimpften Welpen übersandt.

II.

Wer gewerbsmäßig mit Wirbeltieren handeln möchte, benötigt eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 b) Tierschutzgesetz.

Mit der Ausübung der Vermittlung und des Handels mit Tieren darf erst begonnen werden, wenn auf Antrag eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 b) Tierschutzgesetz von der zuständigen Behörde erteilt worden ist. Diese Erlaubnis wurde Ihnen bislang weder erteilt, noch haben Sie diesbezüglich einen förmlichen Antrag beim Landratsamt Enzkreis gestellt.

Die zuständige Behörde soll demjenigen die Ausübung der Tätigkeit untersagen, der die Erlaubnis nicht hat. Die Ausübung der Tätigkeit kann von der Behörde auch durch Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume verhindert werden (§ 11 Abs. 3 und 4 Tierschutzgesetz).

Im übrigen erfüllt der gewerbsmäßige Handel mit Tieren ohne Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 20 Tierschutzgesetz.

Des weiteren haben Sie - eigenen Angaben zufolge - die Welpen, die dazu bestimmt waren, an andere Personen abgegeben zu werden, persönlich von Tschechien nach Deutschland verbracht. Dies entspricht einem gewerblichen Verbringen. Die Welpen waren dabei unter 3 Monate alt, nicht gegen Tollwut geimpft und wurden nicht innerhalb von 24 Stunden vor dem Verbringen klinisch untersucht. Somit haben Sie auch gegen die Anzeige- und Registrierpflicht vor Aufnahme der Tätigkeit (§ 4 der Verordnung über das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren und Waren/ Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung - BmTierSSchV) und gegen § 8 Abs. 1 i.V.m. Anlage 3 Nr. 7.1 BmTierSSchV (gewerbliches Verbringen) i.V.m. Artikel 10 der RL92/65 unter Verweis auf Art. 5 der VO (EG) Nr. 998/2003 (genehmigungsfreies Verbringen) verstoßen. Dies stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 41 Abs. 2 Nr. 4 BmTierSSchV dar.

III.

Aufgrund der vorstehenden Sachverhaltsschilderung, der Vielzahl der von Ihnen im Internet veröffentlichten Verkaufsanzeigen, der bei Ihnen vorgefundenen Hunde und Ihren Angaben bei der Kontrolle am 04.08.2011 ist davon auszugehen, dass Sie zumindest seit September 2010 einen gewerblichen Handel mit Hundewelpen betreiben, ohne die hierfür erforderliche Erlaubnis zu besitzen.

Wir gehen in diesem Zusammenhang im übrigen auch davon aus, dass die Zahl der seit September 2010 verkauften/vermittelten Hunde größer ist als die von Ihnen angegeben 15 Welpen. Unsere entsprechenden Ermittlungen sind allerdings noch nicht vollständig abgeschlossen.

Es ist daher auch anzunehmen, dass Sie weiterhin - unter Verstoß gegen tierschutz- und tierseuchenrechtliche Bestimmungen - gewerbsmäßig mit Tieren handeln oder diese vermitteln wollen. Deshalb wird Ihnen die Ausübung dieser Tätigkeit mit sofortiger Wirkung untersagt.

Nachdem Ihr bisheriges Verhalten -wie vorstehend ausgeführt- nicht in Einklang mit den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen steht, sind wir als zuständige Veterinärbehörde gehalten, die festgestellten rechtswidrigen Zustände unverzüglich abzustellen. Daher war die unter Ziffer 1 dieser Verfügung genannte Anordnungen zu treffen. Diese ist erforderlich und geeignet, den Bestimmungen des Tierschutzrechts Rechnung zu tragen. Sie ist auch verhältnismäßig, da andere, weniger belastende Maßnahmen nicht getroffen werden können.

Da derzeit weder Sie noch Ihr Ehemann im Besitz einer erforderlichen Erlaubnis sind, müssen Sie die erlaubnispflichtigen Tätigkeiten sofort einstellen und dürfen sie bis auf weiteres auch nicht mehr aufnehmen.

Hierzu gehört auch, alle Handlungen, aufgrund derer weiterhin auf eine gewerbliche Tätigkeit geschlossen werden kann (z.B. Vermarktung Ihrer Hunde im Internet) konsequent einzustellen.

IV.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beruht auf § 80 Absatz 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

Danach kann die sofortige Vollziehung eines Verwaltungsaktes besonders angeordnet werden, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt. Die Herstellung ordnungsgemäßer Zustände bzw. die Verhütung möglicher Verstöße gegen das Tierschutzgesetz dulden keine zeitliche Verzögerung. Der Tierschutz an sich stellt als solches ein derart hohes Rechtsgut dar, so dass auch unter Berücksichtigung Ihrer persönlichen bzw. finanziellen Interessen das besondere öffentliche Interesse an der Anordnung der sofortigen Vollziehung gerechtfertigt ist. Damit soll verhindert werden, dass der Vollzug unserer Entscheidung durch ein Rechtsmittel, das aufschiebende Wirkung entfaltet, zunächst gehemmt und eine erlaubnispflichtige Tätigkeit zunächst weiterhin ohne Erlaubnis betrieben werden könnte.

Für den Fall, dass Sie den unter Ziffer 1) dieser Verfügung ergangenen Anordnungen keine Folge leisten, wird Ihnen hiermit gemäß § 20 Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz (LVwVG) ein Zwangsgeld von 5.000,- Euro angedroht.

Die Androhung des Zwangsgeldes ist erforderlich, um unserer Anordnung in geeigneter Weise Nachdruck zu verleihen und künftige Zuwiderhandlungen gegen das Tierschutzgesetz wirksam zu verhindern.

Gemäß § 23 LVwVG beträgt das Zwangsgeld mindestens zehn und höchstens fünfundzwanzigtausend Euro. Es kann gem. § 19 Abs. 4 LVwVG wiederholt und solange angeordnet werden, bis der Verwaltungsakt vollzogen ist.

Die Höhe des jeweils angedrohten Zwangsgeldes ist der Bedeutung der Angelegenheit und Ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angemessen.

Die Gebührenfestsetzung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 4 und 12 des Landesgebührengesetzes (LGebG) in Verbindung mit Ziffer 122.616 der Anlage zur Gebührenverordnung des Enzkreises vom 20.12.2005.

Gemäß § 4 LGebG hat, wer eine Amtshandlung veranlasst, die Kosten hierfür zu tragen.

Durch Ihr Verhalten haben Sie das Tätigwerden des Verbraucherschutz- Veterinäramtes veranlasst. Deshalb müssen Sie auch die Gebühren hierfür tragen. Die festgesetzte Gebühr ist im Hinblick auf den Gegenstand der Verfügung und den entstandenen Verwaltungsaufwand angemessen.

Hinweis: Bei der Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz ist insbesondere auch die persönliche Zuverlässigkeit des jeweiligen Antragstellers zu berücksichtigen. Aufgrund der bei der Kontrolle am 04.08. festgestellten Zuwiderhandlungen gegen verschiedene rechtliche Bestimmungen, sehen wir momentan Ihre persönliche Zuverlässigkeit nicht als gegeben an.

Ein evtl. gestellter Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz würde daher mit großer Wahrscheinlichkeit abgelehnt werden.

Ihre Rechte:

Gegen diese Verfügung können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch einlegen beim Landratsamt Enzkreis in Pforzheim oder beim Regierungspräsidium in Karlsruhe.

Zur Niederschrift bedeutet, dass Sie dort persönlich erscheinen und den Widerspruch protokollieren lassen.

Im Hinblick auf die Anordnung des sofortigen Vollzugs können Sie beim Verwaltungsgericht Karlsruhe beantragen, dass die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wieder hergestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen



Enzkreis

Landratsamt

Landratsamt Enzkreis, Postfach 101080, 75110 Pforzheim

-Verbraucherschutz- u. Veterinäramt-

Frau

Auskunft erteilt:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Internet:

<http://www.enzkreis.de>

Datum:

23.08.2011

Aktenzeichen:

Geboren am

Geburtsname

Bußgeldbescheid

Sehr geehrte Frau

Ihnen wird zur Last gelegt, zwischen September 2010 und August 2011 in

, als

Verantwortliche folgende Ordnungswidrigkeiten begangen zu haben:

1. Sie haben ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde gewerbsmäßig mit Tieren gehandelt.
§ 11 Abs. 1 Satz 1, § 18 Abs. 1 Nr. 20 Tierschutzgesetz.

2. Sie haben entgegen § 4 und § 8 Abs. 1 Satz 1 Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung (BmTierSSchV), Tiere (Hundewelpen) innergemeinschaftlich verbracht.
§ 21 Abs. 2 Ziffer 4 BmTierSSchV in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Nr. 2 Tierseuchengesetz.

Beweismittel: Fotos, Akten

Zeuge: Verbraucherschutz- und Veterinäramt,
Verbraucherschutz- und Veterinäramt

Anfang August 2011 wurde das Verbraucherschutz- und Veterinäramt darauf aufmerksam, dass Sie in den letzten Wochen und Monaten im Internet zahlreiche Chihuahua-Welpen zum Verkauf angeboten haben. Es bestand daher Anlass zur Vermutung, dass Sie einen gewerblichen Handel mit Hunden betreiben. Deshalb wurde am 04.08.2011 Ihre Hundehaltung durch uns und einen Beamten der Polizeidirektion Pforzheim -Diensthundeführer- überprüft. Sie waren bei der Überprüfung persönlich anwesend. Zum Kontrollzeitpunkt waren in der Gästetoilette drei männliche Chihuahua-Welpen untergebracht. Das Licht in der Toilette war aus, die Tür zur Diele stand offen, der Zugang war allerdings mit einem Karton versperrt. Das Alter der Welpen gaben Sie mit 10 Wochen an. Sie räumten außerdem spontan ein, für eine Bekannte mit den Tieren zu handeln.

Auf Nachfrage konnten Sie zunächst lediglich den Vornamen dieser Bekannten, „ “, angeben. Diese wohne in Tschechien in der Nähe von . Sie hätten Sie im Urlaub in Ägypten kennengelernt. Sie hätten ein Mal auf Ihrem Anwesen in Tschechien besucht. Die Hundehaltung, ca. 15 Muttertiere, sei dabei in Ordnung gewesen. Ansonsten hätten Sie die Hunde immer direkt an der Grenze, am Grenzübergang „Rozvadov“ übernommen. Sie seien auf die tschechischen Seite gefahren und hätten die Hunde dort von übernommen.

Sie gaben weiter an, es gäbe über Zukauf und Verkauf keine schriftlichen Unterlagen wie Kaufverträge oder Ähnliches. Bislang hätten Sie fünf Welpen verkauft. Nachdem wir Sie mit unseren Recherchen im Internet konfrontierten, wonach unter Angabe Ihrer Handy-Nr. zahlreiche, unterschiedliche Verkaufsannoncen für Chihuahua-Welpen aufgegeben worden sind, räumten Sie nunmehr ein, seit September 2010 ca. 15 Welpen aus Tschechien verkauft zu haben.

Hausanschrift: Zähringerallee 3, 75177 Pforzheim;

Telefon: 07231 / 308-0, Telefax: 07231 / 308-9417, E-Mail: landratsamt@enzkreis.de;

Sprechzeiten: Montag: 8.00 - 12.30 Uhr, Dienstag: 8.00 - 12.30 Uhr und 13.30 - 18.00 Uhr, Donnerstag: 8.00 - 14.00 Uhr, Freitag: 8.00 - 12.00 Uhr und nach Vereinbarung; Bankverbindung: Sparkasse Pforzheim Calw, BLZ 666 500 85, Konto-Nr. 803 367 IBAN: DE48666500850000803367 SWIFT oder BIC-Code: PZHSDE66

Sie würden die Welpen für 320 € einkaufen und dann für 500 € verkaufen. Sie betonten in diesem Zusammenhang, dass es sich um gesunde Tiere handele und Sie auch mit allen Tieren zum örtlichen Tierarzt gehen würden, um diese zu untersuchen und impfen zu lassen. Zusammenhang, dass es sich um gesunde Tiere handele und Sie auch mit allen Tieren zum örtlichen Tierarzt gehen würden, um diese zu untersuchen und impfen zu lassen.

Sie wurden darüber aufgeklärt, dass Sie mit der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise gegen verschiedene tierseuchenrechtliche Regelungen verstoßen haben. Insbesondere deshalb, weil die Welpen ohne vorherige amtstierärztliche Untersuchung und Tollwut-Impfung aus Tschechien eingeführt worden sind, konnten die Hunde nicht in Ihrer Wohnung belassen werden; sie wurden deshalb auf unsere Veranlassung bis auf weiteres im Tierheim Pforzheim untergebracht. Allerdings äußerten Sie den Wunsch, einen der Hunde als Haustier für Ihre Tochter behalten zu wollen. Es wurde Ihnen in Aussicht gestellt, dass der in Rede stehende Hund -mit Auflagen- zu gegebener Zeit wieder an Sie zurückgegeben werden kann.

Sie erklärten abschließend, sich mit : in Tschechien in Verbindung setzen zu wollen und von dort einen schriftlichen Nachweis anzufordern, wie viele Hunde Sie zu welchem Preis von dort angekauft haben. Bislang liegen uns entsprechende Nachweise allerdings noch nicht vor. Sie teilten diesbezüglich lediglich mit, dass der vollständige Name Ihrer tschechischen Kontaktperson sei. Diese könne Ihnen allerdings keine Rechnung für die an Sie verkauften Hunde ausstellen, da Sie - mangels Gewerbeanmeldung - über keine Umsatzsteuer-ID. verfügten.

Unserer daraufhin geäußerten Bitte, sich von Frau : zumindest formlos bestätigen zu lassen, wie viele Hunde Sie bislang von ihr übernommen haben, sind Sie bislang nicht nachgekommen.

Auch haben Sie uns -entgegen einer weiteren Zusage- auch keine Aufstellung Ihres Tierarztes über die in Ihrem Auftrag untersuchten bzw. geimpften Welpen übersandt.

Wir haben daraufhin eigene Ermittlungen vorgenommen, die zu folgendem Ergebnis geführt haben:

Durch die Quoka GmbH in Lampertheim wurde uns eine Aufstellung der von Ihnen im Zeitraum 07.02. bis 19.07.2011 aufgegebenen Verkaufsanzeigen für Chihuahuas übermittelt. Demnach haben Sie im genannten Zeitraum in 30 Annoncen über 60 Chihuahua-Welpen zu einem durchschnittlichen Festpreis von 500,- Euro zum Verkauf angeboten.

Außerdem wurde uns durch die Tierarztpraxis : mitgeteilt, dass dort im Zeitraum vom 02.09.2010 bis zum 02.08.2011 in Ihrem Auftrag insgesamt 115 Impfungen an Chihuahua-Welpen vorgenommen worden sind.

Wer gewerbsmäßig mit Wirbeltieren handeln möchte, benötigt eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 b) Tierschutzgesetz.

Mit der Ausübung der Vermittlung und des Handels mit Tieren darf erst begonnen werden, wenn auf Antrag eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 b) Tierschutzgesetz von der zuständigen Behörde erteilt worden ist. Diese Erlaubnis wurde Ihnen bislang weder erteilt, noch haben Sie diesbezüglich einen förmlichen Antrag beim Landratsamt Enzkreis gestellt.

Im übrigen erfüllt der gewerbsmäßige Handel mit Tieren ohne Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit gemäß §18 Abs. 1 Nr. 20 Tierschutzgesetz.

Des weiteren haben Sie - eigenen Angaben zufolge - die Welpen, die dazu bestimmt waren, an andere Personen abgegeben zu werden, persönlich von Tschechien nach Deutschland verbracht. Dies entspricht einem gewerblichen Verbringen. Die Welpen waren dabei unter 3 Monate alt, nicht gegen Tollwut geimpft und wurden nicht innerhalb von 24 Stunden vor dem Verbringen klinisch untersucht. Somit haben Sie auch gegen die Anzeige- und Registrier-pflicht vor Aufnahme der Tätigkeit (§ 4 der Verordnung über das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren und Waren/ Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung - BmTierSSchV) und gegen § 8 Abs. 1 i.V.m. Anlage 3 Nr.7.1 BmTierSSchV (gewerbliches Verbringen) i.V.m. Artikel 10 der RL92/65 unter Verweis auf Art. 5 der VO (EG) Nr. 998/2003 (genehmigungsfreies Verbringen) verstoßen. Dies stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 41 Abs. 2 Nr. 4 BmTierSSchV dar.

Aufgrund der vorstehenden Sachverhaltsschilderung, der Vielzahl der von Ihnen im Internet veröffentlichten Verkaufsanzeigen, der zahlreichen von Ihnen veranlassten Impfungen von Chihuahua-Welpen und Ihren Angaben bei der Kontrolle am 04.08.2011 ist davon auszugehen, dass Sie zumindest seit September 2010 einen gewerblichen Handel mit Hundewelpen betreiben, ohne die hierfür erforderliche Erlaubnis zu besitzen.

Bei der Bemessung der Geldbuße haben wir berücksichtigt, dass Sie innerhalb eines kurzen Zeitraums mit einer sehr großen Zahl Hundewelpen gehandelt haben. Außerdem soll gem. § 17 Ordnungswidrigkeitengesetz die Geldbuße den wirtschaftlichen Vorteil, der aus der Ordnungswidrigkeit gezogen wurde, übersteigen. Auch wenn uns der von Ihnen angegebene "Einkaufspreis" von 320,- Euro je Hundewelpen wenig glaubhaft erscheint, gehen wir bei einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 500,- Euro je Hund von einer Gewinnspanne von 180,- Euro je Hund aus. Unter Berücksichtigung der Kosten für tierärztliche Behandlungen, Futter und sonstige Unterhaltskosten, die wir mit 110,- Euro je Hund veranschlagen, beträgt der Ihnen durch den Welpenhandel entstandene wirtschaftliche Vorteil nach unserer Einschätzung mindestens 70,00 Euro je Hund.

Die tatmehrheitlich begangenen Verstöße ahnden wir gemäß § 20 OWiG.

Deshalb werden gegen Sie gemäß § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) folgende Geldbußen festgesetzt:

Für den Verstoß Nr. 1..

8.625,00 €

Für den Verstoß Nr. 2..

575,00 €

Außerdem haben Sie die Kosten des Verfahrens gemäß §§ 105 und 107 OWiG, 464 (1) und 465 Strafprozessordnung (StPO) zu tragen, und zwar

Gebühr

460,00 €

Auslagen

3,50 €

Gesamtforderung

9.663,50 €

Hinsichtlich möglicher Zahlungserleichterungen bitten wir, die nachstehenden Hinweise zu beachten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Der Bußgeldbescheid wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn Sie nicht **innerhalb von zwei Wochen** nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der oben genannten Behörde Einspruch einlegen. Die Frist ist nur dann gewahrt, wenn der Einspruch vor Ablauf der Frist bei dieser Behörde eingeht. Die Erklärung muss in deutscher Sprache abgefasst sein. Wird der Bußgeldbescheid bei der Post niedergelegt (zur Abholung bereitgestellt), so gilt der Tag der Niederlegung als Tag der Zustellung.

Wichtige Hinweise bei einem Einspruch

Bei einem Einspruch kann auch eine für Sie nachteiligere Entscheidung getroffen werden.

Sie haben die Möglichkeit, zugleich mit dem Einspruch oder spätestens innerhalb von **zwei Wochen** nach Zustellung dieses Bußgeldbescheides sich dazu zu äußern, ob und welche Tatsachen und Beweismittel Sie im weiteren Verfahren zu Ihrer Entlastung vorbringen wollen; dabei steht es Ihnen frei, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Sie werden jedoch darauf hingewiesen, dass Ihnen, falls entlastende Umstände nicht rechtzeitig vorgebracht werden, Nachteile bei der Kostenfestsetzung entstehen können, selbst wenn das Bußgeldverfahren mit einem Freispruch oder einer Einstellung endet.

Zahlungsaufforderung

Überweisen Sie bitte spätestens zwei Wochen nach Rechtskraft dieses Bescheides den zu zahlenden Gesamtbetrag ..

Sollten Sie zahlungsunfähig sein, so haben Sie der oben genannten Behörde unter eingehender Begründung rechtzeitig vor Ablauf der Zahlungsfrist mitzuteilen, warum Ihnen die fristgemäße Zahlung nach Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten ist. Geeignete Nachweise (z.B. Verdienstbescheinigung) sind beizufügen. Falls Sie weder die Zahlungsfrist einhalten, noch Ihre Zahlungsunfähigkeit rechtzeitig dartun, wird der fällige Betrag zwangsweise beigetrieben. Auch kann das Amtsgericht zur Beitreibung der Geldbuße gegen Sie Erzwangshaft anordnen.

Allgemeine Hinweise

Bei allen Zahlungen, Einsprüchen oder sonstigen Eingaben ist zur Bearbeitung die Angabe des Aktenzeichens unerlässlich. Ihre Daten werden bei der oben genannten Behörde in einer automatischen Datei gespeichert. Soweit eine Eintragung im Verkehrszentralregister vorgeschrieben ist, werden die Daten auch beim Kraftfahrtbundesamt in einer automatischen Datei gespeichert.

Dieser Ausdruck wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.
Mit freundlichen Grüßen



Landratsamt Enzkreis, Postfach 101080, 75110 Pforzheim

-Verbraucherschutz- u. Veterinäramt-

Frau

Auskunft erteilt:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:
Internet: <http://www.enzkreis.de>
Datum: 11.10.2011

Aktenzeichen:

Geboren am
Geburtsname :

Bußgeldbescheid

Sehr geehrte Frau

Ihnen wird zur Last gelegt, im September und Oktober 2011 in
folgende Ordnungswidrigkeiten begangen zu haben:

als Verantwortliche

1. Sie haben ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde gewerbsmäßig mit Tieren gehandelt.
§ 11 Abs.1 Satz 1, § 18 Abs.1 Nr.20 Tierschutzgesetz.
2. Sie haben vorsätzlich einer vollziehbaren Anordnung nach § 11 Abs. 3 Satz 2 Tierschutzgesetz
zuwidergehandelt.
§§ 11 Abs. 3 Satz 2, 18 Abs. 1 Nr. 2 Tierschutzgesetz
3. Sie haben zumindest am 06.10.2011 drei Hunde in einem Raum gehalten, bei dem der Einfall von
natürlichem Tageslicht nicht sichergestellt ist.
§ 5 Abs. 1 S. 1, § 12 Abs. 1 Nr. 4 Tierschutz-Hundeverordnung, § 18 Abs. 1 Nr. 3 a Tierschutzgesetz

Beweismittel: Fotos, Akten

Zeuge: Verbraucherschutz- und Veterinäramt,
Polizeirevier

Anfang August 2011 wurde das Verbraucherschutz- und Veterinäramt darauf aufmerksam, dass Sie in den letzten Wochen und Monaten im Internet zahlreiche Chihuahua-Welpen zum Verkauf angeboten haben. Es bestand daher Anlass zur Vermutung, dass Sie einen gewerblichen Handel mit Hunden betreiben. Deshalb wurde am 04.08.2011 Ihre Hundehaltung durch uns und einen Beamten der Polizeidirektion Pforzheim - Diensthundeführer- überprüft. Sie waren bei der Überprüfung persönlich anwesend. Zum Kontrollzeitpunkt waren in der Gästetoilette drei männliche Chihuahua-Welpen untergebracht. Das Licht in der Toilette war aus, die Tür zur Diele stand offen, der Zugang war allerdings mit einem Karton versperrt. Das Alter der Welpen gaben Sie mit 10 Wochen an. Sie räumten außerdem spontan ein, für eine Bekannte, Frau aus Tschechien, mit den Tieren zu handeln.

Nachdem Sie nicht im Besitz einer hierfür erforderlichen Erlaubnis gem. § 11 Tierschutzgesetz sind, ist am 21.08.2011 eine -zwischenzeitlich bestandskräftige- Verfügung gegen Sie ergangen, mit der Ihnen untersagt wurde, mit Tieren aller Art zu handeln oder diese gegen Entgelt zu vermitteln.

In der Folge mussten wir jedoch leider feststellen, dass von Ihnen weiterhin Chihuahua-Welpen im Internet zum Verkauf angeboten wurden, so z.B. am 19.09. und 20.09.2011 drei Welpen bei „Ebay Kleinanzeigen“ und am 01.10.2011 vier weitere Welpen bei „Quoka.de“.

Hausanschrift: Zähringerallee 3, 75177 Pforzheim;

Telefon: 07231 / 308-0, Telefax: 07231 / 308-9417, E-Mail: landratsamt@enzkreis.de;

Sprechzeiten: Montag: 8.00 - 12.30 Uhr, Dienstag: 8.00 - 12.30 Uhr und 13.30 - 18.00 Uhr, Donnerstag: 8.00 - 14.00 Uhr, Freitag: 8.00 - 12.00

Uhr und nach Vereinbarung; Bankverbindung: Sparkasse Pforzheim Calw, BLZ 666 500 65, Konto-Nr. 803 367 IBAN:

DE48666500850000803367 SWIFT oder BIC-Code: PZHSDE66

13 Aufgrund dessen haben wir beim Amtsgericht Pforzheim einen Durchsuchungsbeschluss für Ihre Wohnung in beantragt, der am 04.10.2011 erlassen wurde.
Daraufhin wurde am 06.10.2011 die Durchsuchung vorgenommen. Dabei wurden in Ihrem - unbeleuchteten und unbeheizten - Keller drei Chihuahua-Welpen vorgefunden. Sie hatten zuvor behauptet, zu Ihrer Wohnung gehöre kein Keller. Durch einen am Schlüsselbrett hängenden, einzelnen Schlüssel konnte jedoch der zugehörige Keller ermittelt werden.
Dieser Keller war mit einer großen Menge Möbel, Kartons und anderen Gegenständen zugestellt. Am hinteren Ende des Kellers war durch den Verpackungskarton eines übergroßen Flachbildfernsehers ein schmaler Bereich abgetrennt, in dem sich die drei Welpen bewegen konnten. Das Licht im Keller war zum Zeitpunkt der Durchsuchung nicht eingeschaltet. Durch das kleine, mit Lochblech verschlossene Kellerfenster konnte kein natürliches Tageslicht in den Keller eintreten. Gemäß § 5 Abs. 1 Tierschutz-Hundeverordnung darf ein Hund nur in Räumen gehalten werden, bei denen der Einfall von natürlichem Tageslicht sichergestellt ist.

Sie räumten ein, dass die im Keller entdeckten Welpen zum Verkauf bestimmt seien.
Weiter räumten Sie ein, einen weiteren Chihuahua-Welpen mit dem Verdacht eines Wasserkopfes, den Sie am 05.10.2011 unter „Ebay Kleinanzeigen“ angeboten haben, bereits verkauft zu haben.
Unsere weiteren Ermittlungen haben ergeben, dass Sie zwischen dem 01.09.2011, also nach der Zustellung unserer Verfügung, und dem 01.10.2011 insgesamt 20 verschiedene Chihuahua-Welpen beim Tierarzt zur Untersuchung bzw. Impfung vorgestellt haben.
Wir gehen daher davon aus, dass Sie -unter Berücksichtigung der bei der Durchsuchung gefundenen Hunde- in diesem Zeitraum mindestens 17 Hunde verkauft haben, ohne im Besitz einer hierfür erforderlichen Erlaubnis gem. § 11 Tierschutzgesetz zu sein.

Bei der Bemessung der Geldbuße haben wir berücksichtigt, dass gem. § 17 Ordnungswidrigkeitengesetz die Geldbuße den wirtschaftlichen Vorteil, der aus der Ordnungswidrigkeit gezogen wurde, übersteigen soll.
Wir sind auch in diesem Fall davon ausgegangen, dass der durch den Welpenhandel entstandene wirtschaftliche Vorteil mindestens 70,00 Euro je Hund betragen hat.

Deshalb werden gegen Sie gemäß § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) folgende Geldbußen festgesetzt:

Für den Verstoß Nr. 1, 2..

1.375,00 €

Für den Verstoß Nr. 3..

300,00 €

Außerdem haben Sie die Kosten des Verfahrens gemäß §§ 105 und 107 OWiG, 464 (1) und 465 Strafprozessordnung (StPO) zu tragen, und zwar

Gebühr
Auslagen

83,75 €
3,50 €

Gesamtforderung

1.762,25 €

Die Verstöße Nr. 1 und Nr. 2 wurden tateinheitlich gemäß § 19 OWiG begangen. Der Verstoß Nr. 3 steht in Tateinheit gemäß § 20 OWiG zu den Verstößen Nr. 1 und Nr. 2.

Des weiteren werden die bei der Durchsuchung am 06.10.2011 in Ihrem Keller gefundenen und beschlagnahmten Hunde hiermit eingezogen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 19 Abs. 1 Nr. 2 Tierschutzgesetz in Verbindung mit §§ 18 Abs. 1 Nr. 2 und 11 Abs. 3 Satz 2 Tierschutzgesetz.

Rechtsbehelfsbelehrung

Der Bußgeldbescheid wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn Sie nicht **innerhalb von zwei Wochen** nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der oben genannten Behörde Einspruch einlegen. Die Frist ist nur dann gewahrt, wenn der Einspruch vor Ablauf der Frist bei dieser Behörde eingeht. Die Erklärung muss in deutscher Sprache abgefasst sein. Wird der Bußgeldbescheid bei der Post niedergelegt (zur Abholung bereitgestellt), so gilt der Tag der Niederlegung als Tag der Zustellung.

Wichtige Hinweise bei einem Einspruch

Bei einem Einspruch kann auch eine für Sie nachteiligere Entscheidung getroffen werden.
Sie haben die Möglichkeit, zugleich mit dem Einspruch oder spätestens innerhalb von **zwei Wochen** nach Zustellung dieses Bußgeldbescheides sich dazu zu äußern, ob und welche Tatsachen und Beweismittel Sie im weiteren Verfahren zu Ihrer Entlastung vorbringen wollen; dabei steht es Ihnen frei, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Sie werden jedoch darauf hingewiesen, dass Ihnen, falls entlastende Umstände nicht rechtzeitig vorgebracht werden, Nachteile bei der Kostenfestsetzung entstehen können, selbst wenn das Bußgeldverfahren mit einem Freispruch oder einer Einstellung endet.

Zahlungsaufforderung

Überweisen Sie bitte spätestens zwei Wochen nach Rechtskraft dieses Bescheides den zu zahlenden Gesamtbetrag ..

Sollten Sie zahlungsunfähig sein, so haben Sie der oben genannten Behörde unter eingehender Begründung rechtzeitig vor Ablauf der Zahlungsfrist mitzuteilen, warum Ihnen die fristgemäße Zahlung nach Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten ist. Geeignete Nachweise (z.B. Verdienstbescheinigung) sind beizufügen. Falls Sie weder die Zahlungsfrist einhalten, noch Ihre Zahlungsunfähigkeit rechtzeitig dartun, wird der fällige Betrag zwangsweise beigetrieben. Auch kann das Amtsgericht zur Beitreibung der Geldbuße gegen Sie Erzwingungshaft anordnen.

Allgemeine Hinweise

Bei allen Zahlungen, Einsprüchen oder sonstigen Eingaben ist zur Bearbeitung die Angabe des Aktenzeichens unerlässlich. Ihre Daten werden bei der oben genannten Behörde in einer automatischen Datei gespeichert. Soweit eine Eintragung im Verkehrszentralregister vorgeschrieben ist, werden die Daten auch beim Kraftfahrtbundesamt in einer automatischen Datei gespeichert.

Dieser Ausdruck wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.
Mit freundlichen Grüßen



Enzkreis

Landratsamt

Mit Postzustellungsurkunde

Landratsamt Enzkreis, Postfach 10 10 80, 75110 Pforzheim

**Verbraucherschutz-
und Veterinäramt**

Frau

Herr
Zimmer
Tel.-Nr.:
Telefax:

Az.: 33-9185.58

21.02.2012

**Überwachung von Tierhaltungen
hier: Unerlaubter Handel mit Hunden**

Sehr geehrte Frau

es ergeht gegen Sie folgende

V e r f ü g u n g:

1. Die Festsetzung des mit bestandskräftiger Verfügung vom 10.10.2011 angedrohten Zwangsgelds (7.500,- Euro) wird hiermit vorerst ausgesetzt.
2. Ihre Tierhaltung wird hiermit auf höchstens zwei Hündinnen (alternativ: eine Hündin und einen Rüden) und deren nicht geschlechtsreife Nachkommen beschränkt. Evtl. Nachkommen dieser Hündin/nen sind vor Eintritt der Geschlechtsreife zu veräußern oder an eine Tierschutzorganisation zu übereignen.
3. Die sofortige Vollziehung der unter Ziffer 2 getroffenen Anordnungen wird im öffentlichen Interesse angeordnet.
4. Für den Fall, dass Sie dem Verbot des gewerblichen Tierhandels (Ziffer 1 der Verfügung vom 21.08.2011) oder den unter Ziffer 2 dieser Verfügung getroffenen Anordnungen zuwiderhandeln, wird Ihnen hiermit die Fortnahme aller Tiere - ggfls. im Wege des unmittelbaren Zwangs - angedroht.
5. Für diese Verfügung wird eine Verwaltungsgebühr von 100,00 Euro erhoben, die Sie zu tragen haben.

Gründe:

I.

Anfang August 2011 wurde das Verbraucherschutz- und Veterinäramt darauf aufmerksam, dass Sie in den letzten Wochen und Monaten im Internet zahlreiche Chihuahua-Welpen zum Verkauf angeboten hatten.

Es bestand daher Anlass zur Vermutung, dass Sie einen gewerblichen Handel mit Hunden betreiben.

Hausanschrift:
Zähringerallee 3
75177 Pforzheim
Telefon 07231 308-0
Telefax 07231 308-9417
Internet www.enzkreis.de
E-Mail landratsamt@enzkreis.de

mit ÖPNV erreichbar:
Hauptbahnhof
Zentrale Omnibusbahnhöfe
ZOB Nord, Mitte, Süd

Behindertenparkplätze
an der Güterstraße

Sprechzeiten:
Montag 8:00 - 12:30 Uhr
Dienstag 8:00 - 12:30 Uhr
und 13:30 - 18:00 Uhr
Donnerstag 8:00 - 14:00 Uhr
Freitag 8:00 - 12:00 Uhr
Termine nach Vereinbarung

Bankverbindungen:
Sparkasse Pforzheim Calw (BLZ 666 500 85), Konto 803 367
IBAN DE48666500850000803367, BIC PZHSDE66
Volksbank Pforzheim (BLZ 666 900 00), Konto 1400-4

Wir sind zertifiziert:
www.kommunale-kompetenz.de

Deshalb wurde am 04.08.2011 Ihre Hundehaltung durch uns und einen Beamten der Polizeidirektion Pforzheim -Diensthundeführer- überprüft. Sie waren bei der Überprüfung persönlich anwesend.

Zum Kontrollzeitpunkt waren in Ihrer Gästetoilette drei männliche Chihuahua-Welpen untergebracht. Das Alter der Welpen gaben Sie mit 10 Wochen an. Sie räumten außerdem spontan ein, für eine Bekannte, Frau _____ aus Tschechien, mit den Tieren zu handeln.

Nachdem Sie nicht im Besitz einer hierfür erforderlichen Erlaubnis gem. § 11 Tierschutzgesetz sind, ist am 21.08.2011 eine -zwischenzeitlich bestandskräftige- Verfügung gegen Sie ergangen, mit der Ihnen untersagt wurde, mit Tieren aller Art zu handeln oder diese gegen Entgelt zu vermitteln.
Für den Fall, dass Sie dieser Anordnung zuwiderhandeln, wurde Ihnen ein Zwangsgeld von 5.000,- Euro angedroht.

In der Folge mussten wir jedoch leider feststellen, dass von Ihnen weiterhin Chihuahua-Welpen im Internet zum Verkauf angeboten wurden.
Daraufhin wurde am 06.10.2011 mit richterlicher Genehmigung eine Durchsuchung Ihrer Wohnung und der dazu gehörenden Nebenräume vorgenommen. Dabei wurden in Ihrem - unbeleuchteten und unbeheizten - Keller drei Chihuahua-Welpen vorgefunden.
Sie räumten ein, dass diese Welpen zum Verkauf bestimmt seien.
Weiter räumten Sie ein, einen weiteren Chihuahua-Welpen bereits verkauft zu haben.

Deshalb wurde mit -bestandskräftiger- Verfügung vom 10.10.2011 das angedrohte Zwangsgeld von 5.000,- Euro festgesetzt. Gleichzeitig wurde Ihnen für den Fall, dass Sie der unter Ziffer 1 der Verfügung vom 21.08.2011 getroffenen Anordnung (Untersagung des Handels mit Tieren) auch künftig zuwiderhandeln, ein Zwangsgeld von 7.500,- Euro angedroht.

Diese Androhung scheint allerdings nicht geeignet, Sie davon abzuhalten, weiterhin gewerbsmäßig mit Hunden zu handeln.
Anfang Februar 2012 sind wir durch die Sichtung von Anzeigen im Internet sowie durch Hinweise aus der Bevölkerung darauf aufmerksam geworden, dass Sie offensichtlich weiterhin gewerbsmäßig mit Chihuahua-Welpen handeln.
Deshalb wurde am 13.02.2012 Ihre Wohnung mit richterlicher Genehmigung des Amtsgerichts Pforzheim (Az.: _____) ein weiteres Mal durchsucht. Dabei wurden in Ihrem Wohnzimmer eine Chihuahua-Hündin und 6 Chihuahua-Welpen vorgefunden. Zum Zeitpunkt der Durchsuchung hielten sich auch Personen in der Wohnung auf, die am Kauf eines der Welpen interessiert waren.
Sie gaben zunächst an, bei den Welpen handele es ausschließlich um Nachkommen Ihrer eigenen Hündin. Nachdem Ihnen daraufhin eröffnet wurde, dass sich der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung durch eine DNA-Analyse zweifelsfrei klären ließe, räumten Sie ein, dass lediglich zwei der Welpen von Ihrer Hündin abstammten. Die anderen Welpen hätten Sie aus Tschechien zugekauft.
Sämtliche Welpen sowie das Muttertier wurden daraufhin beschlagnahmt und ins Tierheim Pforzheim gebracht.

Weitere Ermittlungen haben zwischenzeitlich ergeben, dass Sie im Zeitraum Dezember 2011 bis Februar 2012 insgesamt mindestens 24 Chihuahua-Welpen bei Tierärzten in _____ und _____ impfen ließen und sich dabei der falschen Personalien „_____, _____, _____“, wohnhaft in _____ bzw. _____, bedient haben.

Außerdem hat sich zwischenzeitlich eine Zeugin mit uns in Verbindung gesetzt, die sich darüber beschwert hat, dass Sie Ihr im Februar 2012 einen kranken Chihuahua-Welpen verkauft hätten.

Nach alledem steht zweifelsfrei fest, dass Sie in den letzten drei Monaten - trotz des rechtskräftigen Verbots, mit Tieren zu handeln - erneut eine Vielzahl an Chihuahua-Welpen verkauft haben, die zudem mit großer Wahrscheinlichkeit auch entgegen § 4 und § 8 Abs. 1 Satz 1 Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung zuvor aus Tschechien nach Deutschland verbracht worden sind.

II.

Die Zuständigkeit des Landratsamtes Enzkreis ergibt sich aus § 1 der Tierschutz-zuständigkeitsverordnung in Verbindung mit § 13 des Landesverwaltungsgesetzes. Gemäß § 16 a Tierschutzgesetzes (TierSchG) trifft das Landratsamt als zuständige untere Verwaltungsbehörde die zur Beseitigung festgestellter Verstöße und zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen.

Da Sie - entgegen unserer Verfügung vom 21.08.2011 - weiterhin mit Hundewelpen gehandelt haben, wäre gemäß §§ 1, 2, 19, 20 und 23 Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz (LVwVG) das für diesen Fall angedrohte Zwangsgeld von 7.500,- Euro nunmehr festzusetzen.

Nachdem sich allerdings bereits das am 10.10.2011 festgesetzte Zwangsgeld als uneinbringlich erwiesen hat und daneben noch Bußgelder von derzeit rund 12.000 Euro fällig sind, scheint die Festsetzung eines weiteren Zwangsgeldes momentan wenig zielführend. Deshalb wird die angedrohte Zwangsgeldfestsetzung vorerst ausgesetzt.

Dessen ungeachtet halten wir - zur Verhinderung weiterer Rechtsverstöße - ergänzende tierschutzrechtliche Anordnungen für dringend geboten.

Es hat sich gezeigt, dass Sie sich auch durch empfindliche Bußgelder und Zwangsgeldandrohungen nicht davon abhalten ließen, weiterhin -unerlaubt- mit Hundewelpen zu handeln. Dabei mag dahingestellt bleiben, ob dies der Schuldentilgung oder der Finanzierung eines gehobenen Lebensstandards diene.

Erschwerend kommt hinzu, dass Sie sich offensichtlich auch nicht gescheut haben, gegenüber Tierärzten falsche Personalien anzugeben, um damit evtl. Ermittlungen des Veterinäramts zu vereiteln oder zumindest zu erschweren. Dies gibt Anlass zur Befürchtung, dass Sie auch künftig eine gewisse kriminelle Energie entwickeln könnten, um Ihren Handel mit Hunden fortzusetzen.

Deshalb wird - unter Würdigung der Gesamtumstände und Abwägung Ihrer persönlichen Interessen mit den Belangen des Tierschutzes - Ihre Tierhaltung nunmehr auf höchstens zwei Hündinnen oder eine Hündin und einen Rüden beschränkt.

Damit wird Ihnen weiterhin ermöglicht, mit Ihrer Hündin bzw. Ihren Hündinnen hobbymäßig zu züchten.

Dies bedeutet, dass es nicht mehr als insgesamt zwei Würfe pro Jahr geben darf; hierbei ist es ohne Belang, ob lediglich eine Hündin zwei Würfe hat oder zwei Hündinnen jeweils einen. Sobald es einen dritten Wurf gibt, ist aufgrund Ziffer 12.2.1.5.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Tierschutzgesetz von einer gewerbsmäßigen Zucht auszugehen.

Eine solche gewerbsmäßige Zucht kann Ihnen bereits aufgrund der begangenen tierschutzrechtlichen Verstöße und der hieraus resultierenden, persönlichen Unzuverlässigkeit auf absehbare Zeit nicht erlaubt werden. Dies gilt auch für Ihren Ehemann, da dieser – auch ohne dass wir dies bislang geahndet haben – bei den von Ihnen begangenen Zuwiderhandlungen gegen tierschutz- und tierseuchenrechtliche Bestimmungen zumindest Beihilfe geleistet hat.

Um zu verhindern, dass sich die Zahl der von Ihnen gehaltenen, geschlechtsreifen Hunde durch eigene „Nachzucht“ (geplant oder ungewollt) über das erlaubte Maß vergrößert, müssen evtl. vorhandene Welpen rechtzeitig vor Eintritt der Geschlechtsreife (bei Chihuahuas im Alter von ca. 6 – 8 Monaten) veräußert oder - falls dies nicht möglich ist - an eine Tierschutzorganisation übereignet werden.

Der Vollständigkeit halber und um evtl. Missverständnisse zu verhindern, weisen wir Sie hiermit ausdrücklich darauf hin, dass aufgrund der o.g. Regelung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Tierschutzgesetz als Haltungseinheit alle Tiere eines Halters gelten, auch wenn diese in unterschiedlichen Einrichtungen gehalten werden. Dasselbe gilt für die Haltung von Tieren mehrerer Halter, wenn Räumlichkeiten, Ausläufe und ähnliches gemeinsam genutzt werden.

Dies bedeutet, dass Sie die unter Ziffer 2 angeordnete Beschränkung Ihrer Tierhaltung nicht dadurch umgehen können, dass Sie eigene Tiere auf unterschiedliche Standorte oder Personen (z.B. Ehegatte oder Kinder) verteilen. Ihre gesamte Familie darf künftig maximal 2 geschlechtsreife Hunde halten. Eine weitergehende Tierhaltung ist -ohne unsere Erlaubnis- nicht erlaubt.

Damit soll u.a. verhindert werden, dass Sie die Zucht und den Handel mit Hunden aufgeben und stattdessen andere Tiere (z.B. Katzen) züchten bzw. mit diesen handeln.

III.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beruht auf § 80 Absatz 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

Danach kann die sofortige Vollziehung eines Verwaltungsaktes besonders angeordnet werden, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt. Die Herstellung ordnungsgemäßer Zustände bzw. die Verhütung künftiger Verstöße gegen das Tierschutzgesetz dulden keine zeitliche Verzögerung. Der Tierschutz, der zwischenzeitlich als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wurde, an sich stellt als solches ein derart hohes Rechtsgut dar, so dass auch unter Berücksichtigung Ihrer persönlichen Interessen das besondere öffentliche Interesse an der Anordnung der sofortigen Vollziehung gerechtfertigt ist. Damit soll verhindert werden, dass der Vollzug unserer Entscheidung durch ein Rechtsmittel, das aufschiebende Wirkung entfaltet, zunächst gehemmt und eine erlaubnispflichtige bzw. unerlaubt aufgenommene Tätigkeit zunächst weiterhin ohne Erlaubnis betrieben werden könnte.

IV.

Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das rechtskräftige Verbot des gewerblichen Tierhandels (Ziffer 1 der Verfügung vom 21.08.2011) oder die unter Ziffer 2 dieser Verfügung getroffene Anordnung wird Ihnen hiermit aufgrund § 20 Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz (LVerwVG) die Fortnahme aller Tiere angedroht.

Dies stellt eine Maßnahme des unmittelbaren Zwangs gegen Sachen gemäß § 26 Abs. 1 LVerwVG dar. Gemäß § 26 Abs. 2 LVerwVG darf unmittelbarer Zwang nur angewandt werden, wenn Zwangsgeld und Ersatzvornahme nicht zum Erfolg geführt haben oder deren Anwendung untunlich ist.

Im vorliegenden Fall hat die Androhung und Festsetzung eines Zwangsgelds - wie oben bereits ausgeführt - nicht zum Erfolg geführt. Insofern bleibt - in Ermangelung einer im Wege der Ersatzvornahme durchsetzbaren, vertretbaren Handlung - die Androhung des unmittelbaren Zwangs das mildeste Mittel des Verwaltungszwanges.

Die Androhung dieses Zwangsmittels ist erforderlich, um der getroffenen Anordnung effektiven Nachdruck zu verleihen.

Sollte es zu dieser Maßnahme kommen, müssen Sie damit rechnen, dass Ihnen in der Folge bis auf weiteres die Haltung von Tieren jeglicher Art untersagt wird.

IV.

Die Gebührenfestsetzung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 4 und 12 des Landesgebührengesetzes (LGebG) in Verbindung mit Ziffer 122.616 der Anlage zur Gebührenverordnung des Enzkreises vom 20.12.2005.

Gemäß § 4 LGebG hat, wer eine Amtshandlung veranlasst, die Kosten hierfür zu tragen. Durch Ihr Verhalten haben Sie das Tätigwerden des Verbraucherschutz- und Veterinäramtes veranlasst. Deshalb müssen Sie auch die Gebühren hierfür tragen. Die festgesetzte Gebühr ist im Hinblick auf den Gegenstand der Verfügung und den entstandenen Verwaltungsaufwand angemessen.

Mit der erhobenen Gebühr sind auch die entstandenen Auslagen, nicht jedoch die Kosten für die Unterbringung der Hunde im Tierheim abgegolten. Ein entsprechender Gebührenbescheid geht Ihnen in den nächsten Tagen zu.

Hinweise:

Aufgrund der vorstehend getroffenen Entscheidung wird die Beschlagnahme Ihrer Hündin und deren Unterbringung im Tierheim aufgehoben. Sie können die Hündin gegen Ersatz der Pflegekosten (12,- Euro je Tag) im Wege der Barzahlung im Tierheim abholen.

Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, auch einen der weiblichen Welpen dieser Hündin - ebenfalls gegen Kostenersatz (Pflege- + Impfkosten) - aus dem Tierheim abzuholen. Das Ergebnis der von uns diesbezüglich veranlassten Abstammungsuntersuchung liegt uns derzeit allerdings noch nicht vor.

Sofern Sie einen weiteren Welpen bereits jemandem „versprochen“ haben, bleibt es demjenigen unbenommen, sich mit dem Tierheim in Verbindung zu setzen und sich dort um die Abgabe des Hundes an ihn zu bemühen.

Im übrigen gilt die ausgesprochene Beschränkung Ihrer Tierhaltung innerhalb des gesamten Landes Baden-Württemberg, so dass Sie sich den ergangenen Anordnungen auch nicht durch Wegzug in einen benachbarten Land- oder Stadtkreis entziehen können.

Zuletzt befreien Sie die getroffenen Entscheidungen nicht von Ihrer Verpflichtung, sich auch für das hobbymäßige Züchten von Hunden in Wohnräumen, das normalerweise nicht zur vertragsgemäßen Nutzung der Mietsache gehört, die Erlaubnis Ihres jeweiligen Vermieters einzuholen.

Ihre Rechte:

Gegen diese Verfügung können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch einlegen beim Landratsamt Enzkreis in Pforzheim oder beim Regierungspräsidium in Karlsruhe.

Zur Niederschrift bedeutet, dass Sie dort persönlich erscheinen und den Widerspruch protokollieren lassen.

Im Hinblick auf die Anordnung des sofortigen Vollzugs können Sie beim Verwaltungsgericht Karlsruhe beantragen, dass die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wieder hergestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen

II. Tierheim Pforzheim z.K.

Bitte beachten Sie die Hinweise am Ende der Verfügung

III. Polizeidirektion Pforzheim

-Diensthundeführer- z.K.



Baden-Württemberg

CHEMISCHES UND VETERINÄRUNTERSUCHUNGSAMT KARLSRUHE

CVUA Karlsruhe • Postfach 311180 • 76141 Karlsruhe

Landratsamt Enzkreis
Verbraucherschutz- und Veterinäramt
Zähringerallee 3
75177 Pforzheim

Datum : 28.02.2012
Name:
Durchwahl:
Aktenzeichen:

Pathologie
(Bitte bei Antwort angeben)

 Tiergesundheit

Befundmitteilung zur Untersuchung von 1 x Tierkörper Hund

Einsender: Landratsamt Enzkreis, Verbraucherschutz- und Veterinäramt,
Zähringerallee 3, 75177 Pforzheim
Tierbesitzer: Tierschutzverein Pforzheim

Eingangsdatum: 20.02.2012

Kennzeichnung: Hund, Haushund; weiblich, 680 g, weniger als 6 Monate alt, creme-weiß

Vorbericht:

Das Tier verendete in der Nacht vom 18. auf den 19.02.2012. Das Tier wurde 2 Wochen zuvor ungeimpft aus Tschechien importiert. Klinisch zeigte es Schnupfen und tränende Augen.

Bitte um Abklärung der Todesursache.

Pathomorphologischer Befund:

Ernährungszustand gut; mittelgradige Anämie; wässriger Inhalt im Magen; gesamter Darm mit wässrigem Inhalt, geringgradiges Ödem der Lamina propria mucosae; Knochenmark rot.

Nicht aufgeführte Organsysteme waren ohne besonderen Befund.

Pathohistologischer Befund:

Hochgradige Zottenatrophie im Dünndarm, Ausbildung so genannter Kryptabszesse; ZNS, Lunge, Leber, Niere und Herzmuskulatur ohne besonderen Befund.

Bakteriologie Hund

Organ	Methode	Parameter	Ergebnis	Bemerkung
Lunge	Direktanzucht	Bakterien	nicht nachgewiesen	
Lunge	Selektiv- Anreicherung	Salmonella sp.	nicht nachgewiesen	
Leber	Direktanzucht	Bakterien	nicht nachgewiesen	
Leber	Selektiv- Anreicherung	Salmonella sp.	nicht nachgewiesen	
Darm	Direktanzucht	E. coli	++	
Darm	Selektiv- Anreicherung	Salmonella sp.	nicht nachgewiesen	

Histologie Hund, Haushund

Organ	Methode	Parameter	Ergebnis	Bemerkung
Gehirn	DIFT Tollwut	Tollwutvirus	negativ	

Wertung der Befunde:

Erkrankungs- und Todesursache war mit hoher Wahrscheinlichkeit eine hochgradige katarrhalische Enteritis bedingt durch eine Parvovirus-Infektion (Parvovirose).

Mit freundlichen Grüßen

Das Prüfergebnis bezieht sich ausschließlich auf die vorgelegte Probe. Das Gutachten darf nur vollständig weitergegeben werden. Seine auszugsweise Vervielfältigung bedarf der schriftlichen Genehmigung durch das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Karlsruhe.



Enzkreis

Landratsamt

Landratsamt Enzkreis, Postfach 101080, 75110 Pforzheim

An das
Amtsgericht

Verbraucherschutz-
und Veterinäramt

Herr
Zimmer-Nr.:
Telefon:
Telefax:
E-mail:

Az.: 33.9185.58
Pforzheim, 06.03.2012

Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen
Frau * , und deren Ehemann *
beide wohnhaft
wegen
Verdachts der Zuwiderhandlung gegen tierschutz- und tierseuchenrechtliche Bestimmungen

hier: „Rechtsmittel/sofortige Beschwerde/Beschwerde“ gegen die Beschlüsse des
Amtsgerichts

- a) vom 27.09.2011, Az.:
- b) vom 13.02.2012, Az.:

sowie Beschwerde gegen die aufgrund des Beschlusses vom 13.02.2012, erfolgte
Beschlagnahme von Beweismitteln und Hunden

durch die **Anwaltskanzlei**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den diversen Rechtsmitteln der Anwaltskanzlei nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Beschluss vom 27.09.2011,

Das Verbraucherschutz und Veterinäramt hat der im Betreff Genannten mit - bestands-
kräftiger - Verfügung vom 21.08.2011 untersagt, mit Tieren aller Art zu handeln oder diese
gegen Entgelt zu vermitteln.

Zuvor hatte Frau - ohne erforderliche Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz - allein im
Zeitraum 07.02. bis 19.07.2011 über 60 Chihuahua-Welpen verkauft, die zuvor unter Umge-
hung tierseuchenrechtlicher Bestimmungen von Tschechien nach Deutschland eingeführt
worden sind.

Hausanschrift:
Zähringerallee 3
75177 Pforzheim
Telefon 07231 308-0
Telefax 07231 308-9417
Internet www.enzkreis.de
E-Mail landratsamt@enzkreis.de

mit ÖPNV erreichbar:
Hauptbahnhof
Zentrale Omnibusbahnhöfe
ZOB Nord, Mitte, Süd

Behindertenparkplätze
an der Güterstraße

Sprechzeiten:
Montag 8:00 - 12:30 Uhr
Dienstag 8:00 - 12:30 Uhr
und 13:30 - 18:00 Uhr
Donnerstag 8:00 - 14:00 Uhr
Freitag 8:00 - 12:00 Uhr
Termine nach Vereinbarung

Bankverbindungen:
Sparkasse Pforzheim Calw (BLZ 666 500 85), Konto 803 367
IBAN DE48666500850000803367, BIC PZHSDE66
Volksbank Pforzheim (BLZ 666 900 00), Konto 1400-4

Wir sind zertifiziert:
www.kommunale-kompetenz.de

In der Folge mussten wir leider feststellen, dass Frau - trotz des empfindlichen Bußgelds und der Zwangsgeldandrohung von 5.000,- Euro - offensichtlich weiterhin Chihuahua-Welpen im Internet zum Verkauf angeboten hat.

Unsere Ermittlungen im Hinblick auf mehrere Anzeigen bei „Ebay-Kleinanzeigen.de“ und „Quoka“ haben ergeben, dass diese offensichtlich von Frau aufgegeben worden sind.

Um der Betroffenen den (weiteren) unerlaubten Handel mit Hunden bzw. deren Einfuhr ohne vorherige Impfung und obligatorische Untersuchung durch einen Amtsveterinär mit hinreichender Sicherheit nachzuweisen, war es notwendig, die Wohnung der Betroffenen und ihres Ehemannes, , zu durchsuchen, um dort entsprechende Unterlagen („Bestellungen“ von Hunden in Tschechien, Abgabe- bzw. Kaufverträge, Tierarztrechnungen o.ä.) sicherzustellen.

Darüber hinaus war anzunehmen, dass auch noch zum Verkauf bestimmte Hunde-Welpen in der Wohnung vorgefunden werden.

Das Amtsgericht ist unserer Auffassung der Sach- und Rechtslage gefolgt und hat daher am 27.09.2011 den angefochtenen Beschluss, , erlassen.

Daraufhin wurde am 06.10.2011 die Durchsuchung der Wohnung und Nebenräume von Familie vorgenommen.

Dabei wurden - im unbeleuchteten Keller versteckt - drei zum Verkauf bestimmte Chihuahua-Welpen vorgefunden.

Darüber hinaus wurden weitere Beweismittel aufgefunden, aufgrund derer sich der Tatverdacht des unerlaubten Handels mit Hunden bestätigte.

Deshalb wurde gegen Frau am 11.10.2011 ein weiterer Bußgeldbescheid erlassen, der zwischenzeitlich ebenfalls bestandskräftig geworden ist.

2. Beschluss vom 13.02.2012,

Durch Hinweise aus der Bevölkerung haben wir im Januar und Februar 2012 erfahren, dass die Betroffene und ihr Ehemann wohl weiterhin mit Chihuahua-Welpen handeln.

So wurden unter „Ebay-Kleinanzeigen“ wieder Hundewelpen zum Verkauf angeboten.

In der Anzeige war zwar als Standort „ -“ angegeben, aber ein Link „Andere Anzeigen des Anbieters“ führte auf die Suche einer jungen Familie aus nach einem Reihen- oder Einfamilienhaus. In dieser Anzeige ist die Rufnummer mit der Festnetz-Nr. von Familie () identisch.

Es war daher davon auszugehen, dass sich aktuell wieder Hundewelpen in der Wohnung oder im Keller von Familie befinden würden. Wir hatten zudem erfahren, dass für den Abend des 13.02. ein „Besichtigungstermin“ für einen Hund vereinbart worden ist.

Deshalb bestand erneut der dringende Tatverdacht einer Zuwiderhandlung gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen.

Auch in diesem Fall hat das Amtsgericht unserem Antrag stattgegeben und den zweiten angefochtenen Beschluss, Az.: , erlassen.

Die daraufhin am 13.02.2012 vorgenommene Durchsuchung war insofern erfolgreich, als in der Wohnung erneut 7 Chihuahuas vorgefunden wurden, von denen mindestens 5 zum Verkauf bestimmt waren. Zum Zeitpunkt der Durchsuchung befanden sich zudem Kaufinteressenten für einen der Welpen in der Wohnung. Vier Welpen stammten nach Angaben von Frau [Name], wiederum aus Tschechien, zwei von der eigenen Hündin.

Weitere Ermittlungen haben in der Folge ergeben, dass die Betroffenen im Zeitraum von Dezember 2011 bis Februar 2012 -trotz des rechtskräftigen Verbots, mit Tieren zu handeln- mindestens 21 Chihuahua-Welpen aus Tschechien nach Deutschland verbracht und hier über Anzeigen im Internet zum Verkauf angeboten bzw. verkauft haben.

Die vorstehend genannte Anzahl an Welpen ergibt sich aus den in den Tierarztpraxen [Name] und [Name], geimpften Tiere. Frau [Name] hat dabei allerdings jeweils die Alias-Personalien „[Name]“, wohnhaft in [Name] bzw. [Name] angegeben.

Die Ermittlungen im Ordnungswidrigkeitenverfahren sind noch nicht vollständig abgeschlossen, der Tatverdacht hat sich allerdings bereits zum jetzigen Zeitpunkt bestätigt.

Nach alledem waren die mit richterlichem Beschluss durchgeführten Durchsuchungen notwendig, um der Betroffenen und deren Ehemann den (weiteren) unerlaubten Handel mit Hunden bzw. deren Einfuhr ohne vorherige Impfung und obligatorische Untersuchung durch einen Amtsveterinär mit hinreichender Sicherheit nachzuweisen und zum Verkauf bestimmte Hundewelpen in der Wohnung vorzufinden.

Aufgrund des Verhaltens der Betroffenen, das von einem nicht unerheblichen Maß an krimineller Energie zeugt (Angaben eines falschen Standorts in den Internet-Anzeigen, „Verstecken“ von Hundewelpen im dunklen Keller, Angabe falscher Personalien beim Tierarzt) hätten die eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren ohne die Durchsuchungsmaßnahmen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erfolgreich abgeschlossen werden können.

Auch die Beschlagnahme der elektronischen Datenträger (IPhones), sowie der in der Wohnung vorgefundenen Hunde war zum Zwecke der Beweissicherung erforderlich und um zu verhindern, dass die Betroffenen ihren unerlaubten Hundehandel fortsetzen.

Im übrigen haben die Betroffenen zwischenzeitlich ihre Hündin, Herrn [Name] iPhone und das Nokia Handy zurückerhalten; Frau [Name] iPhone wird - nachdem dessen Auswertung abgeschlossen ist - heute an die Betroffene herausgegeben. Insofern dürften die eingelegten Rechtsmittel diesbezüglich ins Leere gehen.

Nachdem die - entgegen dem bestandskräftigen Verbot, mit Hunden zu handeln - zum Verkauf vorgesehenen Welpen aufgrund § 19 Abs. 1 Nr. 2 Tierschutzgesetz in Verbindung mit §§ 18 Abs. 1 Nr. 2 und 11 Abs. 3 Satz 2 Tierschutzgesetz der Einziehung unterliegen, konnten sie bereits aus diesem Grund beschlagnahmt werden.

Die vom Bevollmächtigten vorgetragenen Gründe sind nicht geeignet, zu einer anderen Beurteilung der Sach- und Rechtslage zu führen.

Zum einen lässt sich von hier aus zunächst nicht nachvollziehen, wie der Bevollmächtigte zu der Einschätzung gelangt, der Durchsuchungsbeschluss stamme aus dem Dezember 2011.

Möglicherweise hat er einen Teil des Aktenzeichens („5/12“) für ein Datum gehalten.

Der Durchsuchungsbeschluss wurde am 13.02.2012 beantragt, ausgefertigt und noch am selben Tag - also sehr zeitnah - vollzogen.

Nachdem wir den ausgefertigten Beschluss erst am späten Nachmittag des 13.02. erhielten, konnte bei der Stadtverwaltung leider niemand mehr erreicht und als Zeuge hinzugezogen werden.

Im übrigen hat Frau in beiden Fällen mit ihrer Unterschrift auf dem jeweiligen Durchsuchungsprotokoll bestätigt, mit der Beschlagnahme einverstanden zu sein.

Dessen ungeachtet, war und ist auch die Beschlagnahme der in Deutschland geborenen Welpen rechtmäßig erfolgt. Uns liegt zwischenzeitlich ein Kaufvertrag vor, mit dem Frau zu mindest einen der beiden Welpen ihrer eigenen Hündin verkauft und am 28.01. hierfür eine Anzahlung in bar erhalten hat. Somit sind auch die eigenen Welpen als „Handelsware“ anzusehen und unterliegen somit - wie oben bereits ausgeführt - gemäß § 19 Tierschutzgesetz der Einziehung.

Nach alledem haben die von Herrn Rechtsanwalt - dessen wirksame Bevollmächtigung wir im übrigen aufgrund des vorliegenden „Schmierzettels“ in Frage stellen - eingelegten Rechtsmittel keine Aussicht auf Erfolg und sind deshalb zurück zu weisen.

Für Rückfragen und ergänzende Informationen stehen wir gerne zu ihrer Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Abschluss der Anzeige

Am 17.02.2012 erstattete die Geschädigte _____ in Begleitung ihrer Mutter _____, beim Polizeirevier _____ gegen die Beschuldigte _____ Anzeige wegen Betrug.

Die GS hatte am 07.02.2012 bei der Beschuldigten einen Chihuahua-Welpen gekauft, der als gesunder Familienhund, aus einer reinen Hobbyzucht angeboten wurde. Die GS bezahlte 500 Euro für das Tier. Bereits nach zwei Tagen stellte die GS fest, dass der Welpen schwer krank ist und musste ihn tierärztlich behandeln.

Des Weiteren wurde der GS beim Kauf des Tieres ein Impfausweis ausgehändigt, in welchem von der BS _____ selbst Eintragungen gemacht wurden, welche nicht den Tatsachen entsprachen (Angabe einer erfundenen Person als Vorbesitzer).

Die genauen Angaben der GS sind der angeschlossenen Anzeigeerstattung/Vernehmung zu entnehmen.

Die Anzeigeerstattung wurde zur weiteren Sachbearbeitung zunächst dem Polizeirevier _____ und dann der PHFSt Pforzheim übersandt.

In diesem Zusammenhang muß von hier aus erwähnt werden, dass die BS _____ bei hiesiger Dienststelle schon mehrfach auffällig war.

Ermittlungen der PHFSt und des LRA Enzkreis – Veterinäramt- ergaben, dass die BS seit September 2010 in größerem Umfang Hundewelpen (insbesondere Chihuahua) aus Osteuropa nach Deutschland importiert und hier zum Kauf anbietet. Die BS ist nicht im Besitz der dafür erforderlichen Erlaubnis der Behörden.

Mit Datum vom 23.08.2011 wurde seitens des LRA Enzkreis gegen die BS ein Bußgeld in Höhe von 9.663,50 Euro festgesetzt und der Handel mit Tieren ohne Genehmigung der Behörden verboten.

Trotzdem handelte die BS weiterhin mit Hundewelpen und daher wurde das angedrohte Zwangsgeld mit Datum vom 10.10.2011 in Höhe von 5.000,00 Euro festgesetzt.

Ein entsprechender Bußgeldbescheid mit Datum vom 11.10.2011 in Höhe von 1762,25 Euro folgte der vorstehend genannten Verfügung.

Nach Feststellungen des LRA Enzkreis-Veterinäramt hat die BS jedoch ungeachtet des behördlichen Verbotes weiterhin Welpen importiert und hier zum Kauf angeboten.

Derzeit sind diesbezügliche Ermittlungen des Veterinäramtes noch nicht abgeschlossen.

Die o. g. Verfügungen und Bußgeldbescheide sind dem Vorgang angeschlossen.

Bekannt ist, dass sämtliche angebotene Hundewelpen der BS nicht aus eigener Zucht stammen, sondern aus Osteuropa (vorzugsweise Tschechien) importiert werden.

Diese Tiere werden oftmals unter schlechten Bedingungen gezüchtet und viel zu früh (für den Verkauf) von den Muttertieren entfernt. Dadurch kommt es oft zu schwerwiegenden Krankheiten.

Der in dem der GS übergebenen Impfausweis eingetragene angebliche Vorbesitzer des gekauften Tieres ist nach hiesigen Ermittlungen nicht existent. Die Personalien sind erfunden. Offensichtlich versuchte die BS dadurch die Herkunft des Tieres zu verschleiern.

Die BS wurde im weiteren Verlauf der Ermittlungen schriftlich vorgeladen. Daraufhin meldete sie sich telefonisch und gab an, dass sie bei der Polizei keine Angaben zur Sache machen wolle und einen Verteidiger mit der Wahrnehmung ihrer Rechte beauftragen will.

Am 20.03.2012 ging hier ein Schreiben der Anwaltskanzlei per Fax ein, in welchem die Vertretung der BS angezeigt und um Akteneinsicht gebeten wurde. Das Fax ist dem Vorgang angeschlossen. Der Kanzlei wurde eine Abgabennachricht per Email übersandt.

Zur weiteren Entscheidung wird der Vorgang an die Staatsanwaltschaft in Pforzheim übersandt.

Anlage

Geschäftsnummer :



LANDGERICHT KARLSRUHE

- AUSWÄRTIGE STRAFKAMMER -
SITZ PFORZHEIM

BESCHLUSS vom 29.05.2012

Verfahren

gegen

geboren am
wh. in

wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz u.a.

Verteidiger: Rechtsanwalt

1. Die Beschwerde gegen die Durchsuchungsbeschlüsse des Amtsgerichts Pforzheim vom 27.09.2011 () sowie vom 13.02.2012 () wird kostenpflichtig als unbegründet zurückgewiesen.

2. Die Beschwerde gegen den Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Pforzheim vom 13.02.2012 () wird als kostenpflichtig unbegründet zurückgewiesen.

G r ü n d e :

I.

Der Beschwerdeführerin wurde mit Verfügung des Landratsamts Enzkreis vom 21.08.2011 unter Anordnung der sofortigen Vollziehung und unter Androhung eines Zwangsgeldes untersagt, mit Tieren aller Art zu handeln oder diese gegen Entgelt zu vermitteln. Dem lag zugrunde, dass das Verbraucher- und Veterinärschutzamt darauf aufmerksam geworden ist, dass die Beschwerdeführerin in den davor liegenden Wochen und Monaten zahlreiche Chihuahua-Welpen im Internet zum Verkauf angeboten hatte, ohne eine Erlaubnis für den gewerbsmäßigen Handeln mit Wirbeltieren zu besitzen. Bei einer polizeilichen Kontrolle am 04.08.2011 wurden in der Wohnung der Beschwerdeführerin 3 Welpen gefunden. Die Beschwerdeführerin gab an, die Welpen für eine Bekannte in Tschechien, eine Frau zu verkaufen. Bisher seien ca. 15 Tiere verkauft worden. Die Welpen waren ohne eine amtstierärztliche Untersuchung und Tollwutimpfung eingeführt worden. Mit Bußgeldbescheid vom 23.08.2011 wurde der Beschwerdeführerin aus diesen Gründen ein Bußgeld in Höhe von 9.663,50 € auferlegt.

Nachdem Ermittlungen des Verbraucherschutz- und Veterinäramt des Landratsamts Enzkreis am 21.09.2011 ergeben haben, dass die Beschwerdeführerin im Internet auf den Portalen „Quoka“ sowie „Ebay-Kleinanzeigen“ weiterhin Chihuahua-Welpen anbot, beantragte das Landratsamt am 22.09.2011 den Erlass einer Durchsuchungsanordnung für die Wohn- und Geschäftsräume der Beschwerdeführerin sowie deren Fahrzeug unter Beilegung von Internetausdrucken. Beantragt wurde weiterhin die Beschlagnahme jeglicher, näher spezifizierter schriftlicher Geschäftsunterlagen für den Zeitraum 01.01.2009 bis 22.09.2011 sowie elektronischer Datenträger jeglicher Art, auf denen entsprechende Daten gespeichert sein könnten. Zur Begründung verwies das Amt auf die Begründung des Bescheides vom 21.08.2011 und führte weiter aus, dass davon auszugehen sei, dass das unerlaubte Handeltreiben mit Hunden zahlenmäßig größer sei als bisher bekannt. Mildere Mittel stünden nicht zur Verfügung, da die Beschwerdeführerin nicht kooperationsbereit sei.

Mit Beschluss vom 27.11.2011 ordnete das Amtsgericht Pforzheim die Durchsuchung der Wohn- und Geschäftsräume sowie sonstiger (Neben-)Räume und der Fahrzeuge der Betroffenen antragsgemäß an. Ebenso wurde die Beschlagnahme aufgefundener Beweismittel, insbesondere schriftlicher Geschäftsunterlagen, Belege, Notizkalender, Überweisungen, Bankbelege, Quittungen, Aufzeichnungen über die Einfuhr von Hunden und ähnliches für einen näher spezifizierten Zeitraum sowie elektronischer Datenträger jeder Art, auf denen entsprechende Daten gespeichert sein können, sowie etwaig aufgefundener Hundewelpen angeordnet. Zur Begründung führte das Gericht aus, dass aufgrund der bisherigen Ermittlungen des Verbraucherschutz- und Veterinäramts des Landratsamtes Enzkreis ein dringender Tatverdacht bestehe, dass auch weiterhin gegen das Tierschutzgesetz verstoßen würde.

Bei der am 06.10.2011 durchgeführten Durchsuchung in Anwesenheit der Betroffenen wurden unter anderem 3 Chihuahua-Welpen, 12 Impfpässe sowie technische Geräte beschlagnahmt. Mit dieser Maßnahme erklärte sich die Beschwerdeführerin ausweislich des Durchsuchungsberichts einverstanden.

Mit Bescheid vom 10.10.2011 wurde gegen die Beschwerdeführerin wegen Nichtbefolgens der Verfügung vom 21.08.2011 ein Zwangsgeld in Höhe von 5.000,00 € festgesetzt und am 11.10.2011 ein weiteres Bußgeld in Höhe von 1.762,25 € auferlegt.

Am 26.10.2011 wurde gegen die Beschwerdeführerin eine Anzeige wegen Betrugs erstattet, da sie trotz erfolgter Anzahlung für zwei Chihuahua-Welpen diese nicht geliefert hatte.

Nachdem das Landratsamt Hinweise aus der Bevölkerung auf Anzeigen im Internet erhalten hat, dass die Beschwerdeführerin weiter Welpen - im Zeitraum von Dezember 2011 bis Februar 2012 mindestens 21 Stück - auf verschiedenen Internetportalen unter Angabe der Alias-Personalien „ „ (jedoch unter Angabe der Telefonnummer der Beschwerdeführerin) anbot, beantragte das Landratsamt Enzkreis am 13.02.2012 erneut den Erlass einer

Durchsuchungsanordnung für die Wohn- und Geschäftsräume der Beschwerdeführerin sowie deren Fahrzeug ebenso wie eine Beschlagnahmeanordnung für Geschäftsunterlagen und technische Geräte aller Art. Zur Begründung führte das Amt aus, dass ein Hinweis bestünde, dass noch am gleichen Abend in der Wohnung der Beschwerdeführerin ein „Besichtigungstermin“ für einen Welpen stattfinden solle.

Mit Beschluss vom 13.02.2011 ordnete das Amtsgericht Pforzheim die Durchsuchung und die Beschlagnahme aufgefundener Beweismittel, insbesondere schriftlicher Geschäftsunterlagen, Belege, Notizkalender, Überweisungen, Bankbelege, Quittungen, Aufzeichnungen über die Einfuhr von Hunden und ähnliches für einen näher spezifizierten Zeitraum sowie elektronischer Datenträger jeder Art, auf denen entsprechende Daten gespeichert sein können, sowie etwaig aufgefundener Hunde antragsgemäß an. Zur Begründung führte das Gericht aus, dass aufgrund der bisherigen Ermittlungen des Verbraucherschutz- und Veterinäramts des Landratsamtes Enzkreis ein dringender Tatverdacht bestehe, dass auch weiterhin gegen das tierschutzrechtliche Verbot verstoßen würde.

Die am selben Tag in Anwesenheit der Betroffenen durchgeführte Durchsuchung erfolgte laut Durchsuchungsbericht ohne Hinzuziehung von Zeugen, da die Stadt nach Beschlussausfertigung nicht mehr erreichbar war. Es wurden 3 Mobiltelefone (2 iPhones von der Beschwerdeführerin und Herrn sowie ein Handy Nokia) sowie 7 Chihuahua-Hunde beschlagnahmt. Mit der Inverwahrnehmung der genannten Gegenstände erklärte sich die Beschwerdeführerin ausweislich des Durchsuchungsberichts einverstanden.

Mit Schriftsatz vom 28.02.2012, eingegangen bei Gericht am 01.03.2012, legte die Beschwerdeführerin durch Rechtsanwalt Beschwerde gegen die Beschlüsse des Amtsgerichts Pforzheim (und) ein. Weiterhin wandte sie sich mit der Beschwerde gegen die am 13.02.2012 durchgeführte Beschlagnahme. Die Beschwerdeführerin stellte den Antrag, die Beschlagnahme aufzuheben und die Geräte iPhone und das Handy Nokia und sieben beschlagnahmte Chihuahua-Hunde an die Beschwerdeführerin herauszugeben. Zur Begründung führt sie aus, dass der Durchsuchungsbeschluss

aus Dezember 2011 stamme, die Durchsuchung aber erst am 13.02.2012 durchgeführt worden sei. Zudem liege ihr dieser Durchsuchungsbeschluss nicht vor. Auch der Hinweis, dass eine Hinzuziehung von Zeugen nicht möglich gewesen sei, sei unter diesen Umständen nicht verständlich. Die Beschlagnahme sei rechtswidrig, da sie Tiere erfasse, die nicht nachgewiesenermaßen einer gewerblichen Tätigkeit entstammen, sondern Tiere aus dem privaten Besitz betreffen.

Das Landratsamt Enzkreis hat in seiner Stellungnahme vom 06.03.2012 beantragt, die Beschwerden zurückzuweisen. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die Durchsuchungen notwendig gewesen seien, um Unterlagen wie Bestellungen, Kaufverträge und Tierarztrechnungen zu finden sowie etwaig vorhandene Hunde. Die gefundenen Beweismittel hätten auch nachträglich den Tatverdacht des unerlaubten Handels mit Hunden bestätigt. Aufgrund der Verwendung einer verdeckten Identität durch die Beschwerdeführerin nach dem erstmaligen Auffallen sei eine Durchsuchung auch erforderlich gewesen. Es habe kein milderes Mittel vorgelegen. Die Ausführungen des Rechtsanwalts - dessen wirksame Bevollmächtigung in Frage gestellt wird - in Bezug auf die verspätete Vollziehung seien nicht nachvollziehbar. Die Beschwerdeführerin habe sich zusätzlich mit der Beschlagnahme einverstanden erklärt. Auch die Einziehung in Deutschland geborener Welpen sei nach § 19 Tierschutzgesetz gerechtfertigt.

Das iPhone der Herrn sowie das Nokia Handy wurden der Beschwerdeführerin am 16.02.2012 zurückgegeben. Auch eine Hündin erhielt die Beschwerdeführerin zurück. Nach Auslesung der Daten wurde der Beschwerdeführerin ihr iPhone am 06.03.2012 wieder übergeben.

Das Amtsgericht hat den Beschwerden nicht abgeholfen.

II.

1.

Die Beschwerde gegen den Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Pforzheim vom 27.09.2011 () ist nach § 304 Abs. 1 StPO zulässig, aber unbegründet.

Die Beschwerde nach § 304 StPO war auch nach Abschluss der Durchsuchung noch statthaft. Trotz eingetretener Erledigung ist im Hinblick auf Art. 19 IV GG ein Rechtsschutzinteresse zu bejahen. Mit dem Gebot, effektiven Rechtsschutz zu gewährleisten, ist es zwar grundsätzlich vereinbar, wenn die Gerichte ein Rechtsschutzinteresse nur so lange als gegeben ansehen, wie ein gerichtliches Verfahren dazu dienen kann, eine gegenwärtige Beschwerde auszuräumen, einer Wiederholungsgefahr zu begegnen oder eine fortwirkende Beeinträchtigung durch einen an sich beendeten Eingriff zu beseitigen. Darüber hinaus ist ein Rechtsschutzinteresse aber auch in Fällen tief greifender Grundrechtseingriffe gegeben, in denen die direkte Belastung durch den angegriffenen Hoheitsakt sich nach dem typischen Verfahrensablauf auf eine Zeitspanne beschränkt, in welcher der Betroffene die gerichtliche Entscheidung in der von der Prozessordnung gegebenen Instanz kaum erlangen kann. Effektiver Grundrechtsschutz gebietet es in diesen Fällen, dass der Betroffene Gelegenheit erhält, die Berechtigung des schwer wiegenden - wenn auch tatsächlich nicht mehr fortwirkenden - Grundrechtseingriffs gerichtlich klären zu lassen (BVerfG, 1 BvR 538/06, Urteil vom 27.2.2007). Ein solches Interesse ist bei Durchsuchungen von Wohnungen schon wegen des Gewichts des Eingriffs in das Grundrecht des Art. 13 GG zu bejahen (BVerfG, Beschluss vom 30.04.1997, 2 BvR 817/90 u.a.).

Die Beschwerde ist jedoch unbegründet.

Die Voraussetzungen der Durchsuchungsanordnung nach §§ 102ff StPO, 46 OWiG waren erfüllt. Das Amtsgericht hat die Beschwerdeführerin zu Recht als Verdächtige einer Zuwiderhandlung gegen das Tierschutzgesetz angesehen. Der erforderliche Anfangsverdacht in Form von tatsächlichen Anhaltspunkten für das Vorliegen eines Verstoßes lag vor. Bereits im Rahmen des vorausgegangenen Verwaltungsverfahrens wurden nicht amtsärztlich untersuchte Welpen aus Tschechien bei der Beschwerdeführerin gefunden. Diese gab dort zu, ca. 15 Tiere importiert und verkauft zu haben. Der Handel wurde der Beschwerdeführerin daraufhin mit sofort vollziehbarer Anordnung vom 21.08.2011 verboten.

Nichtdestotrotz ergaben weitere Ermittlungen des Landratsamts Enzkreis im Monat September 2011, dass bei „Quoka“ und „Ebay-Kleinanzeigen“ weitere Annoncen zu

Chihuahua Welpen unter der E-Mail-Adresse - dem Mädchennamen der Beschwerdeführerin - geschaltet worden waren. Dies begründet einen ausreichenden Verdacht dafür, dass die Beschwerdeführerin auch weiterhin unerlaubterweise mit Hunden handelte. Das Auffinden der Welpen im Rahmen der Durchsuchung hat diesen Verdacht letztendlich auch bestätigt.

Der angefochtene Beschluss genügt, obwohl knapp gehalten, den inhaltlichen Anforderungen, die an die Anordnung der Durchsuchung gemäß den §§ 102, 105 StPO zu stellen sind. Er lässt eine individuelle Prüfung der Richterinnen über den Umfang der in Aussicht gestellten Durchsuchung erkennen. Die Vorschriften, gegen die der Verdacht des Verstoßes bestand, sind in dem Beschluss bezeichnet. Gleiches gilt für die tatsächlichen Grundlagen. Der Beschluss nennt den Verdacht des gewerbsmäßigen Handels mit Hunden und stützt sich dabei auch auf den gegen die Beschwerdeführerin ergangenen Bußgeldbescheid. Auch das Ziel der Durchsuchung – das Auffinden von Beweismitteln – ist erwähnt. Die zu durchsuchenden Räume und erwarteten Beweisgegenstände sind ebenfalls hinreichend konkretisiert.

Auch gegen die Verhältnismäßigkeit des Durchsuchungsbeschlusses bestehen keine Bedenken. Die Behörde hat zunächst alle ihr zustehenden Mittel der Erarbeitung des Sachverhaltes aus öffentlichen Quellen genutzt. Mildere Mittel zur Beschaffung von Beweismitteln waren deshalb nicht vorhanden.

2.

a. Auch die nach § 304 Abs. 1 StPO zulässige Beschwerde gegen den Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Pforzheim vom 13.02.2012 () ist unbegründet.

Die Voraussetzungen der Durchsuchungsanordnung nach §§ 102ff StPO, 46 OWiG waren auch hier erfüllt. Das Amtsgericht hat die Beschwerdeführerin zu Recht als Verdächtige einer Zuwiderhandlung gegen das Tierschutzgesetz angesehen. Der erforderliche Anfangsverdacht in Form von tatsächlichen Anhaltspunkten für das Vorliegen eines Verstoßes lag vor. Zusätzlich zu den bereits oben geschilderten Umständen kam hinzu, dass aufgrund von Aussagen aus der Bevölkerung

Anzeichen dafür bestanden, dass die Beschwerdeführerin weiter mit Hunden handelte. Dafür zeugten auch - wenn auch unter anderem Namen und Adresse, jedoch mit der Telefonnummer der Beschwerdeführerin - geschaltete Anzeigen bei Ebay-Kleinanzeigen und Quoka, die das Landratsamt dem Antrag auf Erlass der Durchsuchungsanordnung beigelegt hatte. Das Auffinden der Welpen im Rahmen der Durchsuchung hat diesen Verdacht letztendlich auch bestätigt.

Der Durchsuchungsbeschluss ist auch nicht unverhältnismäßig. Mildere Mittel zur Erreichung des Zieles waren schon aufgrund der Verheimlichungsbemühungen der Beschwerdeführerin nicht ersichtlich. Es steht der Zulässigkeit der Anordnung der Beschlagnahme auch kein Zeitablauf entgegen. Die Annahme, dass noch Beweismittel gefunden werden könnten, war begründet (LG Oldenburg, Beschluss vom 26.05.2008 - 2 Qs 103/08). Der Antrag des Landratsamts datiert auf den 13.02.2012 und war mit aktuellen Hinweisen über erneute Verstöße begründet. Noch am selben Tag ist der Durchsuchungsbeschluss ergangen und wurde sogar auch noch vollzogen.

Auch die Rüge, der Beschwerdeführerin habe der Durchsuchungsbeschluss nicht vorgelegen, vermag der Beschwerde nicht zum Erfolg zu verhelfen. Selbst ein etwaiger Nichterhalt des Durchsuchungsbeschlusses macht den Durchsuchungsbeschluss nicht rechtswidrig. Die Übergabe oder gar Zustellung eines schriftlichen Beschlusses ist nicht Voraussetzung für dessen Wirksamkeit. Eine Zustellung des Beschlusses ist nicht erforderlich. Dieser ist dem Betroffenen lediglich bekannt zu machen (BGH NStZ 2002, 406). Dies ist jedenfalls im Rahmen der Durchführung der Durchsuchung in Gegenwart der Beschwerdeführerin erfolgt.

Unabhängig davon hat die Beschwerdeführerin den Durchsuchungsbericht unterschrieben, in welchem vermerkt ist, dass sie eine Mehrfertigung des Durchsuchungsbeschlusses erhalten hat.

b. Soweit die Beschwerdeführerin in ihrer Begründung der Beschwerde auch die konkrete Durchführung der Durchsuchung – insbesondere die fehlende Hinzuziehung von Durchsuchungszeugen und der vermeintlich späte Vollzug der Anordnung – rügt, ist hierüber nicht zu entscheiden. Der Antrag ist insoweit als Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 98 II 2 StPO analog auszulegen (Meyer-

Goßner, StPO, 54. Auflage, § 105 Rn. 17 mwN). Über diesen muss zunächst das Amtsgericht – Ermittlungsrichter – formell entscheiden, bevor es zu einer Überprüfung durch das Beschwerdegericht kommen kann.

3.

Auch die nach § 304 Abs. 1 StPO (analog) gegen die Beschlagnahmeanordnung vom 13.02.2012 gerichtete Beschwerde ist zulässig, aber nicht begründet.

Dass die Ingewahrsamnahme durch Rückgabe der zwei iPhones, des Nokia-Handys sowie eines Hundes beendet ist, hindert nicht den Antrag nach § 304 StPO. Auch hier ist ein fortbestehendes Rechtsschutzinteresse zu bejahen. Zu der Fallgruppe tief greifender Grundrechtseingriffe, die ihrer Natur nach häufig vor möglicher gerichtlicher Überprüfung schon wieder beendet sind, gehört die Durchsuchung von Wohn- und Geschäftsräumen aufgrund richterlicher Durchsuchungsanordnung einschließlich der in diesem Rahmen erfolgenden Beschlagnahmeanordnungen (BVerfG, 1 BvR 538/06, Urteil vom 27.2.2007). Hinzukommt, dass aufgrund der in Handys gespeicherten persönlichen Kommunikationsdaten durch die Beschlagnahme auch insoweit ein Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht gegeben ist.

Die Verbindung eines Durchsuchungsbeschlusses mit einer Beschlagnahmeanordnung ist grundsätzlich zulässig (Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 7).

Die Beschwerde ist jedoch nicht begründet.

Die Voraussetzungen des §§ 94, 98 Abs. 1 StPO liegen vor. Der für das Vorliegen der Voraussetzungen der Vorschriften erforderliche Anfangsverdacht war gegeben. Wie oben dargelegt bestanden zahlreiche Anhaltspunkte für einen erheblichen, wiederholten Verstoß gegen das Tierschutzgesetz sowie gegen das ausgesprochene sofort vollziehbare Verbot des gewerbsmäßigen Handelns mit Hunden. Entgegen der Ausführungen der Beschwerdeführerin ist für die Rechtmäßigkeit des Beschlusses gerade nicht erforderlich, dass „nachgewiesenermaßen“ ein gewerbsmäßiges Handeln gegeben ist - die Beschlagnahmenvorschriften lassen einen Verdacht

ausreichen. Die potentielle Beweisbedeutung für die im Beschlagnahmebeschluss genannten Gegenstände i.S.d. § 94 StPO war gegeben. Die im Beschluss genannten Gegenstände waren spezifisch auf ihre Bedeutung für den Vorwurf des gewerbsmäßigen Handelns mit Hunden begrenzt. Insbesondere in den im Beschluss genannten technischen Geräten wie Handys können potentiell Informationen über erfolgte Kontakte mit Käufern bzw. mit der Verkäuferin gespeichert sein, welche Rückschlüsse über die Modalitäten und den Umfang des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz liefern können. Auch die Beweisbedeutung etwaig aufgefundene Hunde ist für den Nachweis eines Verstoßes gemäß §§ 11 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3, 18 Abs. 1 Nr. 2 TierSchG gegeben. Die Beschlagnahmeanordnung ist auch nicht deshalb rechtswidrig, weil sie nicht nach dem Geburtsort der Hunde differenziert. Auch in Deutschland geborene Hunde können als Beweismittel für einen Verstoß gegen die genannten Vorschriften von Bedeutung sein. Der Verstoß nach §§ 11 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3, 18 Abs. 1 Nr. 2 TierSchG ist nämlich bereits dann gegeben, wenn entgegen einer vollziehbaren Anordnung (Verbot des gewerbsmäßigen Handelns mit Hunden) nach § 11 Abs. 3 S. 2 TierSchG gehandelt wird. Dabei bezieht sich das Merkmal der Gewerbsmäßigkeit alleine auf die Gewinnerzielungsabsicht, nicht auf den Herkunftsort der Hunde. Für diese Gewerbsmäßigkeit bestanden wie oben dargelegt ausreichende Anhaltspunkte.

Der Beschluss war auch nicht unverhältnismäßig. Die genannten Gegenstände waren für die Ermittlungen notwendig. Nach Auswertung wurden diese dann unmittelbar zurückgegeben.

Soweit die konkrete Art und Weise der Durchführung der Beschlagnahme gerügt wird, ist hier keine Entscheidung zu treffen. Die konkrete Art und Weise der Beschlagnahme kann auch hier nicht mit der Beschwerde gerügt werden, da es insoweit an einer beschwerdefähigen Entscheidung des Amtsgerichts nach § 98 Abs. 2 S. 2 StPO fehlt.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 473 Abs.1 StPO.

Vors. Richter am Landgericht
Ausgefertigt:

als Urkundsbearbeit.
der Geschäftsstelle



Richterin am Landgericht

Richterin



Enzkreis

Landratsamt

Landratsamt Enzkreis, Postfach 101080, 75110 Pforzheim

-Verbraucherschutz- u. Veterinäramt-

Frau

Auskunft erteilt:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Internet: <http://www.enzkreis.de>

Datum: 15.06.2012

Aktenzeichen:

Geboren am
Geburtsname

Bußgeldbescheid

Sehr geehrte Frau ,

Ihnen wird zur Last gelegt, zwischen Dezember 2011 und Februar 2012 in , als
Verantwortliche folgende Ordnungswidrigkeiten begangen zu haben:

1. Sie haben wiederholt ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde gewerbsmäßig mit Tieren gehandelt.

§ 11 Abs.1 Satz 1, § 18 Abs.1 Nr.20 Tierschutzgesetz.

Diese Handlung begingen Sie vorsätzlich.

2. Sie haben vorsätzlich einer vollziehbaren Anordnung nach § 11 Abs. 3 Satz 2 Tierschutzgesetz (Untersagung des Handels mit Tieren) zuwidergehandelt.

§§ 11 Abs. 3 Satz 2, 18 Abs. 1 Nr. 2 Tierschutzgesetz

Diese Handlung begingen Sie vorsätzlich.

3. Sie haben entgegen § 4 und § 8 Abs. 1 Satz 1 Binnenmarkt-Tierseuchenschutz-verordnung (BmTierSSchV), Tiere (Hundewelpen) innergemeinschaftlich verbracht.

§ 21 Abs. 2 Ziffer 4 BmTierSSchV in Verbindung mit § 76 Abs. 2 Nr. 2 Tierseuchengesetz

Diese Handlung begingen Sie vorsätzlich.

Beweismittel: Akten, Fotos

Zeuge:

Das Verbraucherschutz und Veterinäramt hat Ihnen bereits mit sofort vollziehbarer Verfügung vom 21.08.2011 untersagt, mit Tieren aller Art zu handeln oder diese gegen Entgelt zu vermitteln.

Wegen näherer Einzelheiten und um Wiederholungen zu vermeiden, verweisen wir vollinhaltlich auf die genannte Verfügung sowie den Bußgeldbescheid, der am 23.08.2011 gegen Sie erlassen wurden.

In der Folge mussten wir leider feststellen, dass Sie - trotz des genannten Bußgeldbescheids und einer Zwangsgeldandrohung von 5.000,- Euro - weiterhin Chihuahua-Welpen im Internet zum Verkauf angeboten haben.

Hausanschrift: Zähringerallee 3, 75177 Pforzheim;

Telefon: 07231 / 308-0, Telefax: 07231 / 308-9417, E-Mail: landratsamt@enzkreis.de;

Sprechzeiten: Montag: 8.00 - 12.30 Uhr, Dienstag: 8.00 - 12.30 Uhr und 13.30 - 18.00 Uhr, Donnerstag: 8.00 - 14.00 Uhr, Freitag: 8.00 - 12.00

Uhr und nach Vereinbarung; Bankverbindung: Sparkasse Pforzheim Calw, BLZ 666 500 85, Konto-Nr. 803 367 IBAN:

DE48666500850000803367 SWIFT oder BIC-Code: PZHSDE66

Daraufhin wurde Ihre Wohnung am 06.10.2011 auf richterliche Anordnung (Beschluss des AG vom 27.09.2011, durchsucht.
Dabei wurden -im zur Wohnung gehörenden Keller versteckt- drei Chihuahua-Welpen aufgefunden, die offensichtlich zum Verkauf bestimmt waren.
Diese wurden beschlagnahmt und eingezogen.
Des Weiteren haben wir am 10.10.2011 das angedrohte Zwangsgeld festgesetzt und am 11.10.2011 einen weiteren -zwischenzeitlich rechtskräftigen- Bußgeldbescheid gegen Sie erlassen.

Diese Maßnahmen hielten Sie jedoch nicht lange davon ab, weiterhin gewerbsmäßig mit Hunden zu handeln. Anfang Februar 2012 sind wir durch die Sichtung von Anzeigen im Internet sowie durch Hinweise aus der Bevölkerung darauf aufmerksam geworden, dass Sie offensichtlich weiterhin gewerbsmäßig mit Chihuahua-Welpen handeln.
Deshalb wurde am 13.02.2012 Ihre Wohnung mit richterlicher Genehmigung des Amtsgerichts (Az.:) ein weiteres Mal durchsucht. Dabei wurden in Ihrem Wohnzimmer eine Chihuahua-Hündin und 6 Chihuahua-Welpen vorgefunden. Zum Zeitpunkt der Durchsuchung hielten sich auch Personen in der Wohnung auf, die am Kauf eines der Welpen interessiert waren.

Sie gaben zunächst an, bei den Welpen handle es ausschließlich um Nachkommen Ihrer eigenen Hündin. Nachdem Ihnen daraufhin eröffnet wurde, dass sich der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung durch eine DNA-Analyse zweifelsfrei klären ließe, räumten Sie ein, dass lediglich zwei der Welpen von Ihrer Hündin abstammten. Die anderen Welpen hätten Sie aus Tschechien zugekauft.
Sämtliche Welpen sowie das Muttertier wurden daraufhin beschlagnahmt und ins Tierheim gebracht.

Weitere Ermittlungen haben zwischenzeitlich ergeben, dass Sie im Zeitraum Dezember 2011 bis Februar 2012 insgesamt mindestens 24 Chihuahua-Welpen bei Tierärzten in und impfen ließen und sich dabei auch der falschen Personalien „ , wohnhaft in bzw. , bedient haben.

Außerdem hat sich zwischenzeitlich eine Zeugin mit uns in Verbindung gesetzt, die sich darüber beschwert hat, dass Sie Ihr im Februar 2012 einen kranken Chihuahua-Welpen verkauft hätten.

Nach alledem gehen wir davon aus, dass Sie zwischen Dezember 2011 und Februar 2012 - trotz des rechtskräftigen Verbots, mit Tieren zu handeln - erneut eine Vielzahl an Chihuahua-Welpen verkauft haben, die zudem auch entgegen § 4 und § 8 Abs. 1 Satz 1 Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung zuvor aus Tschechien nach Deutschland verbracht worden sind.

Diese Annahme stützt sich insbesondere auf folgende Umstände bzw. Feststellungen:

Zeugenaussage von Frau

Frau ist aufgrund einer Anzeige bei „Quoka“ auf Sie aufmerksam geworden und hat am 12.12.2011 bei Ihnen einen Chihuahua-Welpen für 500,- Euro gekauft.
Ein schriftlicher Kaufvertrag wurde nicht geschlossen, sie händigten Frau jedoch einen Impfpass aus.
Demnach wurde der Hund am 30.09.2011 geboren und am 10.12.2011 in der Tierarztpraxis „ , geimpft.

Zum Zeitpunkt der Besichtigung der angebotenen Welpen durch Frau befanden sich insgesamt zwei Welpen und das angebliche Muttertier der beiden in Ihrer Wohnung. Sie gaben im übrigen an, dass es zunächst drei Welpen gewesen seien, einer davon sei bereits verkauft.

Zeugenaussage von Frau

Frau hat sich ebenfalls aufgrund einer Anzeige im Internet im Februar 2012 einen Hund in Ihrer Wohnung angesehen, hat von einem Kauf dann aber Abstand genommen.

Zeugenaussage von Frau

Frau hat – aufgrund einer Anzeige bei „quoka.de“ am 07.02.2012 für 500,- Euro einen Chihuahua-Welpen von Ihnen erworben, den Sie ihr als „gesunden Familienhund aus reiner Hobbyzucht“ angeboten haben. Beim Kauf händigten sie Frau einen Impfausweis des Hundes aus, in dem als Vorbesitzerin Frau „ , eingetragen war.

Bereits nach zwei Tagen stellte Frau fest, dass der Welpe schwer krank war. Er musste deshalb tierärztlich behandelt werden.

Zeugenaussage von

Herr hat am Wochenende 11./12.02. einen schokofarbenen Chihuahua-Welpen, weiblich, für 550,- Euro von Ihnen erworben, angebliches Wurfdatum 08.12.2011.
Er war durch eine Kleinanzeige bei „Ebay“ auf Sie aufmerksam geworden.
Ihren Angaben zufolge sollte es sich bei dem Welpen um eine eigene Nachzucht handeln. Herrn wurde ein Impfausweis übergeben, in dem eine am 11.02. von der Tierarztpraxis vorgenommene

/ Impfung eingetragen ist

Zeugenaussage von Herrn [] und weiteren Beschäftigten der „Tierarztpraxis []“,

Nach deren Angaben haben Sie dort am 03.12.2011, 10.12.2011 und 11.02.2012 insgesamt 19 Chihuahua-Welpen impfen lassen und dabei die falschen Personalien „[]“ angegeben.

Zeugenaussage von Frau []

Nach deren Angaben haben Sie dort am 01.02.2012 5 Welpen impfen lassen und ebenfalls die falschen Personalien „[]“ angegeben. Ein auf diesen Namen ausgestellter Impfpass wurde auch bei der Durchsuchung am 13.02.2012 in Ihrer Wohnung aufgefunden.

Zeugenaussage von

Frau [] hatte aufgrund einer von Ihnen im Internet aufgegebenen Kleinanzeige

(„Sie suchen einen Minijob von zuhause aus ?????“) mit Ihnen Kontakt aufgenommen.

In der Folge hat Frau [] für Sie Chihuahua-Welpen bei sich daheim betreut.

Am 31.01.2012 haben Sie ihr die ersten 6 Welpen gebracht. Wenn es Interessenten für die Hunde gab, hat Ihnen Frau [] die Welpen entweder in die [] gebracht oder Sie haben die Welpen gemeinsam mit Ihrem Ehemann bei Frau [] abgeholt.

Nach ca. einer Woche seien alle Welpen vermittelt gewesen. Daraufhin haben Sie Frau [] weitere 6 oder 7 Chihuahua-Welpen vorbeigebracht.

Gegenüber Frau [] haben Sie angegeben, dass die Hunde von Ihrer Tante kämen, die einen Schlaganfall erlitten habe und sich deshalb nicht mehr um die Welpen kümmern könne.

Das mit Frau [] vereinbarte Honorar von 300,- Euro/Monat hat diese von Ihnen -zumindest bis zum 03.03.2012- nicht erhalten.

Zeugenaussage von [] und []

Unter der Angabe von Herrn [] Handy-Nr. sind am 10., 15. und 16.12.2011 in verschiedenen Internet-Kleinanzeigen unter dem Standort „[]“ 5 Chihuahua-Welpen für jeweils 500,- Euro zum Verkauf angeboten worden.

Herr [] hat hierzu gegenüber der Polizei angegeben, dass die Handy-Nr. aus den genannten Anzeigen früher auf ihn oder seine Ehefrau angemeldet gewesen sei.

Die Karte bzw. die Rufnummer habe er jedoch nie genutzt.

Frau [] gab hierzu ergänzend an, dass sie von Ihnen Anfang Dezember 2011 gefragt worden sei, ob Sie deren SIM-Karte für 2 Wochen haben könnten, da ihr Handy in Reparatur sei. Sie hätten dann Frau [] Handy für ca. 2-3 Wochen genutzt.

Auswertung Ihres bei der Durchsuchung am 13.02. sichergestellten iPhones
Hierauf fanden sich verschiedene E-Mails bzw. Kurznachrichten, z.B.

a) 04.01.2012, 19:08 Uhr von [] an []

„Hallo Haben sie noch ihre Chihuahua habe großes Interesse an ihren Welpen
MfG []“

b) 05.01.2012, 09:10 Uhr von [] an []

„Guten Tag, Ja wir haben Kleines Chivavas. Jetzt habe ich 3 Hunden. Adresa:
Preis: 3800,- KC“
(3.800 tschech. Kronen = ca. 150,- Euro)

c) 11.01.2012, 14:04 Uhr von [] an []

„Für 2 Welpen 340 Euro + 50 Euro transport – das ist ohne merle Welpen. Ok?“

d) 23.01.2012, 20:57 Uhr von [] an []

„Hallo Haben sie noch civava Welpen bin auf der Suche nach 6 civava Welpen und können sie die Welpen Nach bringen ??“

e) 24.01.2012, 10:25 Uhr von [] an []

„Hallo, habe ich 6 Chihuahuas. Kann ich gekommen, um Rozvadov. Es ist besser, das Telefon vermitteln, ist

/ meine Nummer..."

f) 24.01.2012, 20:54 Uhr von an

„Hallo haben sie noch civava Welpen habe grosses Interess an ihren Welpen was ist der Preis ??“

g) 25.01.2012, 08:05 Uhr von an

„Hallo, ja er ist zum verkauft. Preiss ist 200 Euro“

h) 27.01.2012, 07:28 Uhr von an

„Ok und diese nehme ich dan dazu 2 shorthaar Boy und diese sind Girls ??
6 Welpen 1000 mit Transport bei ist das ok ?

i) 27.01.2012, 18:44 Uhr von an

„Hallo , ja in Dienstag
Ich bin 100 Prozent Kurzmantel männlichen und weiblichen langhaariger Mann
Merle ist nicht wahr?
zu verstehen?“

j) 01.02.2012, 18:05 Uhr von an

„ No i like 6 puppies to Transport to
Have you 6 pupies for me ? And was is the Price vor 6 civava ?“

k) 01.02.2012, 22:42 Uhr von an

„Now 6 puppies nou. Will later-april, may.
Then we can finish. The price is normal to the buying-in 1 puppies 160euro“

l) 07.02.2012, 20:17 Uhr von an

„Du musst mir wegen letztem Mal noch gute Preis machen weil hündinnen gestorben sind ich muss noch ein
Hündin gratis geben
7 Welpen ist Preis 850 Euro ok
Ich komme auch immer wieder Welpen von dir kaufen außer es gibt noch mal solche probleme mit Würmern
ok ?“

m) 07.02.2012, 20:35 Uhr von an

„ok feitag 10,2, uhr 15 – 16 zusamenn 850 Euro 7 Welpen

n) 09.02.2012, 16:53 Uhr von an

„Oder 6 Welpen 650 Euro ist das ok ich bezahle in der nächsten Woche mehr für deine Welpen ok ?

o) 09.02.2012, 20:37 Uhr von an

„10,2, kaufen 6 welpen 650 euro ist ok und 16,2, + 100 euro und verkauf welpen chi-hua ok ?“

p) 13.02.2012, 09:28 Uhr von an

„Hallo welche Welpen hast Du für mich am Sonntag den 19.02. ?“

q) 13.02.2012, 12:36 Uhr von

an

„Ja ich habe nur die 3 Welpen noch heute Mittag kommt schon jemand und heute Abend ich weiß nicht welcher noch übrig bleibt habe sie einen der ihnen besonders gefällt Wan könnten sie kommen Bin fast immer zuhause
MfG

(Anm.: Wiedergabe der Nachrichten im Originaltext ohne Korrekturen)

Nach alledem haben wir gegen Sie ein -weiteres- Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet und Ihnen mit Schreiben vom 01.06.2012 Gelegenheit gegeben, innerhalb einer Woche Angaben zur Sache zu machen. Sie haben sich hierauf bislang nicht geäußert, so dass wir davon ausgehen, dass Sie von Ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen.

Wer gewerbsmäßig mit Wirbeltieren handeln möchte, benötigt eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 b) Tierschutzgesetz.

Mit der Ausübung der Vermittlung und des Handels mit Tieren darf erst begonnen werden, wenn auf Antrag eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 b) Tierschutzgesetz von der zuständigen Behörde erteilt worden ist. Eine entsprechende Erlaubnis wurde Ihnen bislang nicht erteilt, sie kann auch in absehbarer Zeit nicht erteilt werden, da die hierfür erforderlichen Voraussetzungen (persönliche Zuverlässigkeit, geeignete Räumlichkeiten und ausreichende Sachkunde) in Ihrem Fall nicht vorliegen bzw. nicht nachgewiesen wurden.

Die zuständige Behörde soll demjenigen die Ausübung der Tätigkeit untersagen, der die Erlaubnis nicht hat. Dies ist bereits mit bestandskräftiger Verfügung vom 21.08.2011 erfolgt.

Insofern erfüllt der gewerbsmäßige Handel mit Tieren ohne Erlaubnis nach § 11 Tierschutzgesetz den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit gemäß §18 Abs. 1 Nr. 20 Tierschutzgesetz.

Des weiteren haben Sie Welpen, die dazu bestimmt waren, an andere Personen abgegeben zu werden, persönlich von Tschechien nach Deutschland verbracht. Dies entspricht einem gewerblichen Verbringen. Die Welpen waren dabei unter 3 Monate alt, nicht gegen Tollwut geimpft und wurden nicht innerhalb von 24 Stunden vor dem Verbringen klinisch untersucht. Somit haben Sie auch gegen die Anzeige- und Registrierpflicht vor Aufnahme der Tätigkeit (§ 4 der Verordnung über das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren und Waren/ Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung - BmTierSSchV) und gegen § 8 Abs.1 i.V.m. Anlage 3 Nr.7.1 BmTierSSchV (gewerbliches Verbringen) i.V.m. Artikel 10 der RL92/65 unter Verweis auf Art. 5 der VO (EG) Nr. 998/2003 (genehmigungsfreies Verbringen) verstoßen. Dies stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 41 Abs. 2 Nr. 4 BmTierSSchV dar.

Bei der Bemessung der Bußgeldhöhe haben wir zunächst berücksichtigt, dass gem. § 17 Ordnungswidrigkeitengesetz die Geldbuße den wirtschaftlichen Vorteil, der aus der Ordnungswidrigkeit gezogen wurde, übersteigen soll. Aus den im Rahmen der Beweiserhebung gewonnenen Erkenntnissen geht hervor, dass Sie zumindest einen Teil der Welpen zu einem Einkaufspreis unter 200,- Euro erworben und später für 500,- Euro und mehr verkauft haben. Insofern lag Ihre "Gewinnspanne", auch unter Berücksichtigung der entstandenen Unkosten für Transport, Futter und Impfungen, bei mindestens 150,- Euro pro Hund. Zu Ihren Lasten musste im vorliegenden Fall u.a. auch berücksichtigt werden, dass die gleichen Rechtsverstöße innerhalb eines kurzen Zeitraums (weniger als ein Jahr) bereits zum dritten Mal geahndet werden. Des weiteren haben Sie diesmal auch dritte Personen (Frau , Familie) für Ihre Zwecke benutzt und gegenüber Tierärzten -zur Verschleierung Ihres illegalen Tuns- falsche Personalien benutzt. Dies alles zeugt von einer erheblichen kriminellen Energie.

Deshalb werden gegen Sie gemäß § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) folgende Geldbußen festgesetzt:

Für den Verstoß Nr. 1, 2..	3.000,00 €
Für den Verstoß Nr. 3..	500,00 €

Außerdem haben Sie die Kosten des Verfahrens gemäß §§ 105 und 107 OWiG, 464 (1) und 465 Strafprozessordnung (StPO) zu tragen, und zwar

Gebühr	175,00 €
Auslagen	3,50 €
Gesamtforderung	3.678,50 €

Die Verstöße Nr. 1 und Nr. 2 wurden tateinheitlich gemäß § 19 OWiG begangen. Der Verstoß Nr. 3 steht in Tatmehrheit gemäß § 20 OWiG zu den Verstößen Nr. 1 und Nr. 2.

Rechtsbehelfsbelehrung

Der Bußgeldbescheid wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn Sie nicht **innerhalb von zwei Wochen** nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der oben genannten Behörde Einspruch einlegen. Die Frist ist nur dann gewahrt, wenn der Einspruch vor Ablauf der Frist bei dieser Behörde eingeht. Die Erklärung muss in deutscher Sprache abgefasst sein. Wird der Bußgeldbescheid bei der Post niedergelegt (zur Abholung bereitgestellt), so gilt der Tag der Niederlegung als Tag der Zustellung.

Wichtige Hinweise bei einem Einspruch

Bei einem Einspruch kann auch eine für Sie nachteiligere Entscheidung getroffen werden. Sie haben die Möglichkeit, zugleich mit dem Einspruch oder spätestens innerhalb von **zwei Wochen** nach Zustellung dieses Bußgeldbescheides sich dazu zu äußern, ob und welche Tatsachen und Beweismittel Sie im weiteren Verfahren zu Ihrer Entlastung vorbringen wollen; dabei steht es Ihnen frei, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. Sie werden jedoch darauf hingewiesen, dass Ihnen, falls entlastende Umstände nicht rechtzeitig vorgebracht werden, Nachteile bei der Kostenfestsetzung entstehen können, selbst wenn das Bußgeldverfahren mit einem Freispruch oder einer Einstellung endet.

Zahlungsaufforderung

Überweisen Sie bitte spätestens zwei Wochen nach Rechtskraft dieses Bescheides den zu zahlenden Gesamtbetrag ..

Sollten Sie zahlungsunfähig sein, so haben Sie der oben genannten Behörde unter eingehender Begründung rechtzeitig vor Ablauf der Zahlungsfrist mitzuteilen, warum Ihnen die fristgemäße Zahlung nach Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten ist. Geeignete Nachweise (z.B. Verdienstbescheinigung) sind beizufügen. Falls Sie weder die Zahlungsfrist einhalten, noch Ihre Zahlungsunfähigkeit rechtzeitig dartun, wird der fällige Betrag zwangsweise beigetrieben. Auch kann das Amtsgericht zur Beitreibung der Geldbuße gegen Sie Erzwingungshaft anordnen.

Allgemeine Hinweise

Bei allen Zahlungen, Einsprüchen oder sonstigen Eingaben ist zur Bearbeitung die Angabe des Aktenzeichens unerlässlich. Ihre Daten werden bei der oben genannten Behörde in einer automatischen Datei gespeichert. Soweit eine Eintragung im Verkehrszentralregister vorgeschrieben ist, werden die Daten auch beim Kraftfahrtbundesamt in einer automatischen Datei gespeichert.

Dieser Ausdruck wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.
Mit freundlichen Grüßen

Umfrage im Rahmen meiner Bachelorarbeit zum Thema
„Die Welpenmafia - Der illegale Welpenhandel von Osteuropa nach
Deutschland“

Behörde:

1. Wie viele Fälle des illegalen Welpenhandels hatten Sie in den vergangenen fünf Jahren? *(Bitte nur eine Antwortmöglichkeit ankreuzen.)*

☐

weniger als 5

☐

10-20

☐

mehr als 30

☐

5-10

☐

20-30

☐

kein Fall bekannt

2. Wie entwickeln sich Ihrer Meinung nach die Fallzahlen in Ihrem Gebiet? *(Bitte nur eine Antwortmöglichkeit ankreuzen.)*

☐

steigend

☐

gleichbleibend

☐

sinkend

3. Mit welchen Hunderassen wurde illegal gehandelt bzw. sollte gehandelt werden?
(Mehrfachnennungen möglich)

☐

Berner Sennenhund

☐

Collie

☐

Malteser

☐

Bernhardiner

☐

Dalmatiner

☐

Mops

☐

Boxer

☐

Golden Retriever

☐

Pitbull

☐

Bulldogge

☐

Havanese

☐

Schäferhund

☐

Chihuahua

☐

Husky

☐

Schnauzer

☐

Cocker Spaniel

☐

Labrador

☐

Terrier

☐

Andere:

4. Aus welchen osteuropäischen Ländern stammten die Welpen?
(Mehrfachnennungen möglich)

☐

Tschechien

☐

Slowakei

☐

Rumänien

☐

Polen

☐

Slowenien

☐

Ungarn

☐

ehem. Jugoslawien

☐

Andere:

5. Welche (tierschutzrechtlichen) Verstöße lagen vor? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Tollwutimpfschutz nicht vorhanden / nicht wirksam
- ☐ Trennung vom Muttertier bevor die Welpen acht Wochen alt waren
- ☐ Dokumente (EU-Heimtierausweis, Impfpass, Chip, Zuchtnachweis etc.) waren unvollständig
- ☐ Dokumente fehlten komplett
- ☐ Dokumente waren verfälscht
- ☐ zu lange Transportzeiten
- ☐ überladene Fahrzeuge
- ☐ Tiere befanden sich zusammengepfercht in Boxen
- ☐ mangelhafte Versorgung der Hunde während des Transportes (Wasser, Futter, Medikamente usw.)
- ☐ verletzte Tiere
- ☐ tote Tiere
- ☐ Andere:

6. Wie war der physische und psychische Gesundheitszustand der Welpen?

(Mehrfachnennungen möglich)

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> tränende/entzündete Augen | <input type="checkbox"/> schwache und dehydrierte Welpen |
| <input type="checkbox"/> verdrecktes / verfilztes Fell | <input type="checkbox"/> organische Fehlfunktion |
| <input type="checkbox"/> Milben, Läuse | <input type="checkbox"/> Würmer |
| <input type="checkbox"/> Geschwüre, Tumore | <input type="checkbox"/> Krankheiten (Staupe, Parvovirose, Tollwut...) |

- ☐
- Verhaltensstörungen, z.B.

- ☐
- Die Welpen waren mit Medikamenten „aufgeputscht“, um den Anschein eines guten Gesundheitszustands zu erwecken.

- ☐
- akzeptabler / guter Gesundheitszustand aus medizinischer Sicht

- ☐
- Anderes:

7. Durch wen haben Sie von den verschiedenen Fällen Kenntnis erlangt?

(Mehrfachnennungen möglich)

☐ Polizei

☐ Anderes:

☐ Zoll

☐ andere Veterinärämter

☐ Käufer der Welpen

☐ Interessenten der Welpen

☐ Eigene Recherchen

8. Welche Maßnahmen haben Sie bisher bezüglich der Hundewelpen ergriffen?

(Mehrfachnennungen möglich)

☐ Beschlagnahme der Welpen

☐ Quarantäne (Tierheim, Krankenstation)

☐ Verbleib beim Händler/Transporteur

☐ Zurücksenden der Welpen ins Herkunftsland

☐ Verbleib beim Käufer

☐ Andere:

10. Was waren die Konsequenzen für die Welpenhändler/Transporteure?

(Mehrfachnennungen möglich)

☐ Verwarnung ohne Verwarnungsgeld

☐ Verwarnung mit Verwarnungsgeld

☐ Zwangsgeld im Rahmen von Verfügungen

☐ Bußgeld

☐ Strafanzeige

☐ keine Konsequenzen

☐ Anderes:

11. Haben die Welpenhändler/Transporteure nach erfolgten Konsequenzen wiederholt illegalen Welpenhandel betrieben? *(Bitte nur eine Antwortmöglichkeit ankreuzen.)*

- ☐ immer ☐ häufig ☐ selten ☐ nie

12. Gibt es Ihrer meiner Meinung nach gesetzliche Hindernisse, die eine Bestrafung der Händler entsprechend ihres Tatumfanges erschweren? *(Mehrfachnennungen möglich)*

- ☐ Ja, es gibt noch zu viele Lücken in den nationalen/europäischen Gesetzen bzw. Verordnungen.
☐ Ja, es gibt noch zu viele undeutliche/vage Formulierungen in den nationalen/europäischen Gesetzen bzw. Verordnungen.
☐ Ja, man stößt rechtlich schnell an seine Grenzen, sodass keine harten Maßnahmen gegen die Welpenhändler/Transporteure möglich sind.
☐ Nein, die nationalen/europäischen Gesetze bzw. Verordnungen sind ausreichend.
☐ Anderes:

13a. Welche der nationalen bzw. europäischen Gesetze und Verordnungen bedürfen Ihrer Ansicht nach bezüglich des illegalen Welpenhandels aus Osteuropa einer Überarbeitung, um illegale Einfuhren eindämmen oder gar stoppen zu können und den Bedürfnissen der Tiere (physische, psychische, soziale) gerechter zu werden? *(Mehrfachnennungen möglich)*

- ☐ Tierschutzgesetz
☐ Tierschutz-Hundeverordnung
☐ Tollwutverordnung
☐ Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung
☐ EU-Tiertransport-Verordnung
☐ Keine/s der genannten Gesetze und Verordnungen bedürfen einer Überarbeitung.
☐ Andere:

13b. Nennen Sie Paragraphen oder Inhalte, die verbessert werden sollten:

14. Kann die Vorgehensweise seitens der Veterinärämter gegen den illegalen Welpenhandel aus Osteuropa verbessert werden? Wenn ja, inwiefern?*(Mehrfachnennungen möglich)*

- ☐ Ja, durch mehr Kooperationsarbeit zwischen den Veterinärämtern (z.B. regelmäßiger Informationsaustausch)
- ☐ Ja, wenn der Informationsaustausch auch nach Übergabe eines Falles an das zuständige Veterinäramt erhalten bleiben würde, damit die Ämter sich unterstützen und eventuell voneinander lernen können.
- ☐ Ja, durch ein bundesweites „Online-Netzwerk“, in welchem schwierige Fälle analysiert werden können und gleichzeitig Aufklärungsarbeit geleistet werden würde.
- ☐ Nein, unter den Veterinärämtern werden bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft.
- ☐ Anderes:

15. Wie stufen Sie die Zusammenarbeit bzw. Kommunikation zwischen den Veterinärämtern in Bezug auf den illegalen Welpenhandel ein?

- | | | | | | | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| absolut
unzureichend | | | | | | | | | absolut
ausreichend |

16. Wie stufen Sie die Zusammenarbeit bzw. Kommunikation mit anderen Behörden (Polizei, Zoll, Tierheime, etc.) in Bezug auf den illegalen Welpenhandel ein?

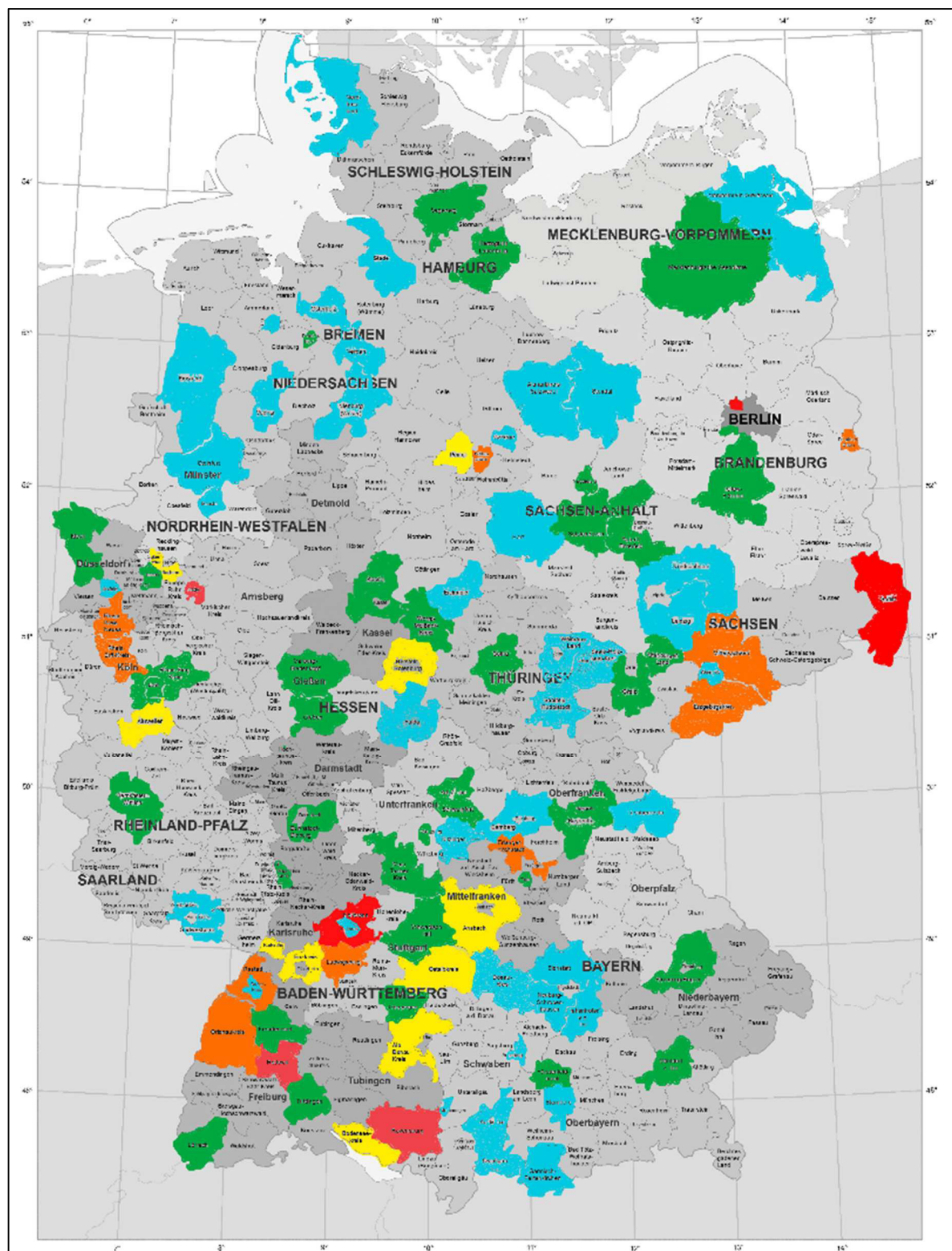
- | | | | | | | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| absolut
unzureichend | | | | | | | | | absolut
ausreichend |

17. Durch den Flüchtlingszustrom nach Europa über die Balkanroute werden die Grenzen zu Deutschland verstärkt kontrolliert. Können Sie feststellen, dass sich die Zahl der Fälle des illegalen Welpenhandels dadurch reduziert hat?

- ☐ Ja, die Zahl der Fälle hat sich dadurch deutlich reduziert.
- ☐ Ja, die Zahl der Fälle hat sich dadurch in geringem Maße reduziert.
- ☐ Nein, die Zahl der Fälle hat sich dadurch nicht reduziert.

18. Welche Verbesserungen/Veränderungen/Unterstützungen in Bezug auf den Kampf gegen illegalen Welpenhandel wünschen Sie sich seitens der nationalen und/oder internationalen Politik?

Rücksendung an: lena-habermann@web.de



3. Welche vom BMEL herausgegebenen Gutachten und Leitlinien im Bereich der Tierhaltung sollen, wie im Rahmen der Tierwohl-Initiative angekündigt, aktualisiert werden?

Wann bzw. mit welcher Priorisierung?

Im Rahmen der Initiative „Eine Frage der Haltung – Neue Wege für mehr Tierwohl“ des BMEL werden die vom BMEL herausgegebenen Gutachten und Leitlinien auf das Erfordernis der Anpassung an den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand überprüft und gegebenenfalls entsprechend einer Prioritätsbewertung überarbeitet. Ein konkreter Zeitplan für die Aktualisierung der einzelnen Gutachten und Leitlinien liegt noch nicht vor.

4. Was ist aus dem ursprünglich geplanten Vorhaben der Bundesregierung (www.mannheim.de vom 29. Juli 2010 „Wildtierverbot im Zirkus auf kommunaler Ebene nicht möglich“) geworden, nach der Überarbeitung des Säugertiergutachtens auch die Zirkusleitlinien entsprechend anzupassen?

Wann ist mit der Vorlage zu rechnen, und welche gesellschaftlichen Gruppierungen sind bzw. werden in den Überarbeitungsprozess eingebunden?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen

5. Inwieweit wurden – gemeinsam mit den Ländern und Kommunen – Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Welpenhandels geplant und bereits umgesetzt?

Wann und in welcher Form wird die Bundesregierung die Aufklärungsarbeit für potentielle Käuferinnen und Käufer intensivieren?

Auf Initiative und unter Leitung des BMEL hat im Mai 2013 ein Runder Tisch stattgefunden, bei dem sich Vertreter von Tierschutzverbänden, Vollzugsbehörden, des Zoofachhandels, der Hundezucht und der Tierheime über Maßnahmen zur Eindämmung des illegalen Welpenhandels ausgetauscht haben. Ein Vorschlag der Teilnehmer war die Erarbeitung eines Leitfadens, der den Vollzugsbehörden Hilfestellung bei der Kontrolle von verdächtigen Hundetransporten geben soll. Der Entwurf eines entsprechenden Leitfadens ist in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des BMEL erarbeitet worden. Es ist vorgesehen, den Entwurf der Arbeitsgruppe Tierschutz der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz zur Beschlussfassung vorzulegen.

Angesichts der grenzüberschreitenden Problematik sind insbesondere Maßnahmen auf europäischer Ebene erforderlich, um dem illegalen Welpenhandel entgegenzuwirken. Das BMEL hat daher gemeinsam mit den Niederlanden und Dänemark die Europäische Kommission gebeten, im Hinblick auf den illegalen Welpenhandel eine europäische Lösung anzustreben. Im November 2015 wird die Europäische Kommission die Ergebnisse einer in ihrem Auftrag durchgeführten Studie über den Tierschutz bei Hunden und Katzen im Rahmen gewerblicher Praktiken vorstellen, auf deren Grundlage über europäische Maßnahmen zur Eindämmung des illegalen Welpenhandels zu entscheiden sein wird.

Eine wesentliche Vorgehensweise gegen den illegalen Welpenhandel ist die Aufklärung der Hundekäufer. Das BMEL hat daher bereits auf seiner Internetseite Informationen über den illegalen Welpenhandel und Ratschläge zum Hundekauf eingestellt. Diese Aufklärungsarbeit soll in Kürze auch Eingang in die Internetseite der Tierwohlinitiative (<http://www.tierwohl-staerken.de>) finden.

6. Wie weit sind Prüfungen der Bundesregierung bezüglich bundeseinheitlicher Regelungen zur Bekämpfung des Welpenhandels über seuchenschutzrechtliche Bestimmungen gediehen?

Bis zum 28. Dezember 2014 eröffnete die Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Welpen, die noch nicht gegen Tollwut geimpft waren bzw. die noch keinen ausreichenden Impfschutz ausgebildet hatten, zu anderen als zu Handelszwecken nach Deutschland zu verbringen. Diese Ausnahmemöglichkeit hatte zur Folge, dass Handelstiere immer wieder illegal als Tiere im Reiseverkehr deklariert und unter den erleichterten Bedingungen für den privaten Reiseverkehr verbracht wurden.

Die Verordnung (EU) Nr. 576/2013 über die Verbringung von Heimtieren zu anderen als Handelszwecken (z. B. im Reiseverkehr) und die Richtlinie 2013/31/EU zur Änderung der Richtlinie 92/65/EWG hinsichtlich der Bedingungen für den Handel mit Hunden, Katzen und Frettchen innerhalb der Union und deren Einfuhr in die Union legen für die Verbringung dieser Tiere – unabhängig vom Zweck der Verbringung – im Hinblick auf den Tollwutimpfstatus die gleichen Anforderungen fest. Die Mitgliedstaaten können bezüglich des Erfordernisses der Tollwutimpfung abweichende Ausnahmeregelungen für die Verbringung von Welpen schaffen. In Deutschland wurde entschieden, dass weder für den Reiseverkehr noch für den Handel Ausnahmeregelungen für Welpen gelten sollen und daher die oben beschriebene Ausnahmeregelung in der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung aufgehoben. Damit müssen nun grundsätzlich alle Welpen, die in Deutschland einreisen bzw. die Deutschland als Transitland durchqueren, eine gültige Tollwut-Schutzimpfung aufweisen. Dies führt zu einer Vereinfachung bei den Kontrollen sowie der Verhängung behördlicher Maßnahmen durch die lokalen Behörden.

Neben Deutschland machen auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Lettland, Malta, die Niederlande, Polen, Portugal, Schweden, Spanien, Ungarn und Zypern sowie Norwegen von der Ausnahmeregelung für Welpen keinen Gebrauch.

7. Welche Inhalte soll der angekündigte Leitfaden für die Vollzugsbehörden zum Umgang mit Welpenhandel (www.tierwohl-staerken.de „Den Tierschutz im Handel und bei der Haltung von Haus- und Begleittieren verbessern“) umfassen?

Inwiefern plant die Bundesregierung, Studien zur Bekämpfung des illegalen Welpenhandels in Auftrag zu geben, und mit welchen Zeithorizonten?

Beim illegalen Welpenhandel kommt es zu unterschiedlichen Verstößen gegen das Tierschutz- und/oder das Tierseuchenrecht sowie zu Verstößen gegen die Vorschriften zum Schutz vor gefährlichen Hunden (Hundeverkehrs- und -einfuhrbeschränkungsgesetz; Hundeverkehrs- und -einfuhrverordnung). Inhalt des Leitfadens ist daher eine übersichtliche Darstellung der maßgeblichen Rechtsvorschriften. Zudem enthält der Leitfaden praxisnahe Empfehlungen für das Vorgehen bei der Kontrolle von Straßentransporten von Hunden (und Katzen) und für die einzuleitenden Folgemaßnahmen einschließlich der Unterbringung der Tiere, der Sanktionierung von Verstößen und dem Austausch mit anderen Behörden.

Die Bundesregierung plant derzeit nicht, Studien über den illegalen Welpenhandel erstellen zu lassen. Auf die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführte Studie über den Tierschutz bei Hunden und Katzen im Rahmen gewerblicher Praktiken (siehe Antwort zu Frage 5) wird verwiesen.



WELPEN ALS BILLIGWARE

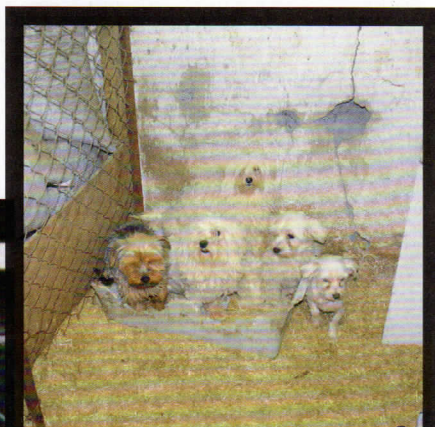
DAS UNBARMHERZIGE MILLIONENGESCHÄFT

Es geschieht jeden Tag.
Viel zu junge, schwache und kranke Hunde werden günstig an gutgläubige Menschen verkauft. Ein Ende scheint noch weit entfernt zu sein



Ein Millionengeschäft - das liest und hört man über den illegalen Welpenhandel immer wieder. Ähnlich lukrativ wie der Drogenhandel soll er sein. Im großen Stil soll er betrieben werden. Aus dem Ausland, in erster Linie aus den osteuropäischen Ländern, sollen Hundewelpen täglich auf die Reise in ihre Bestimmungsorte geschickt werden. Ja, das ist in der Tat so. Aber was ist so schlimm

UM MÖGLICHST HOHE GEWINNE EINZUFAHREN, WERDEN DIE WELPEN OHNE GROSSEN KOSTEN-AUFWAND PRODUZIERT



daran und warum trägt der Handel mit Welpen den Zusatz illegal? Nun, illegal bedeutet nichts anderes als gesetzeswidrig oder ungesetzlich. Folglich geht einiges in dem Geschäft nicht mit rechten Dingen zu. Es wird munter gelogen, betrogen und ohne jegliche Gewissensbisse ein unsägliches Tierleid erzeugt. Dem Käufer

eines Welpen wird glaubhaft vermittelt, dass das Tier aus einer liebevollen Aufzucht stammt, gesund und gut sozialisiert sowie vorschriftsmäßig geimpft und entwurmt sei. Demnach ist es gegen die Krankheiten Staupe, Hepatitis, Parvovirose, Lep-

tospirose geschützt. Dazu müsste der Welpen aber auch alt genug sein, um geimpft zu werden. Und das genau ist der Knackpunkt. Um diese hohen Gewinne einzufahren, müssen die Produktionskosten günstig sein und die Welpen möglichst jung verkauft werden. Das bedeutet, sie werden sehr früh von der Mutter getrennt.

AUF MÄRKTEN IN POLEN ODER UNGARN WERDEN WELPEN ALLER RASSEN ZU SPOTTPREISEN ANGEBOten. DIE ARMEN GESCHÖPFE WERDEN OFT AN TOURISTEN VERKAUFT



Manchmal schon mit 3 Wochen, oftmals zwischen 4 und 6 Wochen. In dem Alter sind sie zu jung, um geimpft zu werden. Dann werden die vielen jungen Hunde in Transportkäfige gesteckt und unter widrigsten Bedingungen oftmals hunderte Kilometer weit transportiert. Je mehr Tiere pro

OHNE REUE WIRD GELOGEN UND BETROGEN

Transport, desto besser, weil lukrativer. Zwar werden nur die Welpen ausgewählt, die den Eindruck erwecken, dass sie die Fahrt überstehen, dennoch kommen nie alle Tiere lebend an. Der Schwund ist jedoch einkalkuliert. Oftmals werden die Hunde vor der Abfahrt „fitgespritzt“, so dass ➔





sie bei der Ankunft auch noch munter wirken. Die Bestimmungsorte können überall in Europa liegen. Abnehmer gibt es mehr als genug, auch hierzulande. Die Händler inserieren die Tiere dann vollmundig im Internet. Sie werden fürs Foto gewaschen und hübsch auf dem Sofa drapiert, damit möglichst viele potenzielle Kunden schon bei ihrem Anblick schwach werden. Im Kontakt mit den Käufern halten sie sich die Händler gerne bedeckt, oft lassen sie noch nicht mal ihren Namen fallen. Die Überga-



ETWAS WAS IMMER NOCH FUNKTIONIERT: DER VERKAUF VON RASSEHUNGEN AUS DEM AUTO HERAUS. DABEI SOLLTEN ES DIE MEISTEN MITTLERWEILE DOCH BESSER WISSEN



be des Welpen erfolgt auch gerne an einem anderen Ort und nicht bei dem vermeintlichen Züchter. Um die Leute an andere Orte wie Autobahnraststätten zu locken, werden oft die abenteuerlichsten Ausreden erfunden. Manchmal werden auch extra für die Übergabe Wohnungen mitsamt einem netten, vertrauenswürdig aussehenden Pärchen ausgewählt. Die Preise für einen solchen Rassewelpen sind meist niedrig. So sind Angebote von 300 bis 600 € häufig. Manche Händler haben ihre Preise aber auch angehoben, um den Kunden, der durch diverse Berichterstattungen in den Medien bereits von den Billigwelpen

gehört haben könnte, in Sicherheit zu wiegen. Wer zweifelt, dass es auch hier bei uns so viele Welpenhändler geben soll, die aus dem Ausland

MENSCHEN TUN DAS, WEIL SIE ES KÖNNEN

stammende, in großen Vermehrerställen geborene Hunde verkaufen, sollte einfach einen kurzen Blick auf diverse Verkaufsplattformen im Internet wer-

fen. Spätestens dann wird klar - der Handel blüht. Und somit blüht auch der Betrug. Die verkauften Tiere sind oft schwer krank, viele sterben nach wenigen Tagen. Die Impfpässe sind gefälscht. Ihre Einfuhr ist illegal, da erst gegen Tollwut geimpfte Hunde in andere EU-Länder verbracht werden dürfen. Doch auch dafür sind sie zu jung. Aber warum tun diese Menschen das? Ganz einfach, weil sie es können. Seit Tschechien, Ungarn und Polen dem Schengenraum beigetreten sind, gibt es auch an diesen Grenzen keine Kontrollen mehr. Dafür gibt es Tierärzte, die in den Handel involviert sind. Sie stellen Blanko-Impfpässe aus, in die nachträglich die fehlenden Angaben zu den Tieren eingetragen werden können. Und es gibt typisch menschliche Eigenschaften, die den Handel beflügeln - Mitleid und Sparsamkeit. Wobei der Mitleidsfaktor in den Welpen produzierenden Ländern selbst eine größere Rolle spielt. So werden auf Märkten, die bei Touristen sehr beliebt sind, beispielsweise im ungarischen Pecs oder in Slubice in Polen, nahe Frankfurt an der Oder, viele Welpen an mitleidige Menschen verkauft. Manchmal werden diese Märkte aber auch mit dem Vorhaben, dort einen Rassewelpen zu erstehen, aufgesucht. Da hat sich dann der Geiz durchgesetzt, gepaart mit einer Portion Ignoranz. ■

Ulrike Ulmann



IM BRENNPUNKT

DAS DRAMA VON

Fotos: Tierschutz Bayern



Einer der schlimmsten Fälle von illegalem Welpentransport erschütterte im Dezember Bayern. Und macht deutlich, unter welchen menschlichen Abgründen immer mehr Hunde für unsere Gesellschaft leiden müssen

Stockfinster und bitterkalt ist es in dieser Nacht am 11. Dezember um zwei Uhr. Es besteht Schleuserverdacht als die Bundespolizei an der Grenzkontrollstelle auf der Autobahn A8 bei Piding und unweit

BAD REICHENHALL



von Bad Reichenhall, wieder einen dieser kleinen Kastenwägen untersucht. Die Zahl der Flüchtlinge, die in dieser Zeit Deutschland erreichen, eingepfercht in viel zu enge Transporter, steigt unaufhaltbar an. Doch was die Beamten jetzt im Wagen der beiden Ungarn entdecken, läßt sie schauern: Kleine Gitterkäfige sind mit bis zu vier reinrassigen Hundewelpen beladen, es stinkt beißend nach Urin und Kot, überall blicken sie in erschrockene Augen, hören verängstigtes Fiepen und Kläffen. Nur die großen Rassen hatten wohl etwas Wasser und Essen bekommen, die Kleinen der insgesamt 47 Welpen müssen während der Tortur nach Spanien ‚ohne‘ auskommen. Die Heimtierausweise, die die Polizisten kontrollieren, zeigen, dass die Hunde vier Monate alt, allesamt binnen nur weniger Tage geboren und geimpft sein sollen. Mehr Lüge geht kaum, die Papiere sind gefälscht, die Welpen ➔



kaum älter als fünf Wochen. Wieder einmal zeigt sich die Spitze eines Eisberges, der kälter und unmenschlicher nicht sein kann. Manchmal, so berichtet ein 2014 auf frischer Schleusertat ertappter Slowake, fahre er von Kontrollen unbehelligt pro Woche dreimal Welpen aus der Slowakei über die Grenzen. Welpen, die skrupellose, geldgierige Firmen bei zahllosen Züchtern und Zuchtnetzwerken nach EU-Tierschutzrecht gesetzeswidrig zu jung abkaufen und ins gut zahlende Ausland trans-



DIE SPITZE EINES EISBERGES DER KAUM UNMENSCHLICHER SEIN KÖNNTE

portieren. Oft geht die Fuhre bis nach Frankreich, Spanien, aber auch nach Belgien und Holland. Teile dieser illegalen Ware landen auf seinen Fahrten auch schon mal bei Käufern in Deutschland. Dass darunter auch deutsche Züchter und sogar Zuchtware sind, die etwa an Autobahnrastplätzen die lebende Ware abholen um den eigenen Bestand mit putzigen Auslandswelpen aufzustocken, dass Händler mit ihnen übers Internet zu Schnäppchenpreisen besonders im Weihnachtsgeschäft Geld machen – das interessiert die schlecht-bezahlten Fahrer nicht. Hauptsache das Geschäft läuft. Dafür sorgt die bereits industrielle Produktion der sogenann-

ten Vermehrstellen in Osteuropa. Allein in Tschechien und in der Slowakei sind 35 000 solcher Betriebe bekannt. Immerhin bedeutet jeder verkaufte Welpen für dieses perfide, schwer durchschaubare Flechtwerk, dass die grausame Hundezucht-Maschinerie noch schneller läuft. Dass vierbeinige Gebärmaschinen in ihren engen Verschlüssen so lange werfen müssen, bis sie ausgelaugt entsorgt werden. Auch die beiden Ungarn, die sich in dieser Nacht am 11. Dezember 2015 ausweisen müssen, bekommen wie

die meisten ihrer Schleuserkollegen nur rund 200 Euro für den Transport. Wenige Stopps sollen sie machen und schnell müssen sie sein. Schließlich soll sich der von den Auftraggebern im saten Gewinn eingeplante Ausschuss, der an Erschöpfung und Krankheit verendeten kleinen Tiere, in Grenzen halten. In Piding an der Autobahn beginnt damit wieder einmal der Kampf gegen Windmühlen. Hier wissen die, teils von Tierschützern bereits für solche Situationen geschulten Beamten, was zu tun ist: Das nächstgelegene Tierheim und der Tierschutz werden alarmiert, die Welpen kommen zur Erstversorgung nach Bad Reichenhall. Dort ist nach kurzer Zeit der Gestank in den Räumen kaum zu ertragen, Durchfall verteilt sich überall auf dem Boden, „trotz Putzen und Machen seit den frühen Morgenstunden. Aber wir kommen einfach nicht mehr nach“, beschreibt die Leiterin Rebekka Edfelder die traurige Situation. Alle Welpen, so zeigt sich nach einiger Zeit, haben Parasiten und sind krank. Wie fast immer bei dieser Schmuggelware aus Osteuropa. Eine der armen Kreaturen hat eine offene Schädeldecke, das Gehirn ist zu sehen, muss eingeschläfert werden. Eine andere zeigt eine stümperhaft genähte Bauchwunde samt Fäden. „Wir kommen an die Grenzen unserer physischen und psychischen Belastbarkeit“, sagt Edfelder. „Manches ist sehr schwer zu



**BEVOR DIE KLEINEN AUF IHRE
LANGE REISE GEHEN MUSSTEN,
WURDEN DIE VIEL ZU FRÜH VON
IHRER MUTTER GETRENNTEN
WELPEN FIT GESPRITZT. AUCH DAS
IST EINE GÄNGIGE PRAXIS**

**TÄGLICHES WIEGEN MUSS
SEIN. DER JUNGE BEAGLE
MACHT ALLES BRAV MIT**



ertragen!“ Derweil fahren die Fahrer mit ihrem leeren Transporter wieder in die Heimat zurück, die Anzeige kümmert sie kaum.

DAS DRAMA GEHT NOCH WEITER

Es ist kalt geblieben den ganzen Tag. Gefühlte Minusgrade, vor allem jetzt in der Nacht gegen 22 Uhr. Längst hat das Bad Reichenhaller Tierheim dazu aufge-

rufen, wenigstens den schwindenden Decken-, Laken- und Handtuchbedarf schnellstmöglich durch Spenden zu dezimieren. Ohnehin läuft die Bitte nach Geldspenden nach jahrzentelangen Aufrufen immer schleppender und geradezu ins Leere. Und auch Hilfeleistungen seitens des Staats kommen wenn, dann über die Kommunen in kleinen Beträgen an. Nie lassen sich damit alle Ausgaben decken, die 8,50 Euro-Mindestlöhne der schuftenden Mitarbeiter fallen ohnehin kaum ins Gewicht. Doch das eigentliche Dilemma ➔



**BEI DIESEM DACKELBLICK STELLT
SICH EINMAL MEHR DIE FRAGE, WIE
MENSCHEN DIESE UNSCHULDIGEN
WESEN LEDIGLICH ALS WARE
ANSEHEN KÖNNEN**



ist: Der Pidinger Welpen-Fall gehört exakt zu jenen bis zu 80 Prozent an anfallenden Tierheimaufgaben, die aufgrund der Sachlage von staatlicher Seite bezahlt werden müssten – es aber nicht werden!

Diesmal klingeln die Telefone wieder in Bad Reichenhall und auch bei Herbert Sauerer, Vorsitzender im Tierheim Feucht. Bundesbeamte haben an derselben Kontrollstelle einen weiteren Transporter erwischt. Aus der Slowakei ist er, und dieses Mal ist alles noch viel schlimmer und schockierender als Stunden zuvor: 169 Rassewelpen, mit einem Aufputschmittel für die Zeit bis zum Verkauf beim Händler und

des praktischen Tierschutzes. 15 der Welpen landen am 12. Dezember nach der nächtlichen Rettungsaktion kurz vor sieben Uhr morgens mit Herbert Sauerer im Tierheim Feucht. Unter ihnen sind Yorkshire Terrier, Französische Bulldoggen, Beagle, Dackel, Golden Retriever, die Listenhunde Bordeaux-Doggen und ein Shar Pei mit operierten Schlupfliedern. Schnellstmöglich sind Tierärzte vor Ort, Tierpfleger schieben Extraschichten, teilweise über 24 Stunden. Noch sind die erschöpften Hunde mit den meist aufgequollenen Bäuchen quirrig, noch wirken die Aufputschmittel ihrer Dealer. Doch nach und nach ergeben

IN MANCHEN TRANSPORTKÄFIGEN STAPELTEN SICH DIE VERÄNGSTIGTEN WELPEN REGELRECHT



Kunden fitgespritzt, blinzeln angstvoll in die Lichter der Beamten. Entdeckt werden außerdem Zwergfinken und Schildkröten. Die Käfige stapeln sich bis dicht unters Dach, sind mit teilweise mehr als sechs Tieren beladen. Der Gestank ist fürchterlich. Kot, Durchfall und Urin haben sich durch die Papierschnipsel gefressen, haben auf ihrem Weg nach unten auch die Welpen verschmutzt.

Herbert Sauerer, seit 2012 aktiv im Einsatz gegen die Schmugglerszene und bei bislang 15 illegalen Transporten vor Ort, fährt noch in der Nacht mit drei Kollegen los und erreicht um drei Uhr morgens Bad Reichenhall. Sauerer erwartet ein Bild des Jammers: „Hundewelpen liegen über Hundewelpen und auch sie sind mit vier bis sechs Wochen viel zu jung, um vom Gesetz her überhaupt transportiert werden zu können!“

Dann beginnt mit diesem bislang größten Schmuggelberg an Hundewelpen überhaupt in Deutschland, eine bayernweit beispielsweise Rettungsaktion: Die über 200 Welpen werden auf 18 Tierheime mit Quarantänräumen verteilt. Sie kommen etwa nach Garmisch-Partenkirchen, Winhöring und die meisten nach Franken. Mit der Folge: Überfüllte Tierheime und ein drohender Kollaps

UNTER DEN WELPEN BEFAND SICH SOGAR EIN CHINESISCHER SHAR-PEI. DEM FALTENHUND WURDEN ZUVOR DIE SCHLUPFLIEDER ENTFERNT





**BORDEAUX-DOGGEN
WERDEN IN BAYERN ALS
LISTENHUNDE DER
KATEGORIE II GEFÜHRT**

bayerischen Tierheimen die Telefone heiß, viele Besucher schauen direkt vorbei. Die wenigsten bieten Sach-, Geldspenden und aufmunternde Worte an. Die meisten möchten Blicke auf die geschundenen Tiere werfen, wollen günstig einen Rassehund ‚abgreifen‘ oder – weil schließlich die Quarantäne abgewartet werden muss – ein Tier für später reservieren. Zu allem Leid halten sie die gestressten Pfleger von ihrer zusätzlichen Arbeit ab: Gehege im Akkord reinigen, Laken und Handtücher wechseln und waschen, desinfizieren,

senenalter bleiben.

Am 15. Dezember lässt das Ministerium Berchtesgadener Land verlauten, dass „die Tiere in die Slowakei zurückgeführt werden können, wenn sie transportfähig sind.“ Wie eben Schmuggeltiere prinzipiell diesen Weg gehen können. Das Ministerium reagiert auf Anordnung von höchster Stelle, dem Tierseuchenreferat des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft in Bonn. Die Entscheidung, so das Referat, sollen die örtlichen Behörden vollziehen. Jetzt wird auch Bayerns zuständige Umweltministerin Ulrike Scharf (CSU) aktiv und will schleunigst den Rücktransport organisieren. Schließlich müsse man

DIE KRANKEN RASSEWELPEN WAREN MONATE LANG IN QUARANTÄNE

Untersuchungen, dass sie unter starkem Spulwurmbefall sowie an hartnäckigen Darmparasiten wie Giardien und Kokzidien leiden, die zu Durchfall und Flüssigkeitsverlust führen können und extrem gefährlich für sie sind. Der Corona-Virus wird festgestellt, teilweise gibt es Lungenprobleme, selbst die hochansteckende, häufig tödlich verlaufende Viruserkrankung Parvovirose und sogar Staupe werden entdeckt. „Vieles davon haben die Welpen gleichzeitig“, berichtet Sauerer, der jetzt Tag für Tag dabei zusehen muss, wie die Welpen ohne die Wirkung der schnellen Fitmacher zusammenbrechen.

DRAMA MIT MEHREREN WENDUNGEN

Am 14. Dezember berichten die Medien, nach zwei Tagen Nachrichtensperre, vom bislang größten illegalen Welpenschmuggel der in der Bundesrepublik aufgefliegen ist – rechnet man beide am selben Tag und am selben Ort gestoppten Transporte zusammen. Jetzt erfährt das Drama mehrere Wendungen: Einerseits laufen in den

zum Tierarzt und in Tierkliniken fahren. Dazu schlecht fressende und schwache Tiere von Hand füttern, wiegen und ihr Verhalten beobachten um rasch reagieren zu können. Und da die Kleinen mit sechs bis zehn Wochen in der Präphase sind, in der sie normalerweise ihre Umwelt entdecken, jetzt aber eine lange Zeit in der Quarantäne verbringen, müssen sie Zuneigung, Erziehung und Liebe erfahren, also beschäftigt und bespielt werden. Vor allem, um drohende Verhaltensauffälligkeiten zu vermeiden, die zum Teil bis ins Erwach-

sicherstellen, dass Bayerns Tierheime weiter Tiere aufnehmen können, gibt sie als Grund an. „Skandalös“ findet das nicht nur die Nürnberger Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhr, die damit auf ihrer Facebook-Seite im Internet von tausenden Menschen Zustimmung erhält. Birgitt Thiesmann, Heimtierexpertin bei der international tätigen Tierschutzstiftung VIER PFOTEN ist entsetzt: „Die Welpen abzuschieben, um so die Kosten für die Behandlung und Pflege der Tiere einzusparen, bedeutet für die Tiere das sichere Todesurteil.“ Und auch Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, sieht Scharf und deren planloses Vorgehen bereits auch in Vergangenheit, sogar als die eigentliche Ursache für den möglichen Kollaps der Tierheime. Denn trotz aller Bitten und Mahnungen, doch endlich Hilfe bei den zunehmenden illegalen Welpenfunden zu leisten, zu denen es – absehbar – auch aufgrund der vermehrten Flüchtlingskontrollen kommen musste, habe das Land Bayern sich nicht für die schlechte Lage der Tierheime interessiert. Zudem sei es seiner Betreuungs- und Zahlungsverpflichtung zu diesem Thema nicht nachgekommen. „Sonst“, so Schröder, „hätten wir schon längst mehr Quarantäne- und Krankenstationen und höhere Aufnahmekapazitäten“.



**AUCH DIESEM JUNGEN LABRADOR
STEHEN DIE STRAPAZEN INS
GESICHT GESCHRIEBEN**



Die Reaktionen in der Öffentlichkeit sind überwältigend: Zahlreiche Tierschützer und Verbände, allen voran der Deutsche Tierschutzbund und seine Landesverbände schlagen Alarm und protestieren. Medien berichten per Film, Funk, Zeitung und über soziale Kanäle über das Drama. Und noch am selben Tag wird von einigen Seiten sogar Scharfs Rücktritt verlangt. Der Druck für die Politiker wächst derart an, das bereits am Tag darauf die Ministerien mit einer geschichtsträchtigen, weil einmalig schnellen Kehrtwende, zurückrudern: „Eine Rückführung dieser illegal eingeführten Tiere ist nicht geplant“, teilt jetzt ein Sprecher von Ministerin Scharf mit. Mittlerweile ist es Weihnachten geworden, trotz aller Bemühungen, Profipflege und Klinikaufenthalten sind drei der Feuchter Welpen

pen. Warum es so lange gedauert hat? Bruckner erklärt, dass einige sehr lange krank waren und sich in Quarantäne befanden. Viele waren zu schwach und konnten nicht geimpft werden. Außerdem mussten die Eigentumsansprüche mit den Besitzern verhandelt werden. Diese gaben zwar ihrerseits Gesetzesüberschreitungen zu, beharrten aber weiterhin auf „ihre“ Hunde und drohten mit Klagen. Erst als man die dreisten Händler mit den zu übernehmenden Kosten konfrontierte – ein Betrag von rund 400.000 Euro für die über fünfmonatige intensivste Pflege, die medizinische Behandlung und Vollunterbringung – ließen sie von ihren Forderungen ab und gaben ihr Eigentum auf. Herbert Sauerer indes wird nicht aufhören, das Thema illegaler, boomender

Handel mit jungen Hunden bekannt zu machen, die juristisch gesehen eine „Ware von geringem Wert“ sind. „Und das, obwohl die Gewinnmargen ähnlich lukrativ wie beim Drogenhandel sind“, erklärt er. „Nur das Risiko wenn man erwischt wird ist gleich Null. Vielleicht verliert man seine Ware, das kann einkalkuliert werden. Doch Welpenhandel muss als Straftat geahndet werden, mit deutlich höheren Strafen bis hin zu Freiheitsentzug.“ Bis heute fordert Sauerer die Regierung auf, besser darauf hinzuwirken, dass die Erzeugerbetriebe im Ursprungsland stärker überwacht und letztlich ausgetrocknet werden. Aber auch, dass die Tierärzte, die die falschen Begleitpapiere wie etwa gefälschte Impfpässe ausstellen, ihre Zulassung verlieren. Doch solange die Regierungen in den Erzeugerländern keinen öffentlichen Druck verspüren,

DIE GEWINNE SIND IN DEM GESCHÄFT SO HOCH WIE BEIM DROGENHANDEL

gestorben. Das gleiche Schicksal erleiden 25 Prozent aller Hunde des Dramas von Bad Reichenhall.

DAS DRAMA BEKANNT MACHEN

Es ist Ende Mai 2016. In Bayern sind sieben weitere Welpentransporter gestoppt worden, wenn auch nicht mehr mit derart vielen Hunden beladen. Wieder sind alle laut Gesetz zu jung für einen Transport. Präsident Schröder sorgt sich weiterhin darum, wer für die bereits angefallenen hohen Kosten des Bad Reichenhaller Dramas und der anderen Fälle aufkommen wird. Aber auch darum, dass an den Grenzen neuankommende Tiere direkt wieder zurückgeschickt werden, ohne dass Tierärzte ihre Transportfähigkeit überhaupt festgestellt haben.

Erst jetzt erteilt Andreas Bruckner, stellvertretender Geschäftsstellenleiter des Landesverbandes Bayern im Deutschen Tierschutzbund, die Freigabe zur Vermittlung der Bad Reichenhaller Wel-

➡ VORBILDLICHES TIERHEIM FEUCHT

DAS WAR ES DEM BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ WERT: FÜR SEIN ENGAGEMENT GEGEN DEN ILLEGALEN WELPENHANDEL, MIT DEM SICH DAS 1958 GEGRÜNDETE TIERHEIM FEUCHT - TIERHILFE NÜRNBERG E.V. IN DEN LETZTEN JAHREN IMMER WIEDER KONFRONTIERT SAH, WURDE ES AM 6. OKTOBER 2014 MIT DEN BAYERISCHEN TIERSCHUTZPREIS AUSGEZEICHNET, IN ANERKENNUNG BESONDERER VERDIENSTE UM DEN TIERSCHUTZ. DAS PREISGELD VON 15.000 EURO GING AUFGETEILT ZU GLEICHEN TEILEN AN FEUCHT UND ZWEI WEITERE VEREINE. EINE WOCHEN DARAUF ERHIELT DIE EINRICHTUNG DEN DEUTSCHEN TIERSCHUTZPREIS 2014 „SONDERPREIS TIERRETTUNG, FÜR NACHHALTIGES ENGAGEMENT UND VORBILDLICHEN EINSATZ ZUM WOHE DER TIERE“. GEWÄHLT WURDE ER VON EINER JURY MIT VERTRETERN

DES DEUTSCHEN TIERSCHUTZBUNDES, FUNK UHR, PEDIGREE, WHISKAS UND DER SÄNGERIN UND TIERSCHUTZBOTSCHAFTERIN STEFANIE HERTEL.

DAS HEIM SELBST VERSTEHT DIESE EHRUNGEN GANZ BESONDERS ALS AUSZEICHNUNG FÜR SEINE MITARBEITER, OB HAUPT- ODER EHRENAMTLICH. SIE STEHEN TAG UND NACHT BEREIT, AUFGEGRIFFENE WELPEN UNTERZUBRINGEN, ZU VERSORGEN UND NACH MASSGABE DER TIERÄRZTE MEDIZINISCH ZU BEHANDELN.



werden sie wohl kaum etwas unternehmen. „Deshalb“, so Sauerer, „muss das grenzübergreifende Thema von uns und unserer Regierung angesprochen, und am besten auf europäischer Ebene gelöst werden. Und zwar mit international gültigen Vorschriften auf hohem Niveau - und mit dem dazugehörigen Vollzug!“ Ob es als Erfolg zu sehen ist, oder nur als Tropfen auf den heißen Stein? Bad Reichenhalls Tierheim wird 2016 endlich Quarantänräume bekommen. Und im April 2016 kam es erstmals zu einer Expertenanhörung vor dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag in München. Zwar mussten die Vortragenden drei Tierschutzthemen in nur einer Stunde stemmen. Doch für einige Minuten hörte der Umweltausschuss den Experten zum Thema illegaler Welpenhandel gespannt zu. ■

Beate Hitzler

**VOLLKOMMEN ERSCHÖPFT
UND KRANK ABER ENDLICH
UMSORGT UND BEHÜTET,
KUSCHELN SICH DIE FÜR
DEN TRANSPORT ZU
JUNGEN TIERE
ANEINANDER**



AUFWACHEN! TIERSCHUTZ KANN JETZT JEDER

www.tierwohltaeter.de



TIERW^{HL}TÄTER*

TIERBEDARF GEMEINNÜTZIG SHOPPEN,
ALLE GEWINNE GEHEN IN DEN TIERSCHUTZ



VIEL ZU JUNG – VIEL ZU KRANK WENN DAS LEBEN VORBEI IST, BEVOR ES BEGONNEN HAT

Es passiert immer wieder. Voller Freude nehmen Neuhundebesitzer ihren aus dubiosen Quellen erstandenen Welpen mit nach Hause. Am nächsten Tag geht es dem Tierchen oft schon schlecht


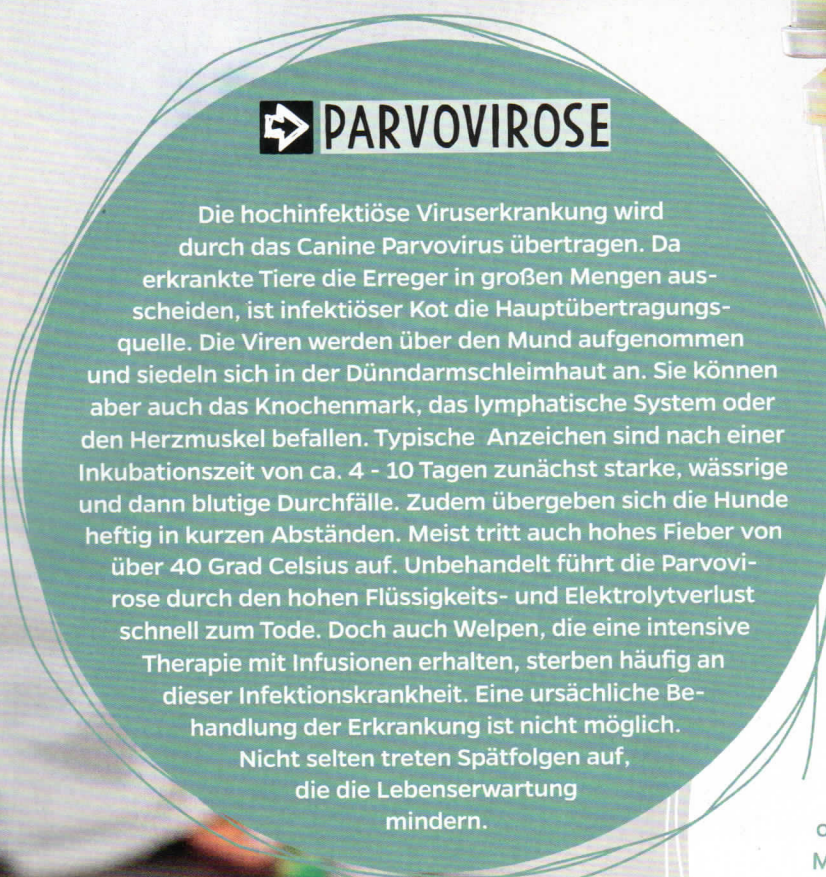
WELPEN VON SKRUPELLOSEN HÄNDLERN KÖNNEN VERSCHIEDENE KRANKHEITEN HABEN. ZUDÉM LEIDEN SIE MEIST AN HAUTPARASITEN



Wenn Welpen zum Verkauf eingeführt werden, sind sie, wie schon mehrfach in dieser Ausgabe erwähnt, sehr jung. Meist zwischen 4 und 6 Wochen alt. Das hat auch einen sehr perfiden Grund. Neugeborene und sehr junge Welpen besitzen durch mütterliche Antikörper, die beim Hund vor allem durch das Kolostrum in den ersten zwei

Lebenstagen übertragen werden, eine passive Immunität. Als Kolostrum wird die erste Milch bezeichnet, die von der weiblichen Milchdrüse produziert wird. Die passive Immunität schützt Welpen in ihren ersten Lebenswochen. Diese frühe Zeitspanne nutzen die Welpenhändler zum Verkauf ihrer „Ware“, da sie dann nicht nur besonders niedlich aussehen, sondern auch

recht munter wirken. Aber selbst, wenn sie bis zu ihrem Transport in andere Länder nicht mit Parvovirose infiziert sind, tritt die Krankheit oft kurz nach ihrer Ankunft auf. Da die Viren sehr langlebig sind, befinden sich die Erreger unter anderem auch in den Transportfahrzeugen und infizieren die nächste Ladung winziger, gestresster Welpen.



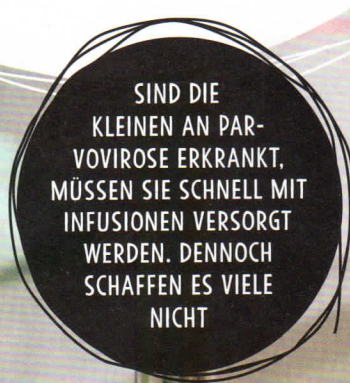
PARVOVIROSE

Die hochinfektiöse Viruserkrankung wird durch das Canine Parvovirus übertragen. Da erkrankte Tiere die Erreger in großen Mengen ausscheiden, ist infektiöser Kot die Hauptübertragungsquelle. Die Viren werden über den Mund aufgenommen und siedeln sich in der Dünndarmschleimhaut an. Sie können aber auch das Knochenmark, das lymphatische System oder den Herzmuskel befallen. Typische Anzeichen sind nach einer Inkubationszeit von ca. 4 - 10 Tagen zunächst starke, wässrige und dann blutige Durchfälle. Zudem übergeben sich die Hunde heftig in kurzen Abständen. Meist tritt auch hohes Fieber von über 40 Grad Celsius auf. Unbehandelt führt die Parvovirose durch den hohen Flüssigkeits- und Elektrolytverlust schnell zum Tode. Doch auch Welpen, die eine intensive Therapie mit Infusionen erhalten, sterben häufig an dieser Infektionskrankheit. Eine ursächliche Behandlung der Erkrankung ist nicht möglich.

Nicht selten treten Spätfolgen auf, die die Lebenserwartung mindern.

STAUPE

Hat sich ein Hund mit dem Caninen Staupevirus infiziert, können sich sehr unterschiedliche Symptome zeigen - je nachdem, welche Organe die Erreger befallen. Anzeichen für eine Erkrankung sind: starkes Erbrechen und Durchfall, eitriger Nasenausfluss, Husten und Atemnot. Auch Bindehautentzündungen sind zu beobachten. Ist das Nervensystem betroffen, endet die Krankheit oft tödlich. Es kann dann zu epileptischen Anfällen, Muskelzittern, Blindheit oder Lähmungen kommen. Bei dieser schweren und ungünstigen Verlaufsform kann zudem eine Verhornung des Nasenspiegels und der Zehenballen auftreten. Wie bei der Parvovirose können bei einer Staupeinfektion nur die auftretenden Symptome behandelt werden. Anders als die Parvoviroseviren bleiben Staupeviren außerhalb eines lebenden Organismus nur wenige Tage infektiös, so dass eine Ansteckung mit der gefährlichen Viruserkrankung meist durch direkten Kontakt mit einem erkrankten Tier erfolgt. Die Inkubationszeit beträgt ca. 3 - 7 Tage.



SIND DIE KLEINEN AN PARVOVIROSE ERKRANKT, MÜSSEN SIE SCHNELL MIT INFUSIONEN VERSORGT WERDEN. DENNOCH SCHAFFEN ES VIELE NICHT

DARMPARASITEN

Bei Welpen sind Infektionen mit Giardien oder/und Kokzidien wesentlich ernster als bei erwachsenen Hunden. Kokzidien und Giardien sind einzellige Parasiten, die im Darm ihrer Wirte leben. Sind Welpen mit Kokzidien infiziert, tritt meist dünnbreiiger Durchfall auf. Zudem können Appetitlosigkeit, Gewichtsverlust und Fieber auftreten. Es besteht auch die Gefahr der Austrocknung. Giardien können vor allem bei jungen Hunden starke, wiederkehrende Durchfälle mit hellem, schleimigen und übelriechendem Kot auslösen. Auch blutige Ausscheidungen sind möglich. Zur Therapie bei Giardiose wird z.B. Fenbendazol eingesetzt. Die Kokzidiose wird mit Sulfonamiden behandelt. Begleitend zur medizinischen Behandlung sind umfangreiche hygienische Maßnahmen sehr wichtig. Vor allem, wenn weitere Tiere im Haushalt leben. Alle Liegeflächen und Näpfe sollten mit über 60 Grad Celsius heißem Wasser gereinigt werden.

Auch bei Gartenflächen sollte ein heißer Dampfstrahler eingesetzt werden.

AUCH DIESE WELPEN WURDEN UNTER SCHLIMMSTEN HYGIENISCHEN ZUSTÄNDEN GEHALTEN. DARMPARASITEN LASSEN SICH KAUM VERMEIDEN



TOLLWUTGEFAHR

Die tödlich verlaufende Virusinfektion, die eine Gehirnentzündung hervorruft, gilt in Deutschland als ausgerottet. Diese beruhigende Tatsache kann neben der Köderimpfung von Füchsen auch der konsequenten Schutzimp-

fung von Hunden zugeschrieben werden. Allerdings ist es nur logisch, dass die Einführung von ungeimpften Hunden durch skrupellose Welpenhändler die Tollwutgefahr wieder ansteigen lässt.

Um diese real existierende Gefahr zu verringern, gibt es seit Ende Dezember 2014 bestimmte tierseuchenrechtliche Vorgaben, die für den Handel mit Hundewel-

pen gelten. So dürfen junge Hunde aus anderen EU-Mitgliedstaaten nur nach Deutschland eingeführt werden, wenn sie eine Tollwutschutzimpfung haben und mit einem Mikrochip gekennzeichnet sind. Beides muss in einem EU-Heimtierausweis vermerkt sein. Da eine Impfung gegen Tollwut erst mit einem Alter von 12 Wochen vorgenommen werden kann und es danach drei Wochen dauert, bis ein tatsächlicher Impfschutz vorhanden ist, müssen Hundewelpen mindestens 15 Wochen alt sein, um legal nach Deutschland importiert zu werden. Außerdem muss jeder Transport über das elektronische Meldesystem TRACES angekündigt werden. Leider hindern diese gesetzlichen Vorgaben, die an dem profitablen Geschäft mit den unschuldigen Welpen Beteiligten nicht daran, weiterhin Tiere illegal einzuführen. Die Welpen werden einfach als älter ausgegeben und ohne Impfschutz importiert.

FÜR EINE TOLLWUTIMPfung IST DER KLEINE HIER WOHL NOCH ZU JUNG. GEGEN STAUPe UND PARVO KANN ER MIT 8 WOCHEN GEIMPFT WERDEN



ACHTUNG ZOOSE

Durch die Einfuhr von erkrankten Tieren sind nicht nur die Hundewelpen selbst betroffen. Bei einigen Krankheiten, die bei illegal eingeführten Hunden auftreten, handelt es sich um sogenannte Zoonosen. Das bedeutet, die Erkrankungen sind auch auf den Menschen übertragbar. So können sich auch Zweibeiner z.B. mit Giardien infizieren. Vor allem Kinder sind hierbei gefährdet. Auch der Hundebandwurm kann vom Tier auf den Menschen übergehen. Da die illegal gehandelten Welpen in der Regel nicht entwurmt sind, besteht auch hier ein gewisses Risiko. Die gefährlichste Zoonose ist aber zweifellos die Tollwut. Sobald beim Infizierten erste Symptome auftreten, ist der Betroffene nicht mehr zu retten.

WAS AHNUNGSLOSE
KÄUFER OFT NICHT
WISSEN: MANCHE KRANK-
HEITEN KÖNNEN VOM
HUND AUF DEN MEN-
SCHEN ÜBERGEHEN



HIRTENGOLD

Vitalkost für Hunde

FÜR EIN GESUNDES & LANGES LEBEN

**ARTGERECHTE, REGIONALE
TIERHALTUNG**

**100% BEDARFSGERECHTE
VERSORGUNG MIT ALLEN
VITALSTOFFEN**

**INDIVIDUELLE
GESUNDHEITSZUSÄTZE**

WWW.HIRTENGOLD.DE





Wenn es um das Thema illegaler Welpenhandel geht, sprechen die meisten von dem Leid der Welpen. Was die Elterntiere durchmachen müssen, wird oft nur am Rande erwähnt. Das muss sich ändern

Jenseits der Vorstellungskraft

DAS EINSAME MARTYRIUM DER VERMEHRERHUNDE



Emelie hat es nicht geschafft. Ihr neues Leben dauerte genau fünf Tage. Die 2-jährige Vermehrerhündin starb auf dem OP-Tisch an einer perforierten Gebärmutter. Das Organ befand sich bereits im Zersetzungsprozess, ausgelöst durch einen toten Welpen, der in ihrem ausgemergelten Körper verblieben war. Emelie

**SIE HAT IHR LEBEN
VERLOREN, ABER
ZUGLEICH AUCH
IHRE ANONYMITÄT**

starb, bevor sie lernern durfte, ein Hund zu sein. Aber wenigstens war sie nicht alleine. Sie hatte fünf Tage lang Menschen, die sich um sie sorgten und sie vorsichtig streichelten. Und sie hatte einen weichen und sauberen Untergrund auf dem sie sich ausruhen konnte. Emelie starb nicht anonym. Sie hatte einen Namen.

Ihre vielen, vielen als Gebärmaschinen missbrauchten Artgenossen haben keine Namen. Sie haben bestenfalls eine Nummer. So wie eine dünne, zutiefst verängstigte Labrador-Hündin, die von Tierschützern des Vereins Berner Sennenhunde in Not aus einem Vermehrerstall befreit wurde. Sie trug die Nummer 162 und lebte über sieben Jahre lang in einem 70 mal 100 Zentimeter kleinen Zwinger. Ihre Angst konnte die ehemalige 162, die in ihrem zweiten Leben Käthe gerufen wurde, nie ganz überwinden. Die Zeit in einer komplett reizfreien Umgebung hat ihre Spuren hinterlassen. Ganz zu Schweigen von den Schmerzen, die Käthe erdulden musste. Sie litt an einer schweren Arthrose. Natürlich blieben die Leiden von Nummer 162 unbemerkt. Sie

war nur zu einem einzigen Zweck auf dieser Welt - der Produktion von möglichst vielen süßen Welpen. Ein Name wäre da nur hinderlich gewesen. Das würde ja bedeuten, dass die Tiere, die mit jedem produzierten Welpen die Kassen ihre Peiniger klingeln lassen, so etwas wie einen ideellen Wert besäßen. Den haben sie aber nicht.

Sie sind das jederzeit ersetzbare Kapital der Vermehrer und werden als solches nicht als Lebewesen angesehen oder wahrgenommen. In dem Geschäft geht es um Masse und um das schnelle Geld. Und je mehr an den Vermehrerhunden und der von ihnen „produzierten Ware“ gespart wird, desto höher sind die Gewinne. So ➔

DIE BEAGLE-HÜNDIN EME-LIE VERSTARB NUR FÜNF TAGE NACH IHRER RETTUNG. RECHTS: IHR BAUCH IST GANZ AUFGEDUNSEN



➔ **Emelie**

EIN TROST: IN IHREN LETZTEN TAGEN DURFTE EME-LIE NOCH EINMAL ERAHNEN, WAS ES BE-DEUTEN KÖNNTE, EIN GELIEBTER FAMILIENHUND ZU SEIN





einfach ist das. Im Einzelnen bedeuten die Sparmaßnahmen, dass die Tiere in kleinen Verschlüssen oder Zwingern gehalten werden, aus denen sie nie heraus kommen. Sie vegetieren vor sich hin, leben in eigenen Hinterlassenschaften, bekommen vergammelte Essensreste oder Rindertalg mit Mehl zu fressen. Die anderen Vierbeiner sehen sie durch Gitterstäbe oder können sie nur hören und riechen. Sie sehen kein Tageslicht, spüren kein Gras unter den Pfoten. Die Menschen, die sie zu Gesicht bekommen, sind ihnen nicht wohlgesonnen. Sie machen ihnen Angst. Weil sie bedrohlich sind, auch wenn sie ihnen gerade keine direkten Schmerzen zufügen. Aber die Hunde erinnern sich sehr gut an die Male, an denen sie es getan haben.

Und sie können nicht fliehen. Sie können sich nur nach innen verkriechen, aufgeben, warten bis ihr von der Welt verstecktes Leid endlich ein Ende hat. Bis dahin können aber viele Jahre vergehen. Jahre, die immer gleich verlaufen. In denen sie nach jeder Läufigkeit Nachwuchs bekommen, der ihnen nach viel zu kurzer Zeit brutal entrissen wird und sie verzweifelt und

NIEMAND WEISS, DASS DIESE ARMEN WESEN EXISTIERT HABEN

gebrochen in ihrem Leben, das man nicht Leben nennen kann, zurück lässt. Das einzige, was sich im Laufe der Jahre verändert sind die körperlichen und seelischen Schmerzen, die mit jedem Tag zunehmen. Wenn ihr Körper irgendwann aufgibt, wird ihr Platz neu besetzt. Niemand weiß, dass sie jemals existiert haben. Sie sterben anonym, ohne dass ihr Leid bemerkt wurde. Vermehrerställe sind eine Brutstätte für unvorstellbares Tierleid.

Wenn die ausgemergelten Körper der Hündinnen nicht von selbst aufgeben, die Tiere aber zu alt werden, nicht mehr genug Welpen bekommen oder nicht mehr aufnehmen, werden sie entsorgt. Dann haben sie ihre einzige Daseinsberechtigung verloren. Auch das geschieht anonym und im Verborgenen.

„Manchmal werden ausgebeutete Hundemütter aus Belgien, Holland oder Deutschland auch nochmal verkauft, um in den Ländern Osteuropas noch ein oder zwei Würfe zu produzieren, die dann nur noch wenige Welpen umfassen, aber einen letzten Profit erzielen“, weiß Jennifer Regenbrecht vom Verein ‚Das Leid der Vermehrerrunde‘. Ein Entrinnen aus dieser grausamen Maschinerie

**MATHILDA IST
EINE ENTZÜ-
CKENDE HÜN-
DIN, DIE IHR
ZWEITES LEBEN
DEM VEREIN
‚DAS LEID DER
VERMEHRER-
HUNDE‘ VER-
DANKT. SIE SO
ENTSPANNT ZU
SEHEN, IST EIN-
FACH SCHÖN**



➡ **Mathilda**





Betje



DIE BLICKE DER HÜNDINNEN SPRECHEN BÄNDE. SIE GEHÖREN ZU DEN WENIGEN, DIE GLÜCK HATTEN UND DER HÖLLE ENTKAMEN

gibt es kaum. Ein Bruchteil der schon in jungen Jahren ausgelaugten Tiere, schafft es aber doch: Den Sprung vom Vermehrerhund zum Familienhund. So wie Mathilda, die 6-jährige Bulldogge mit den deformierten Gelenken. Um ihre Lebensqualität zu verbessern wurden ihr die Nasenfallen sowie ihre Rute operativ entfernt. Bei Mathilda werden die Spuren ihres Missbrauchs immer sichtbar sein. Aber die bewundernswerte Hundedame will leben und das spüren ihre Menschen sehr deutlich. Auch Betje und Stine haben durch den Verein ‚Ausrangiert und Abgeschoben‘ die Chance auf ein zweites Leben erhalten und genutzt. Betje, die kleine Retriever-Hündin, hat eine Not-OP kurz nach ihrer Rettung gut überstanden. Sie hatte tote Welpen im Körper. Stine ist ebenfalls sehr klein und zierlich geblieben. Sie musste ihren ersten Wurf bereits nach der ersten Hitze bekommen. Die Energie, die ihr Körper benötigt hätte, musste sie in ihre Welpen stecken. Auch geistig ist Stine in ihrer Entwicklung stehen geblieben. Dennoch hatte die Labrador-Hündin ihren Peinigern ein Schnippchen geschlagen. Hätten diese bemerkt, dass sie doch tragend ➔



Stine



SIEHT SO EINE 5-JÄHRIGE HÜNDIN AUS? DIE GESÄUGELEISTE MUSSTE STINE SPÄTER OPERATIV ENTFERNT WERDEN



LINKS: DAS BILD ZEIGT EINEN NEUFUNDLÄNDER-RÜDEN KURZ NACH SEINER BEFREIUNG. AUCH DIE BEIDEN BERNER SENNEN-RÜDEN DURFTEN IHREM SCHICKSAL ENTFLIEHEN

war, hätten sie die zarte Hundedame niemals in die Freiheit entlassen. Stine, die schmale, unterernährte Hündin mit dem von Wunden übersäten Körper, hatte auf ihrer Pflegestelle ein letztes Mal Welpen zur Welt gebracht. Für einen Abbruch war es nämlich schon zu spät. Doch dieses Mal war sie nicht alleine mit dieser großen Last.

DIESE DUNKLE SEITE MUSS ENDLICH GESEHEN WERDEN

Immer alleine sind dagegen, die auf einer Vermehrerstation lebenden Rüden. Sie werden in der Tat meist ganz und gar isoliert gehalten und nur für den Deckakt aus ihrer Einzelhaft gezerrt. Oftmals werden sie mit Hormonen vollgepumpt. Misshandlungen sind an der Tagesordnung. Fazit ist, wenn wir von Welpenhändlern, von Vermehrern oder von der Welpenmafia sprechen, müssen wir auch, beziehungsweise viel vehementer als jemals zuvor, vom einsamen Martyrium der Vermehrerhunde sprechen. Und wir müssen von der



VERMEHRERHÜNDINNEN MÜSSEN AM FLIESSBAND SÜSSE WELPEN PRODUZIEREN. DAS IST IHRE EINZIGE LEBENSBERECHTIGUNG

vielleicht dunkelsten Seite dieses grausamen, industriell betriebenen Geschäftes reden. Denn genau das, dieses einsame, unendliche Leid, das den Elterntieren der tausendfach angebotenen Welpen widerfährt, sollte sich jeder, der gerne günstig einen Rassehund erwerben möchte, vor Augen halten. Solange die Welpenhändler willige Abnehmer für ihre Ware haben, werden weiterhin Hunde im Verborgenen ausgebeutet und missbraucht. Schließlich sind sie ja nur eine Nummer. ■

Ulrike Ulmann

DIE
NEUESTE
MASCHE

Ups, WAS IST DENN DA PASSIERT?



**AUCH MISCHLINGE WERDEN GERNE
GEPLANT GEZÜCHTET UND DANN ALS
„UNFALL“ DEKLARIERT**

Es gibt ja bekanntlich nichts, was es nicht gibt. So sind auch beim Thema Handel und Produktion von niedlichen Hundewelpen immer mehr sonderbare Varianten zu beobachten. Natürlich haben diese Formen des Welpenhandels meist das Ziel, mit dem Verkauf der Tiere Geld zu verdienen. Dabei muss es nicht immer die „große Kohle“ sein. Sehr beliebt ist

inzwischen der nebenberufliche Handel mit Rassehunden, aber auch mit Mischlingen. Da stellt sich gleich die Frage, ob es sich dabei nur um Trittbrettfahrer handelt, die einfach auch etwas vom großen Kuchen abhaben wollen? Nicht unbedingt. Obwohl es wirklich mehr Hunde, und vor allem mehr heimatlose Hunde als genug gibt, begegnen einem immer wieder

Menschen, die einfach gerne Hundewelpen im Haus haben möchten. Weil die ja so süß sind.

Dann gibt es, wie schon erwähnt, die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Züchter oder Vermehrer, die aufgrund der hohen Nachfrage nach Welpen, eine einfache Einnahmequelle wittern. Manchmal werden diese Welpen auch als „Unfälle“ deklariert. Da ist dann

gerne der Nachbarsrüde schuld. Diese „Kinder der Liebe“ suchen natürlich ein ganz besonders tolles Zuhause, aber nicht ohne ein entsprechendes Endgeld. Diese Art der Hobbyzüchter zeichnet sich oftmals durch ein nicht vorhandenes Fachwissen aus. Es gibt sogar Fälle, wo sich findige Personen, eigens, um mit süßen Welpen eine Nebenerwerbsquelle zu kreieren, einen Hund ins Haus oder vielmehr in den Schuppen im Garten geholt haben. Dabei wird nicht immer bedacht, dass dieses Tier, je nach Größe, auch entsprechend viel Futter benötigt. Ganz zu schweigen von den sogenannten „Soft Skills“, wie Gassi gehen, liebevolle Zuwendung oder gar geistiger Beschäftigung. Der wirkliche Knaller unter diesen immer mehr zu beobachtenden

**MISCHLINGE
SIND NICHT
IMMER EIN
PRODUKT DER
„STRASSE“, WO
SICH UNKASTRIERTE
TIERE UNKONTROLLIERT
VERMEHEREN.
IMMER ÖFTER
WERDEN GANZ
GEZIELT MISCHLINGE
GEZÜCHTET UND DANN
GEWINNBRINGEND
VERKAUFT**



➔ KOMMERZIELLER HANDEL

DER VDH (VERBAND FÜR DAS DEUTSCHE HUNDEWESEN) VERSTEHT DARUNTER EINE ZUCHT, DIE NICHT AUS LIEBHABEREI BETRIEBEN WIRD. OFTMALS ORIENTIEREN SICH DIESE ZÜCHTER NICHT AN ZUCHTORDNUNGEN ODER MINDESTHALTUNGSBEDINGUNGEN. SIE SIND NICHT IN EINEM VEREIN ORGANISIERT, WERDEN ALSO NICHT KONTROLLIERT. MITUNTER VERFÜGEN SIE ÜBER WENIG ZUCHTERFAHRUNG.

➔ GEWERBLICHE ZUCHT

GRUNDSÄTZLICH IST JEDE WIRTSCHAFTLICHE TÄTIGKEIT, DIE MIT DER ABSICHT BETRIEBEN WIRD, EINEN GEWINN ZU ERZIELEN, GEWERBLICH. D.H. DER ZÜCHTER MÜSSTE EIN GEWERBE ANMELDEN. OB DER ZÜCHTER IN EINEM VEREIN ORGANISIERT IST, ODER NICHT, SPIELT KEINE ROLLE. ES GEHT NUR DARUM, OB ER AUF EIGENE RECHNUNG UND AUF DAUER MIT DER ZUCHT VON HUNDEN GELD VERDIENT. AUCH WENN EINE ZUCHT ALS LIEBEVOLLES HOBBY BETRIEBEN WIRD, KANN SIE GEWERBLICH SEIN.



„Auswüchsen“ des Welpenhandels sind Tierschützer, die es schaffen zwei unkastrierte Hunde gegensätzlichen Geschlechts auf einer Pflegestelle zu platzieren. Und ups, schon ist es passiert. Nachwuchs stellt sich ein. Und dass, wo hierzulande und im Ausland die Tierheime voll sind. Es gibt eben nichts, was es nicht gibt. Gerade wenn es um Tiere geht, steht vielen das eigene Ego gerne im Weg. Eigentlich möchte man ja schon etwas Gutes tun und armen Kreaturen helfen, aber... Die genauen Beweggründe können wir allerdings nur erraten. Aufgrund dieser Entwicklungen ist es jedoch umso wichtiger, genau zu prüfen, wo ein Hund herkommt. Bei Zweifeln, ob der Seriosität eines Anbieters, ist es ratsam, diesen wirklich genau

**ES GIBT IMMER MEHR MENSCHEN,
DIE HUNDE MIT KAUM VORHANDENER
SACHKUNDE, DAFÜR MIT DER ABSICHT,
GELD ZU VERDIENEN ZÜCHTEN**

unter die Lupe zu nehmen, oder sein Glück einfach woanders zu suchen. Immerhin gibt es vielmehr Hunde als Menschen, die bereit sind, einem Tier ein gutes Zuhause zu bieten. Vor dem Hintergrund ist es keine gute Idee, einen Hund mit zweifelhafter Herkunft zu kaufen. ■

Ulrike Ulmann

➔ GEWERBSMÄSSIGE ZUCHT

EINE GEWERBSMÄSSIGE ZUCHT IST NACH § 11 DES TIERSCHUTZGESETZES ERLAUBNIS-PFLICHTIG UND MUSS VOM ZUSTÄNDIGEN VETERINÄRAMT GENEHMIGT WERDEN. EINE ERLAUBNIS-PFLICHT WIRD VERMUTET, WENN MINDESTENS DREI FORTPFLANZUNGSFÄHIGE HÜNDINNEN VORHANDEN SIND ODER DREI UND MEHR WÜRFE PRO JAHR ABGESETZT WERDEN. DABEI REICHT ALLEINE DIE TATSACHE, DASS DIE HÜNDINNEN IM FORTPFLANZUNGSFÄHIGEN ALTER SIND. D.H. AUCH WENN BEISPIELSWEISE MIT EINER VON DREI HÜNDINNEN NICHT GEZÜCHTET WIRD, WEIL SIE ÄLTER ALS 8 JAHRE IST UND IM VDH NICHT MEHR ZUR ZUCHT EINGESETZT WERDEN DÜRFTE, BESTEHT DER VERDACHT EINER GEWERBSMÄSSIGEN ZUCHT. FÜR DIE ERLAUBNIS MUSS DER ZÜCHTER IM HUNDEWESEN SACHKUNDIG UND ZUVERLÄSSIG SEIN. AUCH AUF GEEIGNETE RÄUMLICHKEITEN / GRUNDSTÜCKE WIRD GEACHTET.

Klärung

[Info-Stände](#)
[ARIWA-Mobile](#)
[das V-Heft](#)
[Armine](#)
[deothek](#)
[ktionen Archiv](#)

gedeckt

[otline](#)
[eldung](#)
[-Beiträge](#)
[scherche Archiv](#)

Betrug mit Rassewelpen:

Wenn der Traum vom Hund zum Alptraum wird



Die einschlägigen Online-Kleinanzeigenportale bieten eine schier endlose Auswahl von Welpen der modernen und beliebtesten Rassen. Doch der Traum vom Hund kann schnell zum Alptraum werden: Nach Schätzungen von Animal Rights Watch sind über 90% dieser Anzeigen unseriös und stammen nicht wie sie vermuten lassen von „Hobby- oder Liebhaberzüchtern“, sondern tatsächlich von kommerziellen Hundehändlern und Massenvermehrern. Eine besonders miese Masche, auf die Welpenkäufer reihenweise hereinfallen.

„Bildschöne Welpen aus bester Verpaarung, liebevoll in der Familie in Haus und Garten mit Kindern aufgezogen, haben nun ihre Köfferchen gepackt und sind bereit für den Auszug. Selbstverständlich haben sie wie es sich für seriöse Züchter gehört einen Impfpass und einen Chip und sind bestens geprägt. Die Eltern sind natürlich vorzeigbar, HD- und ED-frei und mehrfach prämiert. Rufen Sie an und vereinbaren einen Besichtigungstermin, E-Mails und SMS werden nicht beantwortet.“



„Hinter derart „vielversprechender Werbung“, wie man sie zuhauf in den Internet-Kleinanzeigenmärkten findet, stecken oftmals skrupellose Hundehändler, Massenzüchter und Vermehrer aus dem In- und Ausland. Solche, von denen echte Hundefreunde niemals einen Hund kaufen wollten. Sie sind nicht daran zu erkennen, dass sie z.B. „Welpen frei Haus liefern“ oder sich zwecks Übergabe auf einem Parkplatz treffen wollen. Auch nicht an extrem günstigen Preisen.“, warnt Tanja Günther von Animal Rights Watch, die in den vergangenen Jahren mit Hunderten von Welpenkäufern gesprochen hat, die sich von Hundehändlern betrogen fühlen.

Ihrer Schilderung nach kommen solche Händler „seriös“ daher, bieten Interessenten oft freundlich an, die Kunden an einem Treffpunkt abzuholen, „weil das Navi die Adresse nicht kennt“, führen sie in ein hübsches Anwesen, präsentieren zwei vorbereitete Welpen zur Auswahl, die man passend für die Käufer aus Keller, Schuppen, Stall oder Zwinger geholt hat – was die Käufer allerdings weder sehen noch ahnen. „Die beiden letzten“, die man doch eigentlich gar nicht verkaufen wollte, weil sie viel zu wertvoll seien und man sie ursprünglich selbst für die Zucht behalten wolle. Die Mutter des Hundes ist „zufällig“ „grade mit dem Sohn spazieren“, der Vater angeblich „zum Decken“ oder „auf einer Ausstellung“ unterwegs.

„Viele Hundekäufer lassen sich leider bereitwillig betrügen“, so Tanja Günther. „Den Preis dafür zahlen nicht nur sie, sondern vor allem die oftmals kranken Hunde und die Zuchthündinnen, die ein leidvolles Leben als Produktionsmaschinen verbringen.“ Wenn Käufer Glück haben, würden sie nur über die Herkunft ihres neuen Familienmitgliedes betrogen, an dem skrupellose Hundehändler viel Geld verdient haben. Auch verflochte, verwurmt, vermilbt und verhaltensgestörte Hunde seien oftmals dann noch der „Glücksfall“. Viele dieser Hunde leiden unter blutigen Durchfällen durch massiven Befall mit einzelligen Parasiten oder anderen schweren Erkrankungen, die auch ansteckend für Menschen sind, an genetisch bedingten Erkrankungen wie HD, ED, Herzerkrankungen, zuchtbedingten Defiziten wie eingeschränkter



HILF UNS !

- [Jetzt Fördermitglied werden](#)
- [Jetzt spenden](#)
- [Werde aktiv](#)

Aufgedeckt

- [Das Leiden der Milchkühe](#)
- [Importwelpen](#)
- [Schweinefabriken in Sachsen](#)
- [Deutschlands größter Saustall](#)
- [Legehennenhaltung](#)
- [Im Schlachthof](#)
- [Biowahrheit](#)

Pelzfarmen

- [Liste deutscher Pelzfarmen](#)
- [Recherche auf Pelzfarmen](#)
- [Der Pelztierfilm](#)

Informationen

- [Newsletter abonnieren](#)
- [Infomaterial bestellen](#)

ngsfähigkeit und den typischen „Kinderkrankheiten“ aus Massenzuchten, in Deutschland lange als besiegt galten. Staupe, Parvovirose und andere Krankheiten können nicht nur schnell einen vierstelligen Betrag an Arztkosten verursachen, sondern vor allem tödlich sein.

Animal Rights Watch vorliegenden Erfahrungsberichte zeigen, dass Verkäufer nicht auf Rückzahlung des Kaufpreises oder Kostenerstattung durch die Verkäufer hoffen brauchen, falls sie einen Hund erwerben oder der Hund sogar kurz nach dem Kauf stirbt. Solche Tendenzen in der Praxis oftmals so, dass die Käufer selbst bei gewonnenen Erfahrungen gegen die Verkäufer leer ausgehen, z.B. weil diese sich als „nicht ngsfähig“ erklärt haben.

In Hundehändler und Massenvermehrung gibt es für Tanja Günther nur ein gutes Mittel: „Wer einen Hund in seine Familie aufnehmen möchte, sollte kritisch sein. Lassen Sie niemanden am Leid der Hunde verdienen, stützen Sie auch nicht durch „Mitleidskäufe“ das miese Geschäft mit der Hund. Geben Sie Hundehändlern keine Chance und adoptieren einen artlosen Hund, statt einen für den Verkauf produzierten Welpen zu kaufen.“



Wenn Sie überlegen, einen Hund in Ihre Familie aufzunehmen, informieren Sie sich bitte vorher gründlich und **lesen Sie hier wichtige Informationen** zum Leben mit Hunden.

Erkennung: Auch wenn wir an dieser Stelle zwischen "seriösen Züchtern" und "seriösen Hundevermehrern/Hundehändlern" unterscheiden, möchten wir nicht irgendeine Form der Zucht unterstützen: Wenn Sie also einen Hund sich aufnehmen möchten, dann bitte einen Hund aus einem Tierheim und nicht vom Züchter.

Gefällt mir 96 Personen gefällt das.

Animal Rights Watch e.V.
Hirschbachstraße 57
73431 Aalen

info@ariwa.org
<http://www.ariwa.org>

Infos: [Über uns](#) [Kontakt](#) / [Impressum](#) [Jetzt Spenden](#) [Fördermitgliedschaft](#)
Tools: [Link zu dieser Seite versenden](#) [Bookmark setzen](#)
Webseite: [Newsletter](#) [Home](#)

Internationale Konferenz
Politik gegen Hunger



NICHT MEHR ANZEIGEN



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Haus- und Zootiere

Startseite > artgerechte Tierhaltung > Haus- und Zootiere > Regelungen für Reisen mit Hunden, Katzen und Frettchen innerhalb der EU

Regelungen für Reisen mit Hunden, Katzen und Frettchen innerhalb der EU

Pro Person dürfen im Reiseverkehr höchstens 5 Heimtiere (Hunde, Katzen, Frettchen) mitgeführt werden. Die Tiere dürfen nicht dazu bestimmt sein, den Besitzer zu wechseln.



Quelle: PixelPower - Fotolia.com

Trifft dies nicht zu, gelten die Regelungen für den Handel mit Tieren. Genauere Informationen dazu finden Sie in der Verordnung über das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren und Waren (Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung).

Aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 sowie der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 577/2013, die ab 29. Dezember 2014 gelten, muss für Hunde, Katzen und Frettchen, die innerhalb der Europäischen Union grenzüberschreitend transportiert werden, grundsätzlich ein Heimtierausweis nach einheitlichem Muster mitgeführt werden.

Dieser Pass muss dem Tier eindeutig zugeordnet werden können, das heißt das Tier muss mittels Tätowierung oder Mikrochip identifizierbar und die Kennzeichnungs-Nummer im

Pass eingetragen sein. Seit dem 3. Juli 2011 ist für neu gekennzeichnete Tiere der Microchip verpflichtend (Technische Anforderungen an den Transponder (PDF, 32 KB, nicht barrierefrei)).

Die EU-Heimtierausweise können von einem niedergelassenen Tierarzt ausgestellt werden. Er benötigt hierfür allerdings eine Ermächtigung der nach Landesrecht zuständigen Behörden.

Die Höchstzahl von 5 Heimtieren darf überschritten werden, wenn die Tiere zum Zweck der Teilnahme an Wettbewerben, Ausstellungen und Sportveranstaltungen bzw. zum Training für solche Veranstaltungen verbracht werden (kein Besitzerwechsel). Diese Tiere müssen mindestens 6 Monate alt sein und es muss ein schriftlicher Nachweis vorliegen, dass die Tiere für eine der genannten Veranstaltungen registriert sind. Sollen mehr als 5 Tiere zu anderen Zwecken verbracht werden, so gelten die Regelungen für den Handel mit Tieren. Genauere Informationen dazu finden Sie in der Verordnung über das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren und Waren (Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung).

Impfschutz gegen Tollwut

Neben Angaben zu dem Tier und seinem Besitzer muss der Heimtierausweis den tierärztlichen Nachweis enthalten, dass das Tier über einen gültigen Impfschutz gegen Tollwut verfügt.

Da für die Ausbildung eines wirksamen Impfschutzes eine Zeitspanne von 21 Tagen erforderlich ist, bedeutet dies im Falle einer Erstimpfung, dass diese mindestens 21 Tage vor Grenzübertritt erfolgen muss.

Wird eine Wiederholungsimpfung erst nach Ablauf der Gültigkeitsdauer der letzten Impfung verabreicht, so entspricht diese Impfung einer Erstimpfung (Gültigkeitsdauer der Impfung ist im Pass vermerkt).

Verbot der Ein- und Durchreise mit Welpen unter 15 Wochen

Auch Welpen dürfen nur mit einem ausreichenden Tollwut-Impfschutz nach Deutschland einreisen bzw. Deutschland im Transit passieren. Da die Tollwut-Erstimpfung frühestens im Alter von 12 Wochen durchgeführt werden darf und es danach weitere 21 Tage bis zur Ausbildung eines wirksamen Impfschutzes dauert, können Welpen frühestens im Alter von 15 Wochen ein- bzw. durchreisen.

EU-Länder mit verschärften Anforderungen

In den Mitgliedstaaten Irland, Malta, Finnland und dem Vereinigten Königreich gelten verschärfte Anforderungen über antiparasitäre Behandlungen, insbesondere Echinokokkenbehandlung (Bandwürmer).

- Irland - [Department of Agriculture and Food](#)
- Malta - [Ministry for Sustainable Development, the Environment and Climate Change](#)
- Finnland - [Finnish Food Safety Authority Evira](#)
- Großbritannien - [Department for Environment Food and Rural Affairs \(Defra\)](#)

Rechtsgrundlagen

- Verordnung (EU) Nr. 576/2013
- Durchführungsverordnung (EU) Nr. 577/2013

Weitere Informationen

- Paul-Ehrlich-Institut: Tollwut-Impfstoffe
- Regelungen zur Einreise mit Hunden, Katzen und Frettchen in die Europäische Union (EU)

Zum Herunterladen

- Oberste Veterinärbehörden der Bundesländer (PDF, 26 KB, nicht barrierefrei)

Stand:
19.12.14

Zum Thema

- Muster Gesundheitsbescheinigung Papageien und Sittiche (PDF, 23 KB, nicht barrierefrei)
- Tiergesundheitsbescheinigung und Erklärung des Besitzer bei der Einreise von Vögeln (PDF, 240 KB, nicht barrierefrei)

Presse

Rechtsgrundlagen



MITGLIED
WERDEN

PATE WERDEN

[Projekte](#) > [Illegaler Welpenhand...](#)

Illegaler Welpenhandel

**Welpentransporte in Bayern: 215 Welpen
brauchen Ihre Hilfe!**



© wf

Fast wöchentlich wird irgendwo ein Fahrzeug voll wehrloser Welpen entdeckt. Denn skrupellose Geschäftemacher - häufig in Osteuropa - vermehren so genannte "Moderassen", aber auch Mischlinge, in großem Stil, um sie auch in Deutschland oft direkt aus dem Kofferraum heraus an den Mann zu bringen. Sie missbrauchen Muttertiere als Gebärmaschinen und trennen die Welpen viel zu früh von der Mutter. Zu klein für eine schützende Impfung, oft krank und von Parasiten befallen, kommen die Hündchen mit gefälschten Papieren nach Deutschland. Für Käufer sind diese Hunde keineswegs ein Schnäppchen. Viele sterben nach dieser Tortur. Wegen der fehlenden Prägephase leiden auch die überlebenden Hunde oft an nicht wiedergutzumachenden Verhaltensauffälligkeiten.



Duke aus dem Tierheim Bamberg geht es besser.

+++ Update: wie geht es den Welpen aus den

Online spenden

- [Zum Spendenformular](#)

Spendenkonto

Sparkasse
KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE 88 37050198
0000040444
BIC:
COLS DE 33

**Spenden sind
steuerlich
absetzbar.
Gemeinnützigkeit
anerkannt.**

Kampagne



- [Hintergründe](#)
- [Artikel Welpenhandel aus DUDT](#)

Spendensicherheit



Spenden für jeden
Anlass

HelpCard

Spendenshop
HelpGoods

Tierschutz
verschenken

Panini Aktion

Spendensicherheit

Stiftung

Testamente

Welpentransporten aus Bayern? +++

(Juni 2016) Endlich ein Happy End für zwei Chihuahua-Geschwisterchen aus diesem Welpentransport. Sie waren die letzten zwei noch nicht vermittelten Welpen im Tierheim Breitenbrunn. Lange hatten sie um ihr Leben gekämpft, mussten vier Monate in Quarantäne verbringen, einige ihrer Geschwister überlebten leider nicht. Eine Tierheimbesucherin wurde auf die beiden aufmerksam und verliebte sich sofort. Sie interessierte sich zunächst für einen der kleinen Chihuahuas, da der zweite bereits durch eine andere Interessentin „reserviert“ war. Als der Ehemann der Besucherin jedoch erfuhr, dass der Kleine noch ein Geschwisterchen im Tierheim hat und die beiden getrennt werden sollten, war für ihn sofort klar, dass die Familie beide nehmen möchte. Die Welpen sollten zusammen die große weite Welt erkunden können. Das Tierheimteam informierte die andere Interessentin, um ihr mitzuteilen, dass sich eine Familie gefunden habe, die die Kleinen gerne zusammen nehmen möchte. Sie war sofort einverstanden und so haben die beiden Welpen nun gemeinsam ein neues, liebevolles Zuhause gefunden - sogar Spielgefährten gibt es, zwei Katzen – und halten ihre neue Familie schön auf Trab, ein richtig schönes Hundeleben!

(17. Februar 2016) Schöne Nachrichten aus Bamberg - Tierheimleiterin Elke Pohl vom Tierschutzverein Bamberg bedankt sich für die Unterstützung und berichtet, dass die Welpen im Tierheim Bamberg das Schlimmste mittlerweile überstanden haben. Sie seien munter und spielen und können bald in ein neues Zuhause umziehen.

(11. Januar 2016) Im Moment haben die Tierpfleger der betroffenen Tierheime alle Hände voll damit zu tun, die aufgegriffenen Welpen medizinisch und pflegerisch zu versorgen. Seit mittlerweile vier Wochen pflegt so das Tierheim Feucht die kleinen Schmuggel-Welpen aus dem illegalen Transport vom 11. Dezember 2015 in Bad Reichenhall. Leider sind inzwischen sogar drei der Feuchter Hundebabys verstorben, die zwölf verbliebenen Vierbeiner sind ausnahmslos krank. Einige mussten wiederholt in die Tierklinik eingewiesen werden. Die Welpen leiden an einem ganzen Cocktail von Hundekrankheiten, die ihrem kleinen Organismus enorm zusetzen. Bisher wurden neben starkem Wurmbefall auch gefährliche Darmparasiten festgestellt. Einige der Tiere leiden an Parvovirose, einer häufig tödlich verlaufenden Hundekrankheit. Diese Erkrankung wurde auch bei den drei in Feucht verstorbenen Welpen bestätigt.

Von den insgesamt 215 Welpen, deren illegaler Transport in Bad Reichenhall gestoppt wurde (siehe unten) und die in 17 bayerischen Tierheimen untergebracht wurden, sind bisher 49 ihren Krankheiten erlegen. Inzwischen wurden auch insgesamt zwei Fälle bestätigt, bei denen Tiere an Staupe verstorben sind; es gibt zwei weitere Verdachtsfälle. Staupe ist hochansteckend und über die Luft übertragbar. Das Tierheim Würzburg meldete heute, dass alle 11 übernommenen Welpen leben, gibt aber noch keine Entwarnung. Die Welpen befinden sich nach wie vor unter strengster Quarantäne und die Tiere können weder besucht oder vermittelt werden. Auch hier hat das Team

- Tipps zum
sicheren
Spenden

alle Hände voll zu tun, die Hundebabies zu versorgen und man bittet aktuell von Telefonanrufen oder Besuchen (bezüglich der Welpen) abzusehen. Alle Hundekinder erhalten hier Antibiotika, werden entwurmt, bekommen Vitamin B12 und viel, viel Liebe. 1 Staube-Verdacht wurde hier bestätigt (bei einem kleinen Rottweiler); zwei Shiba-Inus sind derzeit die fittesten der Würzburger Welpen. Die Kosten für die betroffenen Tierheime sind noch nicht abzusehen. Allein für die Unterbringung der Hunde sind bisher weit über 100.000,- Euro angefallen und die Tierarztrechnungen stehen noch aus!



Einer der geretteten Welpen im Tierheim Würzburg.

+++ Aktuelle Fälle von Welpentransport in Bayern +++

(Dezember 2015) Der illegale Welpenhandel boomt, gerade vor Weihnachten! In der Nacht zum 11. Dezember 2015 hielt die Polizei in Bad Reichenhall an der Grenze zu Österreich einen Transporter an; darin 47 viel zu junge Welpen. Die Tiere waren vermutlich von Ungarn nach Spanien unterwegs. Noch am selben Abend wurde an der Grenze ein weiterer Transporter überprüft; diesmal sogar mit 168 kleinen Welpen im Alter von ca. 4 bis 5 Wochen. Welpen der verschiedensten Rassen, verängstigt zusammengepfercht in Kaninchenkäfigen. Die Polizei stellte die stark geschwächten Welpen zunächst sicher, die dann sofort vom Tierschutzverein Bad Reichenhall erstversorgt wurden. Danach wurden alle Tiere auf Mitgliedstierheime des Landesverbandes Bayern des Deutschen Tierschutzbundes aufgeteilt und abgeholt. Ehrenamtliche Helfer und Vereinsmitglieder der uns angeschlossenen Tierheime Landshut, Straubing, Regen, Regensburg, Garmisch-Patenkirchen, Marktoberdorf, Feucht, Hersbruck, Bamberg, Wunsiedel, Winhöring, Schwebheim, Bad Reichenhall, Coburg, Nürnberg/Fürth, Lichtenfels und Würzburg waren bis in die späten Morgenstunden unterwegs, um für den sicheren und schnellen Transport der Tiere zu sorgen. Nun werden die Welpen erst einmal in den Tierheimen aufgepäppelt.

Ein von den Behörden geplanter Rücktransport der Tiere in die Herkunftsländer konnte glücklicherweise durch den couragierten Einsatz der Tierschützer vor Ort verhindert werden. Das wäre das Todesurteil für die Tiere gewesen. Sorgen bleiben dennoch, denn die aufwendige Betreuung aller Tiere kostet viel Geld. Was die Tierheime in solchen Fällen leisten, ist enorm. Die Tierschützer kommen an ihre Belastungsgrenzen, denn die Hauptarbeit beginnt eigentlich erst nach der Rettungsaktion, der Alltag der Tierheimmitarbeiter steht Kopf. Die Tiere müssen medizinisch versorgt werden und stehen aufgrund ihres sehr jungen Alters unter ständiger

Beobachtung. Viele sind krank und schwach und brauchen ganz besondere Aufmerksamkeit. Statt Weihnachtsgrüßen landen nun vierstellige Futter- und Tierarztrechnungen im Briefkasten: unter den geschwächten Welpen wütet oftmals die für die Welpen gefährliche Infektionskrankheit Parvovirose. Die Welpen, die kräftig und alt genug sind, müssen geimpft werden.



Ein Beagle aus dem Transport bei der Gewichtskontrolle in der Quarantänestation des Tierheims. © Tierheim Feucht

Immer wieder geraten die uns angeschlossenen Tierheime in Notsituationen, in denen sie schnelle, unbürokratische Hilfe brauchen. Wie hier, wenn auf einen Schlag über 200 Welpen tierärztlich betreut und versorgt werden müssen. Dann explodieren die Kosten für das Futter und den Tierarzt. Für solche Notfälle haben wir den Feuerwehrfonds eingerichtet, damit wir den betroffenen Tierheimen sofort zur Seite stehen können.

Ihre Spende sorgt dafür, dass wir mit unserem Feuerwehrfonds rasch helfen können, wenn wieder einmal ein Tierheim durch illegalen Welpenhandel in Not geraten ist. Danke!

[ZUM SPENDENFORMULAR](#)



Deutscher Tierschutzbund
e.V.
Bundesgeschäftsstelle
In der Raste 10
53129 Bonn

**NEWSLETTER
ABONNIEREN**

[Datenschutz](#)
[Impressum](#)
[Sitemap](#)

SPENDENKONTO:


Sparkasse KölnBonn
BLZ: 370 501 98
Konto: 40 444
IBAN: DE 88 37050198
0000040444
BIC: COLS DE 33

[Online spenden](#)



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV%3Af84009>



EUR-Lex
Access to European Union law

About EUR-Lex | Site map | A-Z | FAQ | Help | Links | Legal notice | Cookies | Contact | English (en)

Quick search: insert free text, CELEX number or descriptors. Use "" for exact matches.

Advanced search

EUROPA > EU law and publications > EUR-Lex > EUR-Lex - f84009 - EN

Home | Official Journal | EU law and related documents | National law | Legislative procedures | More

Summaries of EU Legislation > Save to My items | Permanent link | Download notice

Text | Document information | Collapse all | Expand all

Title and reference

System TRACES

Summaries of EU legislation: direct access to the main summaries page.

Languages and formats available

BG ES CS DA DE ET EL EN FR GA HR IT LV LT HU MT NL PL PT RO SK SL SI SV

HTML

Multilingual display

Language 1 English (en) | Language 2 Please choose | Language 3 Please choose | Display

Text

System TRACES

Das System TRACES ist ein Instrument zur Verwaltung der Transporte von Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs innerhalb der EU sowie von Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs, die aus einem Land außerhalb der EU stammen. Dieses System stärkt und vereinfacht die bestehenden Systeme. Es handelt sich um eine wichtige Neuerung, die die Verwaltung von Tierseuchen verbessern und die umfangreichen Formalitäten, die für die Wirtschaftsbeteiligten und die zuständigen Behörden anfallen, erleichtern soll.

My EUR-Lex

Sign in
or
Register

My recent searches (0)

Predefined RSS feeds

Webservice registration

Online tutorials

Statistics

We'd like to hear from you



Overview of the dog and cat sector in the EU

DOG AND CAT POPULATION

- In the EU there are: 60.8 million dogs and 66.5 million cats
- Over 125 million animals, numbers increasing every year
- **Annual value of cat and dog sales** in the EU estimated at **1.3 billion euros**
- Pet sector generating the direct employment of **300,000 people**
- **22 billion euros spent on pet food and care**
- **2.1 billion euros** towards pet health products

☆ FEDIAF Facts & Figures 2010.; Facts & Figures 2012



Problematischer Hundehandel

Der Handel mit Hundewelpen aus osteuropäischen Ländern boomt, der Bedarf an günstigen Rassehunden scheint groß. Das Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung im Landratsamt Rastatt weist in einer Mitteilung darauf hin, dass mittlerweile eine richtiggehende Hundemafia entstanden sei, die von der EU-Osterweiterung und der Gutgläubigkeit oder auch dem Mitleid vieler Hundehalter profitiere. „Tatsächlich ist vielen Käufern nicht bewusst, woher die Vielzahl an Welpen der verschiedensten Hunderassen kommt, die im Internet, auf Märkten oder in Zeitungsanzeigen oft auf Verhandlungsbasis angeboten werden“, betont Dr. Peter Reith, der Leiter des Veterinäramtes. Immer wieder werde von Massenproduktionsanlagen in Osteuropa berichtet, wo Tiere in großer Anzahl und möglichst billig produziert würden, um dann tagelang durch Europa zu ihren neuen Besitzern verbracht zu werden. Kaufinteressenten würden durch süße Welpenbilder und die Anpreisungen liebevoller Aufzucht gelockt.

Offiziell erscheinende Abstammungspapiere sollen Eindruck schinden und Zweifel beseitigen. Ob ein genannter Verein im Ausland tatsächlich existiert, kann ohnehin schlecht überprüft werden. „Gefälschte Impfausweise werden von Käufern häufig nicht als solche identifiziert und die Plausibilität der Versprechungen wird oft nicht überprüft“, bemerkt Reith. Teilweise werden Hundewelpen gar direkt aus den Transportfahrzeugen heraus verkauft. Nach den Erfahrungen der Veterinärbehörden sind es nicht immer große Hundehändlerringe, die illegal mit Hundewelpen handeln, häufig sind es auch Privatpersonen aus Osteuropa, die nach jedem Heimatbesuch ein paar Hundewelpen mitbringen. Die Zustände in den Herkunftsländern können allerdings von den Behörden hier nicht kontrolliert werden.

Berichten zufolge fristen Mutterhündinnen dort häufig ihr Leben als reine „Gebärmaschinen“ unter tierschutzwidrigen Bedingungen und die Welpen werden oft viel zu früh von ihnen getrennt, obwohl dies frühestens mit acht Wochen geschehen darf. Für die Hundewelpen hat dies gravierende Auswirkungen. Um die vierte Lebenswoche herum beginnt bei Hunden die Prägungs- und Sozialisierungsphase. Durch die frühe Trennung sowie nicht artgerechte Tierhaltung entwickeln sich verängstigte, stress- und teilweise aggressionsanfällige Hunde, die meist ihr Leben lang unter diesen Störungen leiden. Hunde kleiner Rassen leiden oft still, wohingegen größere Hunde bei Verhaltensauffälligkeiten oftmals im Tierheim landen. Ein weiteres unterschätztes Problem ist laut Reith die fehlende Gesundheitsüberwachung in den Herkunftsländern. Geschwächte und kranke Mutterhündinnen können ihren Welpen über die Muttermilch keinen ausreichenden Immunschutz übertragen, die Stressfaktoren, die auf die jungen Hunde einwirken, tun ihr Übriges. Für viele Hundewelpen kommt der Gang zum Tierarzt in Deutschland zu spät. Trotz hoher Tierarztkosten versterben viele der „Billigwelpen“ aus Osteuropa schon bald nach ihrer Ankunft. Zum Leid der Hunde kommt das Problem der Einschleppung von Infektionskrankheiten, die es in Deutschland vorher nicht gab oder die als ausgerottet galten.

Ein weiterer Markt für Hunde ist durch die Vermittlung sogenannter „Straßenhunde“ aus Süd- und Osteuropa durch Tierschutzorganisationen oder einzelne Tierschützer entstanden. Nicht jede dieser Organisationen ist tatsächlich am Tierschutz interessiert. Da das Verbringen von Auslandshunden nach Deutschland in aller Regel eine gewerbliche Tätigkeit darstellt, müssen sämtliche hierfür geltende Regelungen eingehalten werden.

Nicht selten werden im Rahmen von Straßenkontrollen Verstöße gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen festgestellt. Gerade für einen Straßenhund kann ein langer Transport, auch im Flugzeug durch sogenannte Flugpaten, Leiden verursachen. Zudem benötigt jeder, der die Einfuhr von Hunden aus dem Ausland zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung organisiert, eine Erlaubnis der Veterinärbehörde.

Die meisten der vermittelten Tiere sind kleine oder mittelgroße Hunde im Alter von sechs Monaten bis zwei Jahren, die deutlich bessere Vermittlungschancen haben als die zahlreichen älteren Hunde in deutschen

Tierheimen. In Deutschland werden diese Tiere meist gegen eine „Schutzgebühr“ vermittelt. Ob diese tatsächlich für die Rettung weiterer Hunde oder Kastrationsprogramme verwendet wird, bleibt häufig unklar, gerade auch angesichts der Vielzahl an jungen Hunden. „Die zunehmende Anzahl von Hundeimporten lässt den Eindruck entstehen, dass hier oftmals unter dem Deckmantel des Tierschutzes mit Hunden gehandelt wird“, so Peter Reith.

Interessenten sollten beim Kauf eines Hundes aus dem Ausland äußerst aufmerksam sein, rät das Kreis-Veterinäramt, da illegaler Hundehandel oft erst durch wachsame Käufer aufgedeckt werden kann. Natürlich gibt es aber auch seriöse Organisationen, die Hunde nur unter strengen Auflagen und mit Genehmigung des Veterinäramtes einführen. „Impfungen, ordentlich geführte EU-Heimtierausweise und der sogenannte Mittelmeercheck auf im Mittelmeerraum vorkommende Krankheiten, die es in Deutschland bisher nicht oder nur selten gibt, sind bei solchen Organisationen eine Selbstverständlichkeit“, betont Reith.

Service: Für Fragen steht das Amt für Veterinärwesen im Landratsamt gerne zur Verfügung, Telefon 07222 381-2400.

Anhang:

Merkblatt Information für Hundekäufer

Information für Hundekäufer

Darauf sollten Sie beim Kauf Ihres Hundes achten:

Für das Verbringen von Hunden aus dem europäischen Ausland gilt, dass die Hunde gechippt und gültig gegen Tollwut geimpft sein müssen. Da Hundewelpen erst mit 3 Monaten gegen Tollwut geimpft werden dürfen und der Impfschutz erst nach 21 Tage besteht, dürfen Welpen mit frühestens knapp 4 Monaten gewerblich nach Deutschland eingeführt werden! Innerhalb von 24 Stunden vor dem Versand muss der Hund von der im jeweiligen Land zuständigen Stelle klinisch untersucht werden. Beim Transport muss das Tier von einer Gesundheitsbescheinigung (Traces-Meldung) begleitet sein. Der Transport wiederum muss bei der zuständigen Veterinärbehörde gemeldet sein. Ein Test auf die gängigen „Mittelmeerkrankheiten“ sollte erfolgt sein. Wenn Sie Zweifel an der Richtigkeit eines EU-Heimtierausweises haben, fragen Sie beim Veterinäramt oder bei Ihrem Tierarzt nach.

Darauf sollten Sie beim Welpenkauf in Deutschland achten:

Die Mutterhündin lebt im Haushalt und ist gesund. Achtung: teilweise werden Alibi- Hündinnen präsentiert. Achten Sie darauf, dass das Gesäuge angebildet ist und dass die Hündin Interesse an den Welpen zeigt. Hundewelpen dürfen frühestens mit acht Wochen vom Muttertier getrennt werden.

Die Welpen haben ein glänzendes Fell, sind ausreichend genährt und aufgeweckt. Die Welpen besitzen bei Abgabe einen Chip und einen EU-Heimtierausweis.

Die Hundewelpen leben in engem Kontakt mit der Betreuungsperson und das Haltungsumfeld ist sauber. Ein sauberer, gefüllter Wassernapf und Futter sind vorhanden.

Der Verkäufer ist interessiert und sachkundig und bietet Ihnen einen Kaufvertrag an, welcher seine vollständigen Kontaktdaten sowie den Kaufpreis enthält.

Seien Sie aufmerksam und nehmen Sie sich Zeit beim Hundekauf, damit Sie viel Freude an Ihrem neuen Hund haben und Ihnen nicht unnötig Tierarztkosten oder weitere Probleme mit Ihrem neuen Familienmitglied entstehen.

http://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mlr/intern/dateien/PDFs/SLT/Summary_and_suggestions-final_version.pdf

**International conference on “Welfare of dogs and cats involved in commercial practices” at
the permanent representation of the State Baden-Wuerttemberg in Brussels;
November 12th, 2015**

Summary and suggestions

(Final version 15.12.2015)

The participants of the conference are concerned about animal health and welfare aspects involved in commercial practices with dogs and cats in Europe as well as resulting consumer protection hazards and risks for the public health. Within the EU, national legislation on animal welfare for dogs and cats differs greatly across Member States. Recognizing this situation, the Council of the European Union concluded that these differences may lead to unequal breeding and marketing costs which could create animal welfare problems, zoonotic risks and the deception of citizens due to the purchase of animals carrying hidden diseases, including genetic defects and/or with severe behavioral problems.

As a result of growing concerns, both the Council and the European Parliament urged the Commission to study the situation. This study, carried out in 12 representative Member States in 2014, examines the extent to which initiatives would be necessary to achieve key objectives including the proper functioning of the internal market, protection of the consumer, public health, and the health and welfare of animals. The results of the study, which are based on the evaluation of socio-economic, technical and legal data, and the answers to questionnaires and conduction of interviews, are presented at the conference. Overall, the study identifies the necessity for initiatives in the areas of dog and cat breeding, transport, knowledge and information for the keeping and for market data of pets.

The study reveals that systems of registration and licensing of dog and cat breeders and traders and national legislation on commercial transport of dogs and of cats differ among participating Member States leading to unequal conditions for competition on the dog and cat market. It also shows that there are discrepancies between numbers of dogs and cats involved in commercial operations (including imports from non-EU countries) derived from literature and those registered in TRACES. This is seen as a relevant problem in assessing the real dimension of the market in the EU and the risks for animals, public health and the associated welfare problems. Furthermore, the study recognizes the consumers' lack of knowledge and information on responsible ownership. Finally, it sees chances for the protection of cat and dog welfare by improved data collection and traceability, general education and training and improved enforcement of current legislation and better exchange of knowledge between the Member States.

During the conference, many further issues concerning dogs and cats involved in commercial practice are identified. Beside the risk of high costs for curing sick puppies distributed by illegal

breeders and dealers and the increasing significance of internet pet shops, the need to license professional breeders and to develop a code of good practice for breeding establishments, for consistent enforcement of legislation, for additional quarantine facilities and for restrictions on dog and cat cross-border trading are expressed. The mandatory identification (chipping) and registration of dogs and cats in a EU-wide harmonized system is stipulated by the majority of the participants. Additionally, the strengthening of the collaboration between authorities of the Member States to detect frauds, joint control efforts and campaigns across borders are suggested. Finally, a comprehensive, long-term approach aiming at responsible ownership and breeding while looking at it from the “One Health” perspective is postulated.

Altogether, the conference underlines the necessity for full traceability for dogs and cats involved in commercial practices including well-regulated mandatory identification and registration, mandatory licensing of professional breeders, upgrading TRACES and intensifying its enforcement in all Member States. It confirms that efforts should be taken concerning enforcement of European and Member State legislation and in increasing the attention and knowledge of the consumer by general education regarding responsible purchase decisions and ownership of dogs and cats. It recognizes, that a good deal of cat and dog purchases in the EU are related to internet sales and as such require increasing attention. The conference also acknowledges the diverse difficulties some Eastern European Countries are confronted with attempting to implement animal welfare legislation for dogs and cats (i.e. identification) in their countries.

The Member of the European Parliament and Chair of the Intergroup on Animal Welfare congratulates the hosts for organizing the conference and states that within the European Parliament there are intentions to improve the status of dog and cat welfare.

It seems to be foreseeable that the high profitable illegal dog and cat puppy trade¹⁾ will increase strengthening the black markets and leading to a further distortion of the proper functioning of the internal market, consumer protection hazards, risks for public health and the health and welfare of the animals, if no actions are taken.

¹⁾ puppy trade that is not compliant with applicable national or EU legislation

TIERSCHUTZ

12.11.2015

Internationale Tagung zum Wohl von Hunden und Katzen / Landestierschutzbeauftragte: „Es ist an der Zeit, dem illegalen Welpenhandel beherzt entgegen zu treten“

Aus dem Ausland stammende preisgünstige Welpen – insbesondere Rassehunde – werden häufig unter tierschutzwidrigen Haltungsbedingungen gezüchtet und regelwidrig transportiert bzw. gehandelt. Der Kauf solcher Welpen führt leider dazu, dass die Züchtung unter diesen Bedingungen weitergeht.

„Sie sind zu jung, meist schwer krank, fehlernährt und verhaltensgestört und nicht ausreichend geimpft. Leider sterben sie trotz intensiver und teurer Behandlungsversuche oftmals innerhalb kürzester Zeit“, fasste die baden-württembergische Landesbeauftragte für Tierschutz, Dr. Cornelia Jäger, das Elend illegal gehandelter Hunde- und Katzenwelpen zusammen. Berichte über quer durch Europa transportierte Welpen, die zu Schleuderpreisen an ahnungslose Interessenten verkauft werden, reißen nicht ab. Deshalb hat das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, das in Baden-Württemberg auch für den Tierschutz und die Tiergesundheit zuständig ist, am Donnerstag (12. November) gemeinsam mit mehreren Tierschutzorganisationen zu der Tagung „Welfare of dogs and cats involved in commercial practices“ in die Brüsseler Landesvertretung geladen.

Auf der Tagung will ein Vertreter der DG SANTE einen Bericht der EU-Kommission zum internationalen Welpenhandel vorstellen. Außerdem schildern Amtstierärzte sowie praktizierende Tierärzte, Tierschutzorganisationen und eine Züchterorganisation ihre Erfahrungen mit dem internationalen illegalen Welpenhandel und legen dar, was dagegen unternommen werden könnte.

„Gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung wollen wir Lösungsvorschläge erarbeiten, um dem illegalen Handel mit Welpen entgegen zu treten. Wir wollen außerdem alle Beteiligten auffordern, sich zum Wohl der Tiere und der Menschen engagiert gegen den hochproblematischen und hochkommerzialisierten Welpentourismus quer durch Europa einzusetzen“, erklärte die Landestierschutzbeauftragte abschließend die Zielsetzung der Veranstaltung.

Hintergrundinformationen:

Das Programm der Veranstaltung ist [hier](#) abrufbar:

Über die **Arbeit der Landesbeauftragten für Tierschutz** können Sie sich im Internet unter

► <http://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unser-haus/die-landesbeauftragte-fuer-tierschutz> informieren. Sie können die Landestierschutzbeauftragte unter 0049 711/126-2450 sowie unter cornelia.jaeger@mlr.bwl.de erreichen.

Informationen zu den **Bereichen Tierschutz und Tiergesundheit** finden Sie auf der Internetseite des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg unter

► <http://mlr.baden-wuerttemberg.de>.

[Als PDF speichern](#)

[Drucken](#)

[Als E-Mail versenden](#)

[Teilen](#)

Weitere Meldungen

VERBRAUCHERSCHUTZ
Ökomonitoring 2 vorgestellt: Auf B
Verlass

LANDWIRTSCHAFT
Hauk will Milchb
mit Marketing du
Krise helfen

WEINBAU
Minister Peter Ha
MdL: „Die
Bioweinbaubetrie
Baden-Württemb
und in Deutschla
brauchen kurzfris

NEWSLETTER

Immer auf dem
neuesten Stand

Ihre E-Mail-Adresse:

INFO IN ECHTZEIT



RSS

Der **RSS-Feed** beliefert
den Pressemitteilung
Ministeriums für Ländli
Raum und Verbrauche
Baden-Württemberg.

Um einen RSS-Feed les
können, benötigen Sie
sogenannten RSS-Reac
► [Mehr](#)



wien.at > Menschen & Gesellschaft

Stadt Wien und Bund gegen den illegalen Welpenhandel

Eine Studie belegt große Erfolge im Kampf gegen illegalen Online-Tierhandel in Wien.



Im Kampf gegen den illegalen Welpenhandel und das damit verbundene Tierleid ziehen Stadt Wien und der Bund an einem Strang. Sie wollen künftig gemeinsam gegen die illegalen Machenschaften der Welpenmafia vorgehen. Geplant ist eine Kooperation mit den anderen Bundesländern, aber auch Offensiven auf EU-Ebene.

Tierschutzstadträtin Ulli Sima: "Gemeinsam wollen wir das Tierleid abstellen. Eine österreichweite Vorgangsweise ist absolut zielführend. Tierleid macht an den Grenzen nicht Halt."

Kampf gegen illegalen Online-Tierhandel

Die Stadt Wien kämpft seit längerem gegen den illegalen Tierhandel. Die Gesetzeslage ist klar: Für Private ist es verboten, Tiere im Netz anzubieten. Erlaubt ist dies nur eingetragenen Tierschutzvereinen, gemeldeten Züchterinnen und Züchtern sowie dem Zoofachhandel.

Dennoch sind viele Online-Plattformen ein Tummelplatz für den illegalen Tierhandel. Mit Scheinkäufen konnten im letzten Jahr viele illegale Machenschaften aufgedeckt und angezeigt werden. Dabei wurden zahlreiche Hundewelpen, Katzen, Schlangen, Geckos und etliche Amphibien abgenommen. Die Verkäuferinnen und Verkäufer wurden angezeigt.

Bazar.at und tieranzeigen.at verzichten auf private Tierinserate

Im Rahmen einer groß angelegten Studie im Auftrag der Tierschutzombudsstelle Wien wurde der gesamte Online-Handel in Wien wissenschaftlich beobachtet. Analysiert wurden dabei

Umweltstadträtin Ulli Sima und Tierschutz-Ministerin Sabine Oberhauser

Online-Kleinanzeigenplattformen im Zeitraum zwischen November 2013 und Dezember 2014.

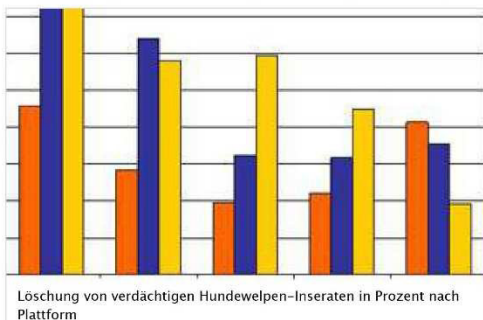
Zu Beginn hatte keines der Portale wirksame Maßnahmen gegen private Inserate ergriffen, die gegen das Tierschutzgesetz verstießen. Es folgten zahlreiche Gespräche, breite Information, Scheinkäufe sowie Anzeigen und Meldungen illegaler Inserate.

tieranzeigen.at und Bazar.at verzichteten inzwischen auf private Tierinserate:

- tieranzeigen.at bietet umfangreiche Sicherheitshinweise und stellt strikte Anforderungen an die Inserentinnen und Inserenten, die auch kontrolliert werden. Züchterinnen und Züchter müssen eine Bestätigung der behördlichen Zuchtmeldung vorlegen, Tierschutzvereine ihre ZVR-Nummer.
- Bazar.at informiert auf der Eingabemaske über die gesetzlichen Beschränkungen und nimmt keine privaten Inserate an.

Auf allen anderen Plattformen ist es jedoch derzeit weiterhin möglich, als Private beziehungsweise Privater Tiere anzubieten, was gesetzlich verboten ist.

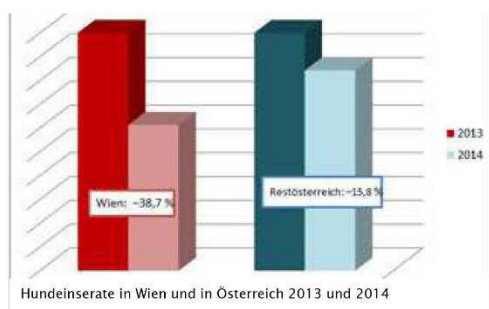
Die Portale reagierten auf Meldungen verdächtiger Hundewelpen-Inserate unterschiedlich:



- Insgesamt wurden von den Studienautoren ganze 1.182 verdächtige Inserate auf fünf Plattformen gemeldet, von denen 522 (44,2 Prozent) binnen vier Tagen gelöscht wurden.
- Besonders Bazar.at zeigte ab August 2014 eine sehr große Bereitschaft zur Kooperation bei der Löschung nicht rechtskonformer Inserate.
- tieranzeigen.at entwickelte sich gegen Ende des Jahres zu einer der kooperativsten Plattformen.
- Nur bei willhaben.at sank die Löscherquote immer weiter ab und war gegen Jahresende schließlich die schlechteste aller betrachteten Plattformen.

Starker Rückgang der Inserate

Erfreulicherweise gibt es in Wien nach den Aktivitäten der Stadt



Wien einen deutlichen Rückgang an Tierinseraten. Medienberichterstattung, Scheinkäufe, Anzeigen bis hin zu intensivem Kontakt mit den Plattformen haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

So ist die Gesamtzahl der Hundeinserate im Jahresabstand in Wien mit 38,7 Prozent deutlich stärker gesunken als in den anderen acht Bundesländern. Dort betrug der Rückgang nur 15,8 Prozent.

Meldungen der ZüchterInnen enorm zugenommen

In der Periode der Durchführung der Studie kam es zu einer deutlichen Zunahme der Meldungen von Züchterinnen und Züchtern bei der Behörde. Zahlreiche Züchterinnen und Züchter sind somit ihrer gesetzlichen Meldepflicht nachgekommen.

	Anzahl gemeldeter ZüchterInnen	
Tiergruppe	Stand 21. Mai 2014	Stand 31. Dezember 2014
Hunde	57	92
Katzen	26	46

Gemeinsam gegen den illegalen Welpenhandel

- Die Stadt Wien wird auch künftig auf allen Ebenen gegen den illegalen Welpenhandel vorgehen.
- Aufbauend auf den bisherigen Ergebnissen wird der Online-Handel weiter eingedämmt.
- Mit der neuen Allianz auf Bundesebene wird der illegale Tierhandel im Internet auch über Wien hinaus bekämpft.
- Mit der Polizei wird weiterhin eng zusammengearbeitet, um illegale Tierhändlerinnen und -händler zu fassen.
- Die Strafverfahren wurden in Wien bei einer Stelle konzentriert und sind dadurch effizienter.
- Koordination mit anderen Bundesländern: Im März 2015 gibt es ein erstes Treffen auf politischer Ebene, bei dem das Thema illegaler Tierhandel und gemeinsames Vorgehen diskutiert wird.
- Offensive auf EU-Ebene: Die Kommission wird über die Ergebnisse der Studie informiert. Sie hat bereits Wiener Expertinnen und Experten eingeladen, diese vorzustellen.
 - Vernetzung mit andern EU-Ländern, um grenzüberschreitenden Handel einzudämmen
- Breite Information der Öffentlichkeit
 - Kurzfilm [Hände weg vom Welpenkauf im Internet!](#) auf YouTube zu den dramatischen Folgen eines Online-Tierkaufs
 - Infobroschüren, Folder und [Kinderbuch "Mama, ich will einen Hund"](#) können unter der Telefonnummer 01 4000-81349 bestellt werden.


Weiterführende Informationen

[Kampagne gegen illegalen Welpenhandel](#)




[Tiere, Tierhaltung und Tierschutz](#)

Verantwortlich für diese Seite:
wien.at-Redaktion

<http://www.stern.de/panorama/video/stern-exklusiv/illegaler-hundehandel-das-grosse-leid-der-kleinen-welpen-3940272.html>



SPIELE · NEWS · THEMEN · A&O & SHOP · APPS & DIGITAL · TOOLS · FOTOGRAFIE



Home · Panorama · Politik · Kultur · Digital · Lifestyle · Wirtschaft · Sport · Familie · Genuss · Gesundheit · Reise · Auto · Video

Home · Panorama · Panorama · stern exklusiv · Illegaler Hundehandel: Das große Leid der kleinen Welpen

MAGENTA ZUHAUSE
JETZT BEIM TESTSIEGER

NETZTEST! nur
19,95 €*
Ab dem 13. Monat für 44,95 €
Ihre 1. Wahl! Jetzt bestellen!



Angebots sichern!

Illegaler Hundehandel 25. Juli 2014 19:51 Uhr

Das große Leid der kleinen Welpen


Rasse-Hunde aus Osteuropa sind im Westen begehrt, werden im Internet heiß gehandelt. Doch die Welpen wachsen unter erbärmlichen Bedingungen auf. Der *stern* hat in Polen recherchiert.

Von Madeleine Janssen und Jonas Krumbein



Drucken

Das große Leid der kleinen Welpen



Angekettet und in Keller gesperrt. Gefüttert mit verwesem Fleischresten und Innereien. Vollgekotete Käfige, aneinandergereiht wie Legebatterien. Bilder eines illegalen Hundezuchtortes in Polen. Bilder, die erschrecken. Birgitt Thiesmann, Tierschützerin von "Vier Pfoten": „Der Gestank hier drin ist unträglich. Man kann sich das gar nicht vorstellen. Man kann kaum atmen. Die Hunde werden mit Innereien gefüttert, die liegen hier zuhauf herum, sind schon verweset.“ Zusammen mit der Tierschutzorganisation „Vier Pfoten“ begibt sich der *stern* auf Spurensuche, um die kriminellen Machenschaften der Hundemafia aufzudecken. Wo werden die Welpen gezüchtet? Wie funktioniert der Handel? Erste Recherchen führen uns nach Slomczyn, 50km südlich von Warschau. Hier werden auf einem unscheinbar wirkenden Markt Welpen verkauft. Sie sind der Traum vieler: Rassehunde für wenig Geld. Mindestens 1000 Euro zahlt man bei einem deutschen Züchter für einen Cocker-Spaniel. Hier auf dem Welpenmarkt lediglich um die 90 Euro. Reinrassig soll der Hund angeblich auch sein. Wir führen Verkaufsgespräche, lassen uns Welpen zeigen. Auch gefälschte Impfpässe werden uns vorgelegt. Sie sollen den Anschein erwecken, alles hätte seine Ordnung. Doch woher stammen die Hunde? Wir fahren nach Lipno in Nordpolen. Dort



Mehr Menschlichkeit für Tiere

"Welpen-Polizei" auf Streife

2013-06-23

Stoppt die Welpendealer!



Illegaler Welpenhandel an deutsch-polnischer Grenze

VIER PFOTEN entdeckte an der deutsch-polnischen Grenze illegale Welpenhändler und protestierte gegen diese Tierquälerei.

Auf dem polnischen Marktgelände in Slubice wurden die Hunde als „Schnäppchen“ angeboten. Sowohl der Verkauf, als auch der Kauf sind auf dem Marktgelände strafbar. In lebensgroßen Welpen-Kostümen und mit Polizeimützen und -westen bekleidet klärten wir potentielle Käufer über die Tierquälerei hinter dem illegalen Hundehandel auf.



Internationale Kampagne

VIER PFOTEN führt eine internationale Kampagne gegen den illegalen Welpenhandel mit dem Ziel, durch Aufklärung der Bevölkerung sowie durch politische Forderungen die kriminelle Vorgehensweise der Hundehändler zu unterbinden. Unterstützt werden wir hierbei von der Bundestierärztekammer, von Prominenten, Tierärzten, Betroffenen und den Behörden.

Welpenhandel boomt

Der skrupellose Handel mit Rassewelpen boomt. Auf Märkten, Parkplätzen oder im Internet werden die Hunde als „Schnäppchen“ mit gefälschten Impfpässen angeboten.

Zumeist werden Rassehündinnen als reine „Gebärmachines“ missbraucht und vegetieren nicht selten in armseligen Verschlägen vor sich hin. Ihre einzige Aufgabe: Welpen gebären. Je jünger der Hund, desto lukrativer das Geschäft. Daher werden die winzigen Hundebabys viel zu früh von der Mutter getrennt.

<http://www.vier-pfoten.de/themen/heimtiere/aktuell/welpen-polizei-auf-streife/>

Viele der jungen Hunde erkranken bereits nach kurzer Zeit ernsthaft, die meisten sterben jung. Die Kosten für den Tierarzt übersteigen schnell den Kaufpreis für einen „Billig-Welpen“.

Wir raten jedem, der einen Hund bei sich aufnehmen möchte, einen Vierbeiner aus dem Tierheim zu adoptieren.

Verwandte Artikel



[Illegaler Welpenhandel](#)



[Aktionsbündnis](#)



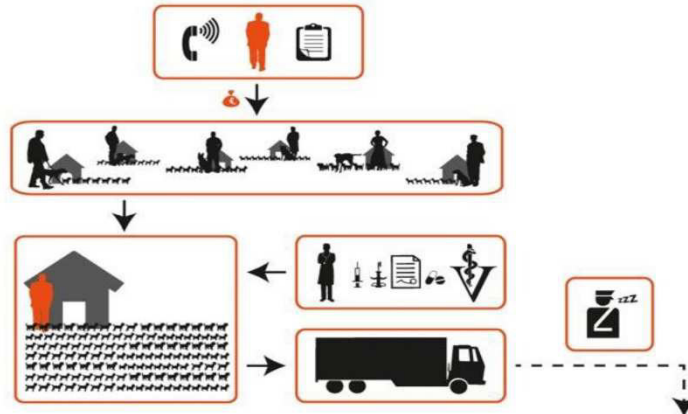
Intro

Illegaler Welpenhandel

Der Handel mit Rassewelpen boomt: Sie werden billig im Internet, in Zoohandlungen und auf öffentlichen Plätzen angeboten.

In Osteuropa unter schlimmsten Bedingungen produziert, werden Hundebabys viel zu früh von ihren geschundenen Müttern getrennt und meist krank, mit gefälschten Impfpässen quer durch Europa transportiert. Ihre neuen Besitzer sind meist mit hohen Tierarztkosten und oft mit dem frühen Tod der Welpen konfrontiert.

VIER PFOTEN klärt die Bevölkerung auf, um die Nachfrage nach Rassewelpen aus dem Osten einzuschränken. Zudem fordert VIER PFOTEN eine europaweite Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Hunde.

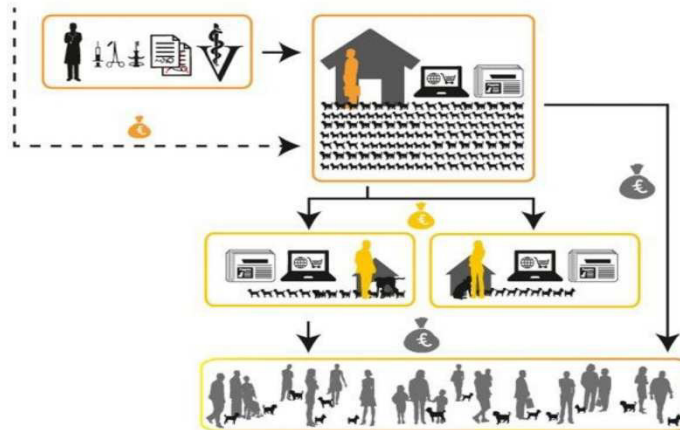


1. Der **Händler** arbeitet schon jahrzehntelang mit den gleichen **Züchtern** zusammen. Manchmal züchtet er auch selbst ein paar Hunde. Sobald ein Auftrag vorliegt, **trifft er sich an wechselnden Orten mit den Züchtern, um die Welpen einzusammeln.**
2. Zu diesen Treffen **bringen die Händler ihren Tierarzt mit**, damit er sich die Hunde ansieht und all die auswählt, die zum Verkauf und Transport geeignet sind (nach eigenen Aussagen „nur die besten und gesunden, gut aussehenden Welpen“). Diese Welpen erhalten noch an Ort und Stelle einen (meist gefälschten) **EU-Ausweis** und einen **Mikrochip**. Der erste Besitzer, der in dem ungarischen EU-Ausweis aufgeführt ist, ist also der Händler oder der Käufer.
3. Die Welpen werden daraufhin **direkt in den Lastwagen geladen**, wo der Fahrer schon darauf wartet, die Reise in das Bestimmungsland anzutreten. Es findet **keine Quarantäne** statt, aber die Händler sagen uns, sie würden darauf achten, dass sich die Welpen im Fahrzeug nicht gegenseitig ablecken können.

Alle Züchter, von denen die Welpen stammen, sind **in einer Liste notiert, die der Fahrer auf den Transport mitnimmt**. Manchmal wird das **Landwirtschaftsministerium** vorab darüber informiert, wie viele Hunde welcher Rassen transportiert werden. Die Transporte sind teils legal, teils illegal.

4. Der **Käufer bezahlt den Züchter**, der eine **Kommission pro Hund erhält** (ca. 10%).

Zweiter Teil des Netzwerkes: Vertrieb



Vertrieb aus den Niederlanden

Der zweite Teil der Recherche richtete sich an die Vertriebsnetze. Hier spielen die **Niederlande** eine tragende Rolle als „Transitland“, da die **Gesetze zum Hundehandel schwächer** sind als in Deutschland oder Belgien. Die Hunde kommen direkt von den osteuropäischen Händlern in die Niederlande, wo der Käufer den **ungarischen Chip entfernt** und durch einen neuen (holländischen) ersetzt, um die Tiere einfacher verkaufen zu können.

Es fand eine Recherche bei dem größten holländischen Hundehändler statt. Er ist ein **Paradebeispiel dafür, wie man keine Geschäfte machen sollte**.

Dieser Händler **erhält ein bis zwei Mal alle zwei Wochen Hunde aus Ungarn sowie Hunde aus anderen Ländern**.⁶ Die Hunde werden dann über eine **in Belgien gehostete Website** verkauft. Aufgrund früherer Recherchen kann angenommen werden, dass dieser Händler **die Geschäfte der belgischen Website übernommen hat, nachdem er seine riesigen Zuchtanlagen schließen musste**.

⁶ Ein Transporteur mit estländischem Nummernschild entlud Boxen (in denen sich aller Wahrscheinlichkeit nach Welpen befanden) im Hof des Händlers. Deshalb kann angenommen werden, dass er selbst aus weit entfernten Ländern wie Estland beliefert wird.



II. GESUNDHEIT DER TIERE

Die illegale Zucht und der illegale Handel mit Welpen verursachen zahlreiche Probleme.

Aufzucht und Transport finden unter widrigsten Bedingungen statt und so sind tausende Welpen **nicht nur viel zu jung**, sondern auch **ernsthaft krank**. Sie leiden unter **Würmern, Parasiten, Entzündungen** und oft sogar unter **Staupe** oder **Parvovirose**. Medizinische Hilfe kommt oft zu spät. **Die Welpen sterben einen schmerzhaften Tod**. Für die Besitzer ist das nicht nur furchtbar **traurig**, sondern oft auch **extrem teuer**.

Statistiken

Transport

Die Animal Transport Association verwies 2008⁷ auf eine Befragung der italienischen Tierärztekammer zur Transportkontrolle, der zufolge **nur 15% der transportierten Tiere gültige Dokumente besaßen**. Zudem waren **52% der kontrollierten Welpen krank**. **34% von ihnen waren mit Endoparasiten infiziert, 23% mit Parvovirose, 17% hatten Pilzinfektionen und 10% waren Träger von Staupe**.

Internethandel

Eine kürzlich veröffentlichte Studie des britischen Kennel Club zum Internethandel⁸ zeigte, dass **fast einer von fünf Welpen, die über die sozialen Medien oder das Internet erworben werden, stirbt, noch bevor er sechs Monate alt ist**. **12% der im Internet oder über die sozialen Medien gekauften Welpen leiden schon in jungem Alter unter ernsthaften gesundheitlichen Problemen**, die eine teure und langfristige tierärztliche Behandlung erfordern. **Im Vergleich dazu waren 94% der direkt beim Züchter gekauften Welpen in einer allgemein guten gesundheitlichen Verfassung**.

⁷ ATA newspaper, 2008, Vol. 3, 4th Quarter, P. 14

⁸ <http://www.thekennelclub.org.uk/our-resources/kennel-club-campaigns/puppy-farming/puppyawareness-week/>

III. VERBRAUCHERSCHUTZ

Zusammenarbeit zwischen VIER PFOTEN und Ebay

VIER PFOTEN Deutschland arbeitet mit dem Anzeigenportal **ebay Kleinanzeigen**¹⁰ zusammen, um die **Verbraucher** über den illegalen Welpenhandel zu **informieren**. Da ein Großteil der verantwortungslos gezüchteten und importierten Welpen über Internetanzeigen verkauft wird, ist es **absolut notwendig, mit Internetplattformen zusammenzuarbeiten und eine Lösung zur Beschränkung dieses Handels zu finden**. Der erste Schritt der Zusammenarbeit mit **ebay Deutschland** war die Einführung eines eingeblendeten **Warnhinweises** im Welpen-Verkaufsbereich. So wird nun **jeder Kunde direkt vor den Risiken gewarnt**, die mit dem Kauf eines Welpen von einem verantwortungslosen Züchter einhergehen.

Zusätzlich **führt ein Link auf die Website von VIER PFOTEN, wo dem Kunden detaillierte Informationen zum illegalen Hundehandel und zum verantwortungsvollen Hundekauf zur Verfügung stehen**.



¹⁰ Ebay Kleinanzeigen Deutschland



“Verkaufsbörsen-Test: Verbraucherverhalten im Internet“¹¹, Zusammenarbeit mit www.willhaben.at

Im September 2013 führte VIER PFOTEN eine Aktion in Zusammenarbeit mit [willhaben.at](http://www.willhaben.at) durch, Österreichs größter Internetplattform, auf der Welpen verkauft werden.

Ziel der Aktion war es einerseits, herauszufinden, wie viele Kunden an billigen Hunden ohne detaillierte Informationen interessiert sind und bereits wären, ein solches Tier zu kaufen. Auf der anderen Seite wurden die Kunden über die Risiken des Welpenkaufs von verantwortungslosen Händlern sowie den verantwortungsvollen Hundekauf informiert.

So wurden 12 angebliche Verkaufsanzeigen für Welpen online gestellt, die typische Eigenschaften der wirklichen Anzeigen verantwortungsloser Züchter aufwiesen. Die Preise bewegten sich zwischen 100 und 350€. Innerhalb eines Monats wurden die Anzeigen 14.600 Mal angeklickt und 530 Mal antworteten Kunden auf die Anzeigen und interessierten sich für den Kauf eines Welpen. Die gefragtesten Rassen waren Huskies, gefolgt von französischen Bulldoggen, Mini-Maltesern und Mini-Chihuahuas. Die Husky-Anzeige registrierte dabei die meisten Klicks, was an dem günstigen Angebot von 100€ gelegen haben kann. Die Initiative zeigte ganz klar die starke Preissensibilität der Internetkunden und bestätigte die Tatsache, dass die Verbraucher nicht über die Möglichkeiten des verantwortungsbewussten Hundekaufs informiert und aufgeklärt sind.

Aufklärungswebsite von VIER PFOTEN

Als Teil der Kampagne gegen den illegalen Welpenhandel bittet VIER PFOTEN alle Verbraucher, die Opfer oder Zeuge eines solchen Geschäfts geworden sind, von ihren Erfahrungen zu berichten. VIER PFOTEN erhält seit Beginn dieses Aufrufs regelmäßig Beschwerden über illegalen Welpenhandel von betroffenen Verbrauchern, sowohl telefonisch wie auch per E-Mail und mittels eines Online-Formulars. Die Hinweise kommen von Personen, die Hundeverkäufe an öffentlichen Orten beobachtet haben oder selbst zu Käufern eines kranken Welpen aus dem Zooladen, Internetanzeigen oder von dubiosen Züchtern wurden.

Die Berichte werden dokumentiert, um anhand konkreter Beispiele einen Überblick über die Verbraucherschäden zu gewährleisten, die durch den illegalen Welpenhandel entstanden sind. Leider fehlen häufig Informationen wie die Identität des Verkäufers, ein Kaufvertrag oder der EU-Heimtieraussweis.

¹¹ <http://www.vier-pfoten.at/news-press/pressearchiv/2013/vier-pfoten-und-willhaben.at-mitgemeinsamer-aktion-gegen-illegalen-welpenhandel/>, 28.10.2013



Um durch Rechtsfälle zusätzliche Beweise und Transparenz zu schaffen, veröffentlichte VIER PFOTEN im Sommer 2013 die Website www.stoppuppytraders.org in Österreich und Deutschland, um Konsumenten über den verantwortungsbewussten Hundekauf zu informieren. Zusätzlich bietet die Startseite ein Formular, mit dem Käufer von ihren Erfahrungen mit unseriösen Hundezüchtern und Händlern berichten können.

Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Startseite¹²:

Land	Website-Besucher	Berichte Welpenkauf	Fälle von Krankheit und Genesung	Fälle von tödlichem Krankheitsverlauf
Deutschland	4.705	68	16	8
Österreich	3.444	74	13	7
Insgesamt	9.911	154	29	15

Im Sommer 2013 erhielt VIER PFOTEN **74 Beschwerden** zum Thema Welpenkauf in Österreich und **68 Beschwerden** aus Deutschland.

¹² www.stoppuppytraders.org Analyse, August-November 2013



V. TIERSCHUTZ

Jahr für Jahr werden **hunderttausende Welpen unter den schlimmsten Bedingungen gezüchtet und aufgezogen** und dann auf einen **langen und grausamen Transport** nach Europa geschickt. Dort sollen sie den Käufern ein treuer Begleiter sein. Die Käufer selbst wissen jedoch nicht, was die Welpen und ihre Mütter während des Transports und der Zucht durchmachen mussten. Die **Welpen sind oft krank**, haben **Gendefekte** oder **Persönlichkeitsstörungen**; sie haben unvollständige oder gefälschte Papiere, die falsche Informationen über Herkunft, tierärztliche Vorsorge und Alter der Tiere geben. **Einige sterben schon wenige Tage nach dem Kauf.**

Geboren in **Massenzuchtanlagen** und der Möglichkeit beraubt, ein Leben frei von Leid zu genießen – das ist das Schicksal der Welpen, die von „Hundeproduzenten“ für den Verkauf in Europa bestimmt wurden. Sie werden **in dunklen, dreckigen Behausungen gehalten**, sind **mangelernährt** und **dehydriert**.

Man **verwehrt den Welpen soziale Kontakte** und die Fürsorge von Menschen oder ihrer Mütter. Die Muttertiere werden meist **als reine Zuchtmaschinen gesehen** und sind oft **zu schwach, um sich um ihre Welpen zu kümmern**. Die verfrühte **Trennung von der Mutter schädigt die Junghunde in ihrem normalen Sozialverhalten**.

Einige Wochen nach der Geburt werden die Welpen **in Kisten, Transportboxen für Katzen oder Taschen verpackt**. Die **Welpen haben furchtbare Angst**, wenn man sie dort einzwängt, ohne Futter und Wasser oder auch nur ausreichend frische Luft. Sie werden dann im Normalfall **über weite Strecken hinweg** zu Hundemärkten nahe der Grenzen **transportiert**, zu verantwortungslosen Händlern oder an andere Verkaufsorte.

Die **Muttertiere werden in kleinen Käfigen gehalten**, in denen sie sich nicht bewegen können. Man **zwingt sie, drei Mal pro Jahr Welpen zu gebären**. Mit vier oder fünf Jahren werden sie in vielen Fällen **getötet** oder **für Tierversuche an Laboratorien verkauft** und durch jüngere Tiere ersetzt.

http://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mlr/intern/dateien/PDFs/SLT/VP_S_Duthoit_Online_trade_dogs.pdf

THE EUROPEAN INTERNET MARKET

- Online Petshops: still rare 2 years ago, booming now
- Facebook groups, Instagram, Twitter (hashtags #dogforsale)
- Hidden sales on "Rescue dogs" adoption forums
- Phone apps
- Classified ads: Most common way to sell animals on the Internet

Internet market: at least 50% of the companion animal market (more than 80% in some countries!)

More humanity towards animals



Online Petshops

ANIMALS EXPRESS
WWW.ANIMALS-EXPRESS.COM
WWW.DOGCATANDCO.BE
DOG, CAT and CO.

Home

PUPPIES AVAILABLE
KITTENS AVAILABLE
Pop Up Pups - Pop Up Kittens
Supplies & Nutrition
PROMOTIONS
OUR WEESHOP
Kennel Dog, Cat and Co
Warranty
Export and Service
E-payment
Gift card
Opening Hours
Delivery directions
Home Delivery Service
Contact

W soboty i niedziele

NEW

OUR WEESHOP

Export and Service

Export conditions:
Regulations of the Flemish Government, Environment, Nature and Energy Department concerning the export of domestic animals are very stringent and depend on the importing country.
We have a choice of several conditions and formulas for exporting.
Do not hesitate to contact us should you have any questions.

Warranty:
Our warranty follows the rules given by the Flemish Government, Environment, Nature and Energy Department.

All pups & kitten:

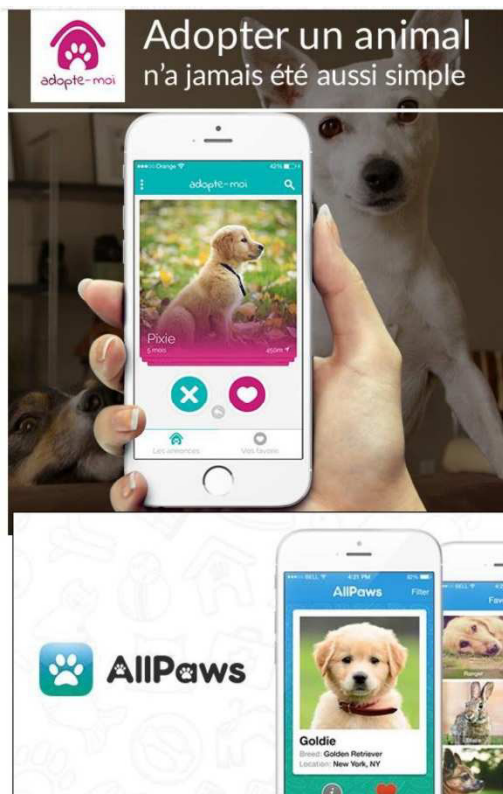
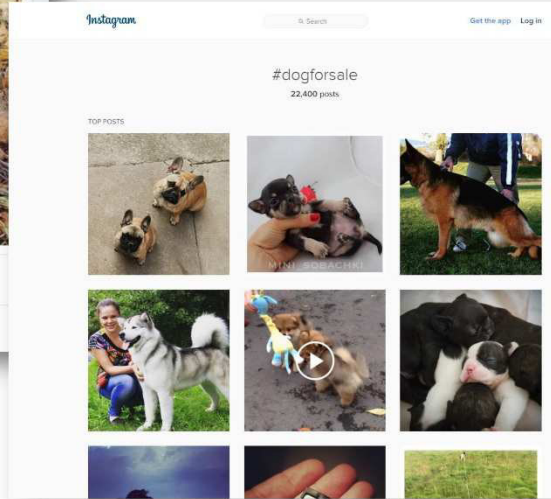
- are wormed and vaccinated against most of viral infections.
- Identification is applied by an implant of a microchip or by a tattoo.
This information is registered at the service for the registration of domestic animals (DogID or IDchips) allowing you to find a lost animal.
- Guarantee against viral infection and congenital abnormalities prepared in accordance with Article 30 of the Royal Decree of 27/04/2007
During the warranty period the buyer can make free use of our veterinary service (after agreement from management)

Home delivery:
If needed, we can deliver to your home thus saving you the trouble of the transportation of your pet.
You can ask your request by e-mail ([click here](#)) or by fax 02/463.25.07 or by phone 02/466.50.44.

© Copyright 2015 | Pups te koop, kennel, Pups, puppies kennel, Pups, te koop(chiots a vendre, chenil, élevage propre)puppies for sale, kennel, pups for sale | Realisation: [Abusol](#) | [Sitemap](#) | All rights reserved
[Privacy Policy](#)



#dogforsale Twitter and Instagram



Phone apps

